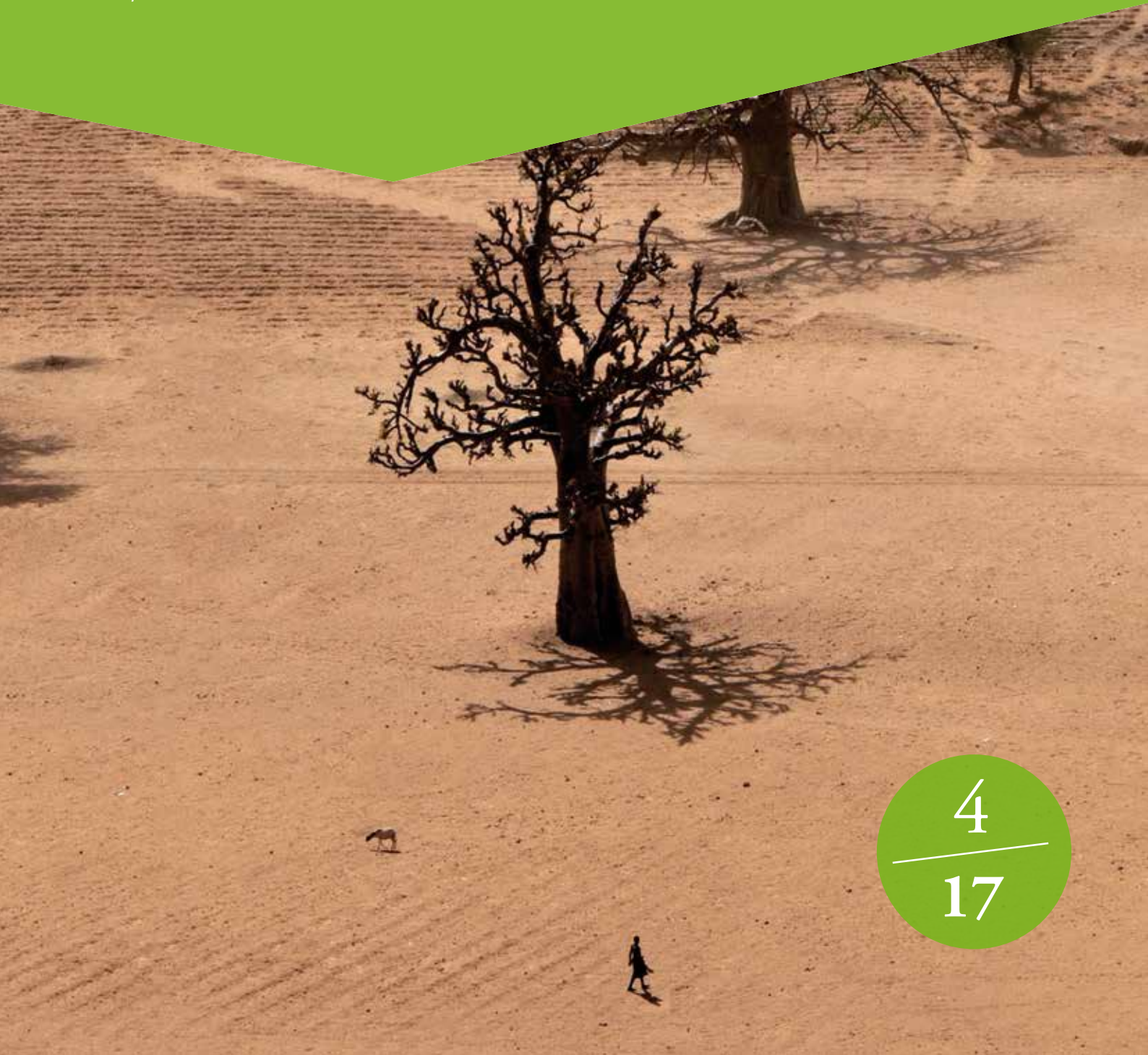




Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



4
—
17

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

eigentlich war es geplant, mit dem letzten Beitrag der „Einsichten-und-Perspektiven“-Serie zur Bundestagswahl 2017 ein Resümee zu ziehen und im besten Fall das neue Bundeskabinett vorzustellen. Doch bis zum Redaktionsschluss am 1. Dezember 2017 war noch keine tragfähige Regierungskonstellation absehbar – was einige Beobachter im Hinblick auf die 18 Vorgängerwahlen zum bundesdeutschen Parlament bereits jetzt als Zäsur interpretieren. Bleibt abzuwarten, ob wir im im März 2018 erscheinenden Heft über Neuwahlen oder ein doch noch zustande gekommenes Kabinett berichten werden.

Um weitere historische Zäsuren geht es auch bei den folgenden Beiträgen von Marita Krauss, die kurz vor dem Gedenkjahr 2017 erzählt, warum Bayern vor 1913/1914 ein anderes Land als nach dem Ende der Monarchie 1918 war, und von Klaus Gestwa, der im vorletzten Teil der Serie über den Russischen Revolutionszyklus die turbulenten Ereignisse des Revolutionsjahres 1917 schildert und die Hauptakteure des Umsturzes vorstellt.

Oliver Heiss berichtet von einem Aufenthalt in dem bürgerkriegsgeschüttelten Land Mali und Ansgar Reiß lädt schließlich zu einer interessanten Ausstellung über die Geschichte der Sinti und Roma im Bayerischen Armeemuseum in Ingolstadt ein.

Im diesmaligen Interview erklären Stef Maldener und Susa Gunzler-Sattler der E&P-Redaktion, was sich hinter dem Augsburger Projekt „Grandhotel Cosmopolis“ verbirgt.

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@stmbw.bayern.de, Stichwort: Einsichten und Perspektiven.

Wir wünschen Ihnen eine schöne Weihnachtszeit und erholsame Ferien!

Die Redaktion

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Jan Dinter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Kommunikationsstress im Ruhrgebiet. Die Gesprächsstörung zwischen Politikern, Bürgern und Journalisten“ an der NRW School of Governance (Universität Duisburg-Essen).

Prof. Dr. Klaus Gestwa ist Lehrstuhlinhaber und Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen.

Stefan Haußner, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Integration und Europapolitik der Universität Duisburg-Essen.

Oliver Heiss ist Architekt und Stadtplaner sowie Geschäftsführer Aus-, Fort- und Weiterbildung der Bayerischen Architektenkammer in München.

Prof. Dr. Marita Krauss ist Inhaberin des Lehrstuhls für Europäische Regionalgeschichte sowie Bayerische und Schwäbische Landesgeschichte an der Universität Augsburg.

Dr. Ansgar Reiß ist Direktor des Bayerischen Armeemuseums in Ingolstadt.

Dr. Niko Switek ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt „Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und moderne Staatstheorien“ von Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte an der Universität Duisburg-Essen.

Dr. Kristina Weissenbach ist Akademische Rätin an der Universität Duisburg-Essen und koordiniert den Forschungsbereich der NRW School of Governance.

Inhalt



Der Russische Revolutionszyklus, 1905-1932

Teil 3: Geschehnisse, 1914-1918

von Klaus Gestwa

4

Der Erste Weltkrieg als Zäsur der Geschichte Bayerns

von Marita Krauss

26



Die Ausstellung „Rassendiagnose: Zigeuner“. Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma und der lange Kampf um Anerkennung“

im Bayerischen Armeemuseum in Ingolstadt

von Ansgar Reiß

38

Wahlnachlese 2017

Einflussreiche Medien – Hohe Mobilisierung – Neue Partei – Schwierige Koalitionsbildung

von Jan Dinter, Stefan Haußner, Niko Switek und Kristina Weissenbach

44



Eine soziale Plastik, die Lebensräume schafft:

Das Grandhotel Cosmopolis in Augsburg

62



Geformt aus Lehm und Sand –

eine Zwischenbilanz zur postkolonialen Situation Malis

von Oliver Heiss

68

Vorschau 2018

78

Der Russische Revolutionszyklus, 1905-1932

Teil 3 : Geschehnisse, 1914-1918

von Klaus Gestwa

Serie:
Der Russische
Revolutions-
zyklus



Entfernung eines Zarendenkmal (Alexanders II.) in Rostow / Foto: sz-Photo/Scherl

Der Russisch-Japanische Krieg und die sich daran anschließende erste Russische Revolution hatten das Zarenreich 1905 in seinen Grundfesten erschüttert und tiefe Spuren hinterlassen. Mit einer Politik von „Zuckerbrot und Peitsche“ gelang es der Regierung, die Lage allmählich wieder unter Kontrolle zu bringen. Aber ein zukunftsweisender Stabilisierungskurs zeichnete sich weiterhin nicht ab. In seinem autokratischen Starrsinn verstand Nikolaj II. die Zugeständnisse an die sich politisch organisierte Gesellschaft als Nötigung und sah darin keinen Neuanfang. Er erkannte nicht, dass die althergebrachte dynastische Herrschaft längst ihre Selbstverständlichkeit verloren hatte und am Ende ihrer Epoche angekommen war. Die mit dem Oktobermanifest von 1905 in Aussicht gestellte Entstehung einer modernen parlamentarischen Ordnung versandete darum bald in einem „Scheinkonstitutionalismus“; der Abbruch der verfassungsstaatlichen Entwicklung verhinderte ein produktives Miteinander von Zar und Parlament sowie von Staat und Gesellschaft.

Die politischen Polarisierungs- und Radikalisierungsprozesse konnten so nicht gestoppt werden; die erhoffte dauerhafte Dämpfung öffentlichen Unmuts und gärender Prozesse stellte sich keineswegs ein. Die Arbeiterschaft blieb ein sozialer Fremdkörper. Auch die Bauern, die über 80 Prozent der russischen Bevölkerung stellten, fühlten sich trotz einzelner Reformversuche unterdrückt und entfremdet. Das resultierte nach 1912 in einer neuen Welle von ländlichen Unruhen und städtischen Streiks, wie sie damals keine andere europäische Großmacht erlebte.

Die fortdauernden innenpolitischen Probleme gingen mit außenpolitischen Spannungen einher und potenzierten sich wechselseitig. Eigentlich hätte die russische Regierung aus der bitteren Erfahrung von 1905 die Lehre ziehen müssen, dass sie die Existenz der alten Ordnung in Frage stellte, wann immer sie das Risiko eines Kriegs auf sich nahm. Dennoch ließ sich der Zarenhof weiter leichtsinnig auf imperialistische Machtspiele ein, nicht zuletzt, weil er sich von der liberalen Opposition, den rechtsextremen Kreisen in der Reichsduma sowie der russischen Öffentlichkeit unter Druck gesetzt fühlte, Stärke zu demonstrieren, um die Schmach des verlorenen Russisch-Japanischen Kriegs wettzumachen und das Ansehen Russlands in der Arena der Weltpolitik erneut zu stärken. Diese herbeigesehten Erfolge in der Außenpolitik sollten zugleich dazu dienen, Reformstau und Verfassungsdilemma im Inneren zu übertünchen. Der unbeirrte Wille Petersburgs



Bewaffnete Revolutionäre in Petrograd 1917
Foto: sz-Photo

zur Weltgeltung führte zur Realisierung kostspieliger Rüstungs- und Flottenpläne, die Mittel absorbierten, die für eine umsichtige Reform im Inneren dringend benötigt worden wären.¹

Der Weg in den Ersten Weltkrieg

Dabei fürchtete Nikolaj II. den Horror des modernen Kriegs. Davon hatte ihn vor allem der aus ärmlichen jüdisch-ostpolnischen Verhältnissen kommende

.....
¹ Dietrich Geyer: Der russische Imperialismus. Studien über den Zusammenhang von innerer und auswärtiger Politik 1860–1914, Göttingen 1977, S. 189–220; Manfred Hildermeier: Geschichte Russlands. Vom Mittelalter bis zur Oktoberrevolution, München 2013, S. 1084–1119.



Delegierte der Ersten Haager Friedenskonferenz vom 18. Mai bis zum 29. Juli 1899
Foto: picture alliance/akg-images

und zu einem bedeutenden Eisenbahn-Unternehmer aufsteigende Jan Bloch (1836-1902) überzeugt. In seinem aufrüttelnden Buch „Der Zukunftskrieg“ prognostizierte Bloch in heller Voraussicht die totale Vernichtung ganzer Staaten durch die industrialisierte Kriegführung. Damit gab Bloch den Anstoß zur Haager Friedenskonferenz 1899, die Nikolaj II. und die niederländische Königin Wilhelmina einberiefen, um Fragen der Abrüstung zu erörtern und Grundsätze für die friedliche Regelung internationaler Konflikte zu erarbeiten.² Doch während die Monarchen und ihre Politiker auf den Frieden hofften und mit ihren Initiativen die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft gewannen, bereiteten sie ihre Nationen zugleich auf den Kriegsfall vor. Bedenkenlos gaben sie sich weiter ihren imperialistischen Ambitionen hin und unternahmen kaum etwas, um das Hineinschlittern „in den brodelnden Hexenkessel des Krieges“³ zu verhindern. Die weltpolitische Situation

spitzte sich wegen kolonialer Streitigkeiten nicht nur im fernen Afrika oder Asien, sondern vor allem auch auf dem Balkan unmittelbar in Europa selbst zu. Als es 1878 zum Berliner Kongress kam, um die damalige Balkan-Krise einvernehmlich beizulegen, konnte Russland viele seiner Positionen nicht durchbringen und machte dafür den deutschen Reichskanzler Bismarck verantwortlich. Daran zerbrach schließlich das Drei-Kaiser-Bündnis. Russland orientierte sich außenpolitisch um und ging neue Bündnisse mit Frankreich (1894) sowie mit Großbritannien (1907) ein. Die Spannungen zwischen den Großmächten gewannen an Schärfe, als Österreich-Ungarn 1909 – von Deutschland unterstützt – Bosnien und die Herzegowina annektierte. Die russische Regierung fühlte sich übergangen und machte deutlich, dass sie sich in ihrer Balkanpolitik keineswegs noch einmal brüskieren lassen wollte.⁴

Als Serbien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland während der beiden Balkankriege 1912 und 1913 zunächst gemeinsam militärisch gegen das Osmanische Reich vorgingen und dann untereinander in Konflikt

2 Manfred Sapper: Den Krieg überwinden. Jan Bloch: Unternehmer, Publizist, Pazifist, in: Osteuropa 58/2008, H. 8–10, S. 303–312.

3 So die griffige Formulierung des britischen Staatsmanns David Lloyd George (1863–1945). Zit. n. Ian Kershaw: Höllensturz. Europa 1914 bis 1949, München 2016, S. 42.

4 Dominic Lieven: Towards the Flame. Empire, War and the End of Tsarist Russia, London 2015, S. 182–224.

gerieten, suchten die kriegführenden Staaten den Beistand der Großmächte und machten den Balkan damit immer mehr zum Pulverfass.⁵ Mit der Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand durch serbische Attentäter in Sarajevo trat dann am 28. Juni 1914 eine unheilvolle Eskalationsspirale in Kraft. In der überhitzten Julikrise entfesselten Mobilmachungen schließlich den Ersten Weltkrieg, der zur „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts werden sollte.⁶ Trotz der unüberhörbaren Stimmen entschiedener Kriegsgegner gab sich die russische Regierung der Vorstellung hin, die Übermacht der eigenen Truppen würde dem Zarenreich den Sieg bringen, um lang gehegte Ziele auf dem Balkan und bei den osmanischen Meerengen endlich erreichen zu können.⁷

Wie andernorts in Europa wurde auch die russische Öffentlichkeit von Kriegseuphorie erfasst. Trunken vor Patriotismus erklärte die einflussreiche Moskauer Zeitung *Moskovskie Vedomosti* am 1. August 1914: „Die gesamte russische Gesellschaft von oben bis unten, angefangen von der Schicht der Besitzenden bis zu den einfachen Arbeitern, ist vereint in einem einzigen allgemeinen Gefühl, in einem einzigen einmütigen Antrieb der Liebe zu ihrer Heimat.“⁸ Die Befürchtungen, viele Bauern und Arbeiter würden ihrer Einberufung nicht Folge leisten, erwiesen sich als haltlos. In seinen Erinnerungen schrieb der linke Revolutionär Aleksandr Kerenskij (1881–1970), mit der Kriegserklärung „geschah ein Wunder. Nichts blieb von den Barrikaden, von den Straßendemonstrationen, von den Streiks und überhaupt von der ganzen Revolutionsbewegung. In einer Stunde wandelte sich die Stimmung eines ganzen Volkes. Mit einer Pünktlichkeit und Ordnung, die alle überraschte,

vollzog sich die Mobilmachung.“⁹ Der Aufruf zum Verteidigungskrieg schien vielerorts im Zarenreich mit einem hurrapatriotischen Enthusiasmus Einheit zu stiften.¹⁰

Die Zerreißprobe des Ersten Weltkriegs

Nachdem der Kriegeinsatz der ersten Monate verflohen war, ließ der Schrecken des industrialisierten Massenkriegs viele bald wieder zur Besinnung kommen. Die Zerreißprobe des Weltkriegs offenbarte, dass die russische Armee unter einem rüstungstechnologischen Rückstand litt und die industrielle Heimatfront bald kaum mehr in der Lage war, die Streitkräfte mit dem erforderlichen Kriegsgerät zu versorgen. In seinen Memoiren beklagte General Aleksej Brusilov (1853–1926), dass sich wegen des akuten Mangels an Automobilen und Telegraphenleitungen „das chaotische Hinterland für energische Offensiven als ungeeignet“ erwies. Zudem befand sich die Krankenversorgung „noch im embryonalen Zustand“.¹¹

Darüber hinaus herrschten in der russischen Bauernarmee zwischen Mannschaft und Offizieren oftmals leibeigenschaftsähnliche Verhältnisse.¹² Viele Soldaten beklagten sich über harte Körperstrafen, willkürliche Erschießungen und den menschenverachtenden Einsatz des einfachen Fußvolks als Kanonenfutter. Dementsprechend niedrig waren Disziplin und Motivation der Soldaten. Fedor Starunov, ein einberufener Bauer, erinnerte sich mit Grauen an seine Leidenszeit in der russischen Armee:

„Ich sah, wie unser Kompaniechef einen Soldaten schlug, ihn mit der Peitsche über den Kopf hieb. Ich sagte mir, wenn er mich schlagen will, werde ich ihn aufs Bajonett nehmen und mich verhaften lassen. Ich fragte mich: Wer ist eigentlich mein Feind, die Deutschen oder mein Kompaniechef? Die Deutschen hatte ich noch nicht zu Gesicht bekommen, aber da stand der Kompaniechef. In den Schützengräben wurde ich von den Läusen gebissen. Niedergeschlagenheit bemächtigte sich meiner.“¹³

5 Katrin Boeckh: Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg. Kleinstaatpolitik und ethnische Selbstbestimmung am Balkan, München 1996; Richard C. Hall: *Balkan Wars 1912–1913. Prelude to the First World War*, London 2002; M. Hakan Yavuz/Isa Blumi (Hg.): *War and Nationalism. The Balkan Wars, 1912–1913, and their sociopolitical Implications*, Salt Lake City 2013; Christopher Clark: *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, München 2013, S. 318–407.

6 Den heute in Forschung und Publizistik weithin benutzten Begriff der „Urkatastrophe“ prägte als Erster der amerikanische Diplomat George Kennan. Vgl. Kershaw (wie Anm. 3), S. 24 f.

7 Eine gute Beschreibung der Eskalation der Julikrise und des gescheiterten Risikomanagements geben Lieven (wie Anm. 4), S. 313–342; Clark (wie Anm. 5), S. 475–708; Jörn Leonhard: *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2014, S. 84–127; Manfred Hildermeier: Ursachen des Ersten Weltkriegs: Russland, in: Horst Möller/Aleksandr Čubar'jan (Hg.): *Der Erste Weltkrieg. Deutschland und Russland im europäischen Kontext*, München 2017, S. 10–19.

8 Zit. n. Martin Aust: *Die Russische Revolution. Vom Zarenreich zum Sowjetimperium*, München 2017, S. 64 f. Zum Hurrapatriotismus der Arbeiter vgl. Robert B. McKean: *St. Petersburg Between the Revolutions. Workers and Revolutionaries, June 1907 – February 1917*, New Haven 1990, S. 350–366.

9 Zit. n. Hans-Heinrich Nolte u.a. (Hg.): *Quellen zur Geschichte Russlands*, Stuttgart 2014, S. 280.

10 Zur patriotischen Kriegseuphorie im Sommer 1914 vgl. ausführlich Melissa K. Stockdale: *Mobilizing the Russian Nation. Patriotism and Citizenship in the First World War*, New York 2016, S. 15–38. Zur Inszenierung des Patriotismus vgl. Hubertus F. Jahn: *Patriotic Culture in Russia During World War I*, Ithaca 1995.

11 Zit. n. Aust (wie Anm. 8), S. 84.

12 Zu den Zuständen in der russischen Armee vgl. Werner Benecke: *Militär, Reform und Gesellschaft im Zarenreich. Die Wehrpflicht in Russland 1874–1914*, Paderborn 2006; Dietrich Beyrau: *Krieg und Revolution. Russische Erfahrungen*, Paderborn 2017, S. 31–53.

13 Zit. n. Steve A. Smith: *Die russische Revolution*, Stuttgart 2011, S. 24.



Ein nachträglich koloriertes Foto der deutschen Propaganda zeigt russische Soldaten, die sich in der Schlacht von Tannenberg ergeben.
Foto: picture alliance/Archiv Neumann

Angesichts derartiger Verhältnisse verwundert es nicht, dass das zahlenmäßig haushoch überlegene russische Heer im August 1914 bei Tannenberg den deutschen Truppen unterlag. Anschließend drangen die Streitkräfte der Mittelmächte sogar auf russisches Territorium vor.¹⁴ Im Sommer 1916 versuchte die zarische Armee, mit einer Offensive den Sieg noch einmal zu erzwingen; sie konnte das Kriegsglück allerdings nicht wenden. An der Ostfront herrschte eine Patt-Situation.¹⁵ Für seine Kriegsaktionen entrichtete das Zarenreich einen enormen Blutzzoll. Von den insgesamt 15 Millionen russischen Soldaten starben bis zum Februar 1917 fast zwei Millionen; genauso viele Zivilisten kamen durch die Kampfhandlungen, Hunger, Krankheiten und Erschöpfung ums Leben. Fünf Millionen russische Soldaten waren verwundet oder wurden vermisst; etwa zwei Millionen gerieten in Kriegsgefangenschaft.¹⁶

Um von den Niederlagen und dem eigenen Versagen abzulenken, setzten die russischen Machthaber auf eine

Sündenbockpolitik. Die Mobilisierung für den Krieg richtete sich immer mehr gegen angeblich feindliche Ausländer. Davon betroffen waren im besonderen Maß die deutschstämmigen Untertanen des Zaren. Die mit Kriegsbeginn um sich greifende Germanophobie führte mithin dazu, dass der deutsche Name der Hauptstadt Sankt Petersburg der russischklingenden Variante Petrograd weichen musste. Die zarische Regierung griff sogar in bestehende Eigentumsverhältnisse ein; sie schlug zahlreiche Unternehmen und Betriebe, die unter deutscher Leitung standen, neuen Besitzern zu.¹⁷

Jenseits des eigentlichen Frontgeschehens stellte das russische Militär große Gebiete unter Kriegsrecht und ordnete die Deportationen potentieller Kollaborateure an – eine repressive Maßnahme, die neben Deutschen vor allem Juden traf und pogromartige Formen annahm.¹⁸ Bis 1917 verließen schließlich insgesamt sieben Millionen russische Untertanen ihre Heimat. Flucht und Vertreibungen wurden damit zur massenhaften Kriegserfahrung. Die Migrationsströme endeten oftmals in den Städten. Dort machten die Flüchtlinge bald mitunter ein Drittel der urbanen Bevölkerung aus. Sie mussten unter schwierigen Verhältnissen um ihr Überleben kämpfen und vergrößerten zugleich die Nöte der Einheimischen.¹⁹

In Turkestan erschütterte im Sommer 1916 ein Aufstand der dortigen Muslime und Nomaden die russische Kolonialherrschaft. Die von den russischen Neusiedlern in ihrem Lebensraum hart bedrängten Kasachen, Kirgisen und Turkmenen erhoben sich, nachdem Nikolaj II. die Einberufung aller Männer in Turkestan im Alter von 19 bis 45 Jahren angeordnet hatte, damit sie hinter der Front zu notwendigen Straßen- und Schanzarbeiten herange-

17 Gatrell (wie Anm. 16), S. 176–183; Stockdale (wie Anm. 10), S. 45–74 u. 167–212; Eric Lohr: *Nationalizing the Russian Empire. The Campaigns Against Enemy Aliens during World War I*, Cambridge/Mass. 2003; ders.: *Politics, Economics and Minorities. Core Nationalism in the Russian Empire at War*, in: Ulrike von Hirschhausen/Jörn Leonhard (Hg.): *Comparing Empires. Encounters and Transfers in the Long Nineteenth Century*, Göttingen 2011, S. 518–529; William C. Fuller jr.: *The Foe Within. Fantasies of Treason and the End of Imperial Russia*, London 2006.

18 Eric Lohr: *The Russian Army and the Jews. Mass Deportation, Hostages, and Violence during World War I*, in: *Russian Review* 60 (2001), S. 404–419; Frank Schuster: *Zwischen allen Fronten. Osteuropäische Juden während des Ersten Weltkrieges (1914–1919)*, Köln 2004; Joshua Sanborn: *Unsettling the Empire. Violent Migrations and Social Disasters in Russia during World War I*, in: *Journal of Modern History* 77/2005, S. 290–324; Stefan Wiese: *Pogrome im Zarenreich. Dynamiken kollektiver Gewalt*, Hamburg 2016, S. 241–277.

19 Peter Gatrell: *A Whole Empire Walking. Refugees in Russia during World War I*, Bloomington 1999; ders.: *Der Krieg, die Flucht und die Nation. Das Flüchtlingsdrama im Zarenreich und die Folgen, 1914–1920*, in: *Osteuropa* 64/2014, H. 2–4, S. 185–195.

14 Gerhard P. Groß (Hg.): *Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung*, Paderborn 2006; Michael S. Neiberg/David Jordan: *The Eastern Front 1914–1920. From Tannenberg to the Russo-Polish War*, London 2012, S. 26–83; Herfried Münkler: *Der Große Krieg. Die Welt 1914–1918*, Berlin 2013, S. 110–158; Bernhard Bachinger/Wolfram Dornik (Hg.): *Jenseits des Schützengrabens. Der Erste Weltkrieg im Osten: Erfahrung – Wahrnehmung – Kontext*, Innsbruck 2013; Pritt Buttar: *The Splintered Empires. The Eastern Front 1917–21*, Oxford 2017.

15 Leonhard (wie Anm. 7), S. 473–482; Richard Pipes: *Die Russische Revolution. Bd. 1: Der Zerfall des Zarenreiches*, Berlin 1992, S. 415 ff.; Timothy C. Dowling: *The Brusilov Offensive*, Bloomington 2008.

16 Smith (wie Anm. 13), S. 23; Peter Gatrell: *Russia's First World War. A Social and Economic History*, Harlow 2005, S. 244–248.

zogen werden konnten. Diese zarische Order erwies sich als der Funke, der den angehäuften sozialen Sprengstoff in Zentralasien zur Explosion kommen ließ. Die Petersburger Regierung schickte schließlich reguläre Militärverbände gegen die Aufständischen in den Kampf; mehr als 200.000 Menschen kostete der bürgerkriegsähnliche Gewaltorkan das Leben.²⁰

Die fortgesetzten Kriegswirren setzten der russischen Wirtschaft schwer zu. Infolge der Einberufungen fehlte es an Arbeitskräften. Auch die russische Eisenbahn konnte den kriegsbedingten Mehrtransport kaum mehr bewältigen. Es gelang noch nicht einmal, die Lebensmittelströme so umzulenken, dass die russischen Industriestädte und die Front genügend Brot, Fleisch und Gemüse erhielten. Die vielen Kriegsausgaben versuchte die Regierung, durch Steuererhöhungen, eine wachsende Auslandsverschuldung und die massive Steigerung des umlaufenden Papiergelds zu finanzieren. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr stieg daher die Inflationsrate. Das setzte vor allem den Arbeiterfamilien enorm zu, die kaum mehr das Nötigste zum Leben erstehen konnten.²¹

Der patriotische Konsens zerbrach; die im Taumel der anfänglichen Kriegsbegeisterung stillgelegten Konflikte brachen in aller Schärfe wieder auf. Angesichts ausbleibender militärischer Erfolgsmeldungen kippte die Stimmung. Kriegsmüdigkeit und Niedergeschlagenheit, Gleichgültigkeit und Verzweiflung schlugen in Unruhe und Aufruhrbereitschaft um. Seit dem Sommer 1915 kam es erneut zu massiven Arbeitsniederlegungen; eine Streikbewegung etablierte sich, die in der Folgezeit immer größere Ausmaße annahm.²²

Nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch in den Eliten braute sich immer mehr Unmut zusammen, weil Nikolaj II. als Herrscher ein denkbar schlechtes Bild abgab. Wiederholt bildete er die Regierung um; das brachte aber keine Lösung, sondern schuf nur neue Probleme. Skandalgeschichten rund um den Zarenhof, in die meist der angebliche Wunderheiler Rasputin verwickelt

war, vermittelten immer mehr den Eindruck, dass der Zar und die von seinen Launen abhängige Regierung längst nicht mehr in der Lage seien, die Staatsverwaltung zu organisieren, die Politik vernünftig zu gestalten und den Krieg zu gewinnen. Der Konflikt mit der Reichsduma eskalierte. Selbst zuvor zarentreue Abgeordnete schlossen sich zum lager- und parteiübergreifenden „Progressiven Block“ zusammen, um die Forderung zu erheben, Nikolaj II. solle endlich mit Beteiligung der Reichsduma eine kompetente Regierung bilden. Als glückloser Kriegsherr, überforderter Krisenmanager und uneinsichtiger Autokrat hatte sich Nikolaj II. ins politische Abseits manövriert.²³

Am 3. Februar 1917 beklagte der weithin angesehene liberale Fürst Georgij L'vov (1861–1925) in einem aufrüttelnden Brief an den Zaren: „In der Zeit, als unsere Armee ohne Munition genötigt war, sich vor dem Feind zurückzuziehen, sah die Regierung mit unverändertem Misstrauen in der patriotischen Bewegung des Volkes eine Gefahr für die Staatsordnung.“ Obwohl die Wirtschaft in ein völliges Chaos gestürzt sei, bemühe sich die Regierung weiterhin nicht um das Allgemeinwohl. Deshalb erweise sich „die Isolierung der Staatsgewalt“ und ihre Entfremdung vom Volk zunehmend als „verhängnisvoll“.²⁴

Zu allem Unglück hatte das Jahr 1916 mit einem besonders unerbittlichen Winter geendet. Kälte und Hunger setzten den Menschen schwer zu. Die Verteilungskrise schlug in einen akuten Versorgungsnotstand um. Seuchen und Krankheiten breiteten sich rasch aus; immer mehr Soldaten desertierten und schlossen sich zu marodierenden Banden zusammen. Der Krieg zerrüttete das Imperium und beschwor einen zivilisatorischen Zusammenbruch herauf. Die Welt geriet komplett aus den Fugen; das Kriegsgeschehen erschien nur noch als sinnloses Theater des Schreckens. Die Zeitungen beschrieben eine Stimmung der Verzweiflung und äußerten in ihren Neujahrsartikeln die Vorahnung, dass die schon viel zu lang fortdauernden Konfusionen und Spannungen im Verlauf des Jahres 1917 – auf welche Weise auch immer – ein Ende finden würden. Die Geheimpolizei prognostizierte in ihren Berichten sogar den baldigen Ausbruch von Hungerrevolten. Die Zerreißprobe des Weltkriegs endete – so die zeitgenössischen Deutungen – in einem sich zuspitzenden gesellschaftlichen und poli-

20 Jörn Happel: Nomadische Lebenswelten und zarische Politik. Der Aufstand in Zentralasien 1916, Stuttgart 2010; Cloé Drieu: Turkestan, in: 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2016–01–20. DOI: 10.15463/ie1418.10810 (<https://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/turkestan> [Stand: 22.09.2017]).

21 Zu den Wirtschaftsproblemen vgl. McKean (wie Anm. 8), S. 339–349; Gatrell (wie Anm. 16), S. 108–175; Peter Holquist: Making War, Forging Revolution. Russia's Continuum of Crisis, 1914–1921, Cambridge/Mass. 2002, S. 12–46.

22 McKean (wie Anm. 8), S. 375–429; Bernd Bonwetsch: Die Russische Revolution 1917. Eine Sozialgeschichte von der Bauernbefreiung 1861 bis zum Oktoberumsturz, Darmstadt 1991, S. 109–119.

23 Orlando Figes: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924, München 2001, S. 307–315; Tsuyoshi Hasegawa: The February Revolution: Petrograd, 1917, Seattle 1981, S. 145–197; Dominic Lieven: Nicholas II. Emperor of all the Russias, London 1993, S. 204–232; Melissa K. Stockdale: Paul Miliukov and the Quest for a Liberal Russia, 1880–1918, Ithaca 1996, S. 221–237.

24 Zit. n. Nolte u.a. (wie Anm. 9), S. 281.

tischen Dekompositionsprozess, der die Schubkräfte einer erneuten Revolution freisetzte.²⁵

Die Februarrevolution

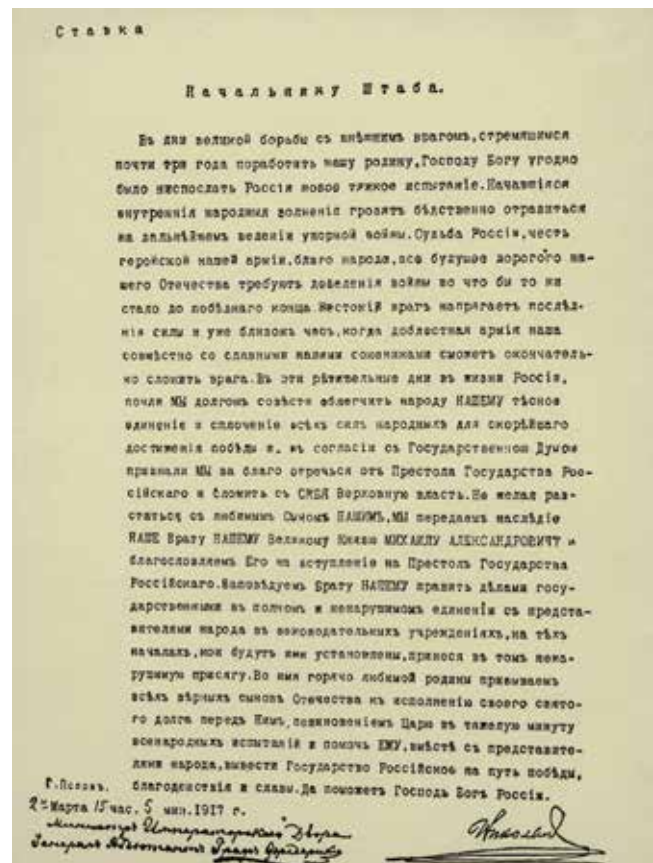
Ähnlich wie 1905 brachte erneut eine große Demonstration in Petrograd das Fass zum revolutionären Überlaufen. Am 23. Februar 1917 bahnten sich verzweifelte Arbeiterinnen den Weg ins Stadtzentrum, um Brot für ihre hungernden Familien zu fordern. Ihnen schlossen sich immer mehr Arbeiter der Putilov-Werke an, die seit Tagen einen scharfen Konflikt mit der Unternehmensleitung austrugen. Die Demonstrierenden beschränkten ihre Forderungen zunächst noch auf eine verbesserte Nahrungsmittelversorgung und die Beendigung des kriegerischen Massengemetzels. Als der Demonstrationszug weitgehend unbehelligt von Sicherheitskräften blieb, weiteten sich die Proteste in den nächsten Tagen lawinenartig aus. Ein Generalstreik wurde proklamiert; immer mehr Fabrikbelegschaften traten in den Ausstand.

Nikolaj II. ordnete daraufhin an, die Unruhen unverzüglich mit Waffengewalt zu liquidieren. Aber die Truppen widersetzten sich dem Zarenbefehl und liefen zu den Demonstrierenden über. Sie öffneten sogar ihre Garnisonen; die Arbeiter bewaffneten sich. Dem Beispiel Petrograds folgte alsbald Moskau. An der Seite demonstrierender Arbeiter stürmten die Soldaten Gerichtsgebäude, Polizeikasernen und Gefängnisse. Von den beiden Hauptstädten sprang der Funke dann auf andere urbane Zentren über, so dass es Ende Februar und Anfang März 1917 zu einem revolutionären Flächenbrand kam. Er ließ sich nicht mehr eindämmen, weil sich die Militärverbände erstmals weigerten, Aufstände blutig niederzuschlagen. Das Zarenregime hatte die Verfügungsgewalt über sein zentrales Macht- und Unterdrückungsinstrument, die Armee, verloren.²⁶

Nikolaj II. versuchte das Blatt noch einmal zu wenden, indem er mit einem eilig eingereichten Angebot an die Reichsduma herantrat, die seit langem geforderten Verfassungsreformen nun anzugehen. Doch die Abgeordneten waren längst zur Einsicht gelangt, der Krieg sei besser ohne Nikolaj II. zu führen. Als schließlich auch noch die

25 Figes (wie Anm. 23), S. 329–334; Hildermeier (wie Anm. 1), S. 1067–1076; Dietrich Geyer: Die Russische Revolution, Göttingen 1985, S. 55–66; Christopher Read: War and Revolution in Russia, 1914–22, New York 2013, S. 44–50; Mark D. Steinberg: The Russian Revolution 1905–1921, Oxford 2017, S. 18 f.

26 Eine detaillierte Beschreibung dieser Ereignisse geben Hasegawa (wie Anm. 23), S. 215–310; Helmut Altrichter: Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst, Paderborn 1997, S. 110–132; Sean McMeekin: The Russian Revolution. A New History, London 2017, S. 95–108.



Die Abdankungsurkunde des Zaren, Maschinenschrift mit Unterschrift Nikolajs II., 2. (15.) März 1917
Foto: picture alliance / akp

oberste Militärführung dem Zaren zum Rücktritt riet, um die Flamme der Revolution eindämmen und die Armee im Krieg halten zu können, gab der autokratische Starrkopf endlich nach. Am 2. März 1917 verkündete Nikolaj II. in einer pathetisch aufgeladenen Rücktrittserklärung, zugunsten seines Bruders Michail (1878–1918) auf die Zarenkrone zu verzichten. Angesichts der Eskalation der Ereignisse erklärte sich Michail aber nicht dazu bereit, das politisch bankrotte Erbe seines Bruders anzutreten. Damit ging die Herrschaft der Romanov-Dynastie wenig glanzvoll zu Ende. Der Zarismus war an seiner eigenen Inkompetenz und seinem politischen Dinosaurierdasein zugrunde gegangen. Mit dem Sturz der zarischen Autokratie brach die Februarrevolution keineswegs urplötzlich in versteinerte Zustände ein; sie war vielmehr das Resultat fortschreitender, unter den Bedingungen eines desaströsen Kriegs in ihre Finalitätsstufe übergehende Entfremdungs- und Gärungsprozesse.²⁷

27 Hasegawa (wie Anm. 23), S. 431–515 u. 519–568; Pipes (wie Anm. 15), Bd. 1, S. 528–549; Robert Service: The Last of the Tsars. Nicholas II and the Russian Revolution, London 2017, S. 21–31.

Die linken Revolutionäre, die für sich in Anspruch nahmen, die Interessen von Arbeitern, Bauern und Soldaten zu vertreten, überließen den liberalen Kräften die Exekutive. Als parlamentarische Vertretung übernahm die Reichsduma die Regierungsgeschäfte. Der Fraktionsvorsitzende der Liberalen, Pavel Miljukov (1859–1943), gab am 2. März die Liste der neuen Minister bekannt, die unter der Führung seines Parteifreunds, dem Fürst Georgij L'vov, fortan das russische Staatsschiff durch die stürmischen Kriegs- und Revolutionszeiten lenken sollten.²⁸

Innerhalb einer Woche hatten sich nach dem 23. Februar die militärischen und politischen Gewichte maßgeblich verschoben. Ausgehend von der Demonstration verzweifelter Arbeiterinnen, wehte ein Orkan des Protests Zar und Minister aus ihren Ämtern. Das Machtzentrum befand sich nun nicht mehr im Winterpalais, sondern im Taurischen Palast. In dessen rechten Flügel residierte die Provisorische Regierung mit der Unterstützung der Reichsduma. Im linken Flügel bezog der Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat Quartier, der unmittelbar nach dem erfolgreichen Aufstand als Form der Selbstorganisation der Streikenden gegründet worden war.

Anfänglich standen die Zeichen im Taurischen Palast auf Kooperation. Der Arbeiter- und Soldatenrat trat zwar nicht der Regierung bei und behielt sich das Recht vor, die Beschlüsse der provisorischen Regierung zu überprüfen. Aber Rat und Duma bildeten ein Netzwerk von Kommissionen, um der nun beginnenden Doppelherrschaft einen festen Rahmen zu geben. Des Weiteren wurde zur Gewährleistung einer produktiven Zusammenarbeit Aleksandr Kerenskij, der den Menschewiki und den gemäßigten Sozialrevolutionen nahestand, als Justizminister in die Provisorische Regierung aufgenommen.²⁹

Die revolutionäre Situation prägten ambivalente Erfahrungen und Erwartungen. Ganze Truppenteile wie die Kronstädter Matrosen deklarierten sich im März 1917 zu „Roten Garden“, die sich als neue Ordnungskräfte aufspielten. Sie verbündeten sich oftmals mit einer aufgewiegelten Menschenmenge, um Jagd auf Polizisten und andere verhasste Repräsentanten des alten Zarenregimes zu machen. Wiederholt kam es zu ungezügelter Gewaltexzessen und sogar Lynchmorden. Gerichtsgebäude, Polizeistationen und Gefängnisse wurden gestürmt und die Inhaftierten, selbst Schwerverbrecher, freigelassen. Eine Woge des Antisemitis-

mus brach sich erneut Bahn, weil sich viele von der Pogromhetze politischer Aufwiegler verführen ließen. Bevorzugtes Ziel von Plünderungen waren Weinkeller und Alkohollager. Immer wieder versuchten die neuen Machthaber, den exzessiven Alkoholkonsum zum Schutz der öffentlichen Ordnung zu kontrollieren, allerdings ohne durchgreifenden Erfolg. In Petrograd fanden sie schließlich keinen anderen Ausweg, als große Wein- und Wodkavorräte in den Fluss zu kippen. Tagelang lag daher ein süßlicher Geruch in der Luft der Hauptstadt. Angesichts der bedrohlichen Maßlosigkeit eines unkontrollierten Volkszorns prognostizierte der wegen seiner kritischen Sozialreportagen und revolutionären Theaterstücke weltbekannte russische Schriftsteller Maxim Gorkij (1868–1936): „Eine unorganisierte Menge, die kaum weiß, was sie will, wird sich auf die Straße wälzen, und in ihrem Gefolge werden Abenteurer, Diebe und professionelle Mörder die Geschichte der russischen Revolution machen.“³⁰ Nicht nur Gorkij trieb die Angst um, dass eine Herrschaft des Pöbels Anarchie und Chaos heraufbeschwören könne. Anzeichen dafür gab es allerhand. Die Brutalität und Massenschlächtereien des Kriegs schienen sich – so Gorkij – in einer Barbarei der Revolution fortzusetzen.³¹

Aber der Umsturz schuf nicht nur Besorgnis und Furcht; nach dem entbehrungsreichen Winter brach der Frühling des Jahres 1917 auch mit großem Optimismus an. Freiheit und Demokratie lagen in der Luft. Ein weiterer Horizont vorher ungeahnter politischer Möglichkeiten eröffnete sich. Über Nacht waren aus Untertanen Bürger geworden; die neue revolutionäre Symbolik brachte das veränderte Verständnis der Menschen zu Politik und Gesellschaft zum Ausdruck.³² Maria Pokrovskaja, eine bekannte Feministin, erklärte: „Russland hat plötzlich eine neue Seite seiner Geschichte aufgeschlagen und darauf ‚Freiheit‘ geschrieben.“³³ Die große Euphorie dieser Tage beschrieb zutreffend der Liberale Vladimir D. Nabokov (1870–1922): „Ich erlebte eine nie wiederkehrende seelische Hochstimmung. Ich hatte tatsächlich das Gefühl, als sei etwas Großartiges und Heiliges geschehen, als habe das Volk seine Ketten abgeworfen und als sei der Despotismus zusammengebrochen.“³⁴

.....

30 Maxim Gorkij: Unzeitgemäße Gedanken über Kultur und Revolution, Frankfurt am Main 1972, S. 87.

31 Figes (wie Anm. 23), S. 423–429; Jörg Baberowski: Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt, München 2012, S. 49–52.

32 Orlando Figes/Boris Kolonitskii: Interpreting the Russian Revolution. The Language and Symbols of 1917, New Haven 1999, S. 30–70.

33 Zit. n. Steinberg (wie Anm. 25), S. 14.

34 Zit. n. Jan Kusber: Kleine Geschichte Petersburg, Regensburg 2009, S. 118.

.....
28 Stockdale (wie Anm. 23), S. 238–249.

29 Zur Etablierung der Doppelherrschaft vgl. Hasegawa (wie Anm. 23), S. 313–427 u. 519–568; Figes (wie Anm. 23), S. 365–372; Geyer (wie Anm. 25), S. 67–80.



Das erste Kabinett der provisorischen Regierung nach der Abdankung des Zaren: in der Mitte Alexander Kerenskij, Justizminister, und Fürst Georgij L'vov, Ministerpräsident und Innenminister, 4.v.r. Pavel Miljukov, Außenminister, ganz links Vladimir Nabokov, Vater des Schriftstellers., 12. März 1917
Foto: ullstein bild/Roger-Viollet

Für den einer liberalen Aristokratenfamilie entstammenden Nabokov (den Vater des später weltbekannten Schriftstellers Vladimir V. Nabokov) war wie für die meisten Abgeordneten der Reichsduma der Sturz des Zaren ein Akt der nationalen Selbstbehauptung gewesen, um endlich den Krieg zu einem siegreichen Ende zu bringen und mit grundlegenden Reformen einen demokratisch verfassten Verfassungs- und Rechtsstaat zu schaffen. Für die Arbeiter- und Bauernschaft hingegen bedeuteten Freiheit und Demokratie nichts anderes als die Befreiung von Krieg und Unterdrückung. Sie wollten keineswegs nur politische Reformen, sondern eine soziale Revolution, um ihre Vorstellungen von Gerechtigkeit zu realisieren. Es war nur eine Frage der Zeit, bis diese unterschiedlichen politischen Ziele, die in gleichlautenden Slogans verpackt waren, als Widersprüche zutage treten und der friedlichen Nachbarschaft im Taurischen Palast ein Ende bereiten sollten.³⁵

Krisen und Fehler der Provisorischen Regierung

Diese Provisorische Regierung gebot zwar formal über die Macht, verfügte aber kaum über die Mittel zur Umsetzung ihrer Entscheidungen. Nach der revolutionären Erhebung hatten sich die aufständischen Arbeiter in Petrograd bewaffnet. In und

um die Hauptstadt herum waren zudem 250.000 Soldaten stationiert, die mit ihrer militärischen Macht jederzeit in das politische Geschehen eingreifen konnten. Mehrheitlich erkannten diese Truppenverbände nicht die Autorität der Provisorischen Regierung an, sondern fühlten sich dem Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat verpflichtet. Dieser wiederum war dank der Kontrolle der Eisenbahnen, Telegraphen und Zeitungen jederzeit dazu in der Lage, das gesamte Land lahm zu legen.³⁶

Die Provisorische Regierung befand sich darum von Beginn an in der Defensive. Die ihr unterstehenden staatlichen Bediensteten arbeiteten zwar weiter, aber sie wussten eigentlich nicht, wer ihnen gegenüber weisungsbefugt war. Die Doppelherrschaft sorgte für Irritationen und Kompetenzstreitigkeiten, die das administrative Geschehen oftmals lähmten. Die öffentlichen Dienste arbeiteten daher nur mehr sehr eingeschränkt; das galt für die Müllabfuhr und die Kanalisation genauso wie für das Gesundheitswesen. Krankheiten und Seuchen konnten sich darum weiter ausbreiten.

Mit seiner „improvisierten“ und „fragilen Demokratie“³⁷ sah das neue liberal-bürgerliche Februarregime seine Hauptaufgabe darin, die Lage wieder zu stabilisieren, für

.....
³⁵ Zu den unterschiedlichen Erwartungen vgl. Figes (wie Anm. 23), S. 379–396.

.....
³⁶ Jörg Baberowski/Robert Kindler/Christian Teichmann: Revolution in Russland 1917–1920, Erfurt 2007, S. 15 f.

³⁷ Manfred Hildermeier: Russische Revolution, Frankfurt am Main 2004, S. 16. Von einer „Notstandsdemokratie“ sprach Geyer (wie Anm. 25), S. 67.

Ruhe und Ordnung zu sorgen und die Wahlen für eine „Konstituierende Versammlung“ vorzubereiten. Allein dieser erstmals aus freien und gleichen Wahlen hervorgehenden und damit wahren Volksvertretung gestand die Provisorische Regierung das Recht zu, eine neue Verfassung zu verabschieden und darauf einen neuen Staat zu begründen. Unbeirrt hielten die neuen Regierungsvertreter an ihrem revolutionären Attentismus fest, obwohl schon bald durchgreifender Aktivismus dringend geboten schien. Mit seiner Hinhaltenaktik hatte das Februarregime bald die Geduld breiter Bevölkerungskreise überstrapaziert. Die Provisorische Regierung vermittelte zunehmend den Eindruck, sie sei ohne einen wirklichen starken Willen zur Macht mit der Situation überfordert und erweise sich als unfähig, den politischen Prozess im konstruktiven, zukunftsfähigen Sinne zu gestalten. Neben der Autorität fehlte es dem Februarregime daher bald auch an Legitimität.³⁸

Eine der zentralen Forderungen, für die Arbeiter und Soldaten im Frühjahr 1917 auf den Straßen demonstriert hatten, war die Beendigung des Kriegs. Ungeachtet des großen Friedenswunsches wollte der neue Außenminister Pavel Miljukov den Weltkrieg jedoch fortführen, um gegenüber Frankreich und Großbritannien Bündnistreue zu zeigen und so international weiter als Partner auf Augenhöhe akzeptiert zu werden. Zudem gab sich Miljukov der Illusion hin, die Mittelmächte doch noch besiegen zu können, um mit dem Glanz eines strahlenden Kriegstriumphs den dringend erforderlichen Rückhalt der Bevölkerung zu erhalten.

In den Fragen von Krieg und Militär hatten sich die Provisorische Regierung und der Arbeiter- und Soldatenrat zunächst noch einmal zu Kompromissen durchgerungen. In den Regimentern durften die Soldaten zwar Komitees wählen, die ihre Interessen vertraten. Die Militärhierarchie blieb aber ansonsten fortbestehen; die geforderte freie Wahl der Offiziere wurde ausgesetzt. Diese Maßnahmen führten dazu, dass in der Armee die Soldatenschinderei merklich zurückging, und halfen, die Disziplin der Truppe wieder zu verbessern. Ferner gelang es, die Soldaten davon zu überzeugen, nun würden sie nicht mehr den unterdrückerischen Zarismus, sondern ihre Revolution vor den Deutschen verteidigen.³⁹

38 Dietmar Neutatz: *Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert*, München 2013, S. 146 f.; Nicolas Werth: *Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion*, in: Stéphane Courtois (Hg.): *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München/Zürich 1997, S. 51–298, hier S. 56 ff.

39 Altrichter (wie Anm. 26), S. 137–139 u. 311–321; Stockdale (wie Anm. 10), S. 213–246.

In einer gemeinsamen Erklärung gaben die Regierung und der Arbeiter- und Soldatenrat bekannt, einen Frieden ohne „Annexionen und Kontributionen“ anzustreben. Russland dürfe, wenn nicht als Sieger, so doch auch nicht gedemütigt aus dem Krieg herausgehen. Als der Außenminister Miljukov die Westmächte von diesem Kompromiss am 18. April informierte, fügte er allerdings eigenwillig eine Note bei, in der er statt der Friedensbereitschaft vielmehr die Bündnistreue und die Kriegsbereitschaft Russlands hervorhob und damit den kompromissbereiten Arbeiter- und Soldatenrat vor den Kopf stieß.⁴⁰

Miljukovs Vorstoß stürzte die erste Provisorische Regierung in die „Aprillkrise“ und zwang den Ministerpräsidenten L'vov dazu, sein erst sechs Wochen zuvor zusammengetretenes Kabinett wieder umzubilden. Er brauchte die verstärkte Unterstützung der gemäßigten Linken, um die aufgeheizte Situation zu normalisieren. In der zweiten Provisorischen Regierung waren daher neben acht liberalen auch sechs Minister aus den Reihen der Menschewiki und der Sozialrevolutionären vertreten. Kerenskij, der einzige Linke im vorherigen Kabinett, stieg zum Kriegsminister auf und gewann damit erheblich an Einfluss.⁴¹

Auch diese neue liberal-sozialistische Koalitionsregierung kam jedoch vom Menetekel des Kriegs nicht los. Die Linken in der Regierung hofften erfolglos auf eine internationale sozialistische Friedenskonferenz. Zudem drängte der französische Bündnispartner, der unbedingt Entlastung an der Westfront benötigte, Petrograd dazu, die militärischen Aktivitäten an der Ostfront zu forcieren. In dieser Situation ergriff der Kriegsminister Kerenskij die Flucht nach vorn und startete am 18. Juni eine neue, letzte russische Offensive gegen die Mittelmächte. Trotz überlegener Kräfte kam der Vorstoß nach einigen Tagen zum Erliegen. Auf russischer Seite verloren 400.000 Armeeangehörige ihr Leben. Nach dem erneut außerordentlich hohen Blutzoll waren die russischen Soldaten das sinnlose Kriegsgemetzel endgültig leid. Mit Massendesertionen und Disziplinlosig-

40 Stockdale (wie Anm. 23), S. 249–257; Altrichter (wie Anm. 26), S. 145–157.

41 Zu Kerenskij vgl. Figes/Kolonitskii (wie Anm. 32), S. 76–89; Richard Abraham: *Kerensky: First Love of the Revolution*, New York 1987; Boris Kolonitskii: *Russian Leaders of the Great War and Revolutionary Era. Representations and Rumors*, in: Murray Frame u.a. (Hg.): *Cultural History of Russia in the Great War and Revolution, 1914–22*. Vol. 1: *Popular Culture, the Arts, and Institutions*, Bloomington 2014, S. 27–54; Thomas Gößmann: *Machtmensch, Versager oder Opfer der Umstände? Alexander Kerenskij und die provisorische Regierung*, in: Riccardo Altieri/Frank Jacob (Hg.): *Die Geschichte der russischen Revolutionen. Erhoffte Veränderung, erfahrene Enttäuschung, gewaltsame Anpassung*, Bonn 2015, S. 190–212; Siobhan Peeling: *Kerenskij, Aleksandr Fedorovich*, in: 1914–1918-online. *International Encyclopedia of the First World War*, Berlin 2014–10–08. DOI: 10.15463/ie1418.10419 (https://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/kerenskij_aleksandr_fedorovich [Stand: 22.09.2017]).

keiten begann die Selbstauflösung der russischen Armee. Die Regierung verlor die Kontrolle über die Streitkräfte.⁴²

Die Massendesertionen hatten ihren Grund auch darin, dass im Juni 1917 die Bauern begannen, sich nun das Adelsland anzueignen. Niemand wollte bei dieser sogenannten „schwarzen Landumverteilung“ außen vor bleiben. Immer mehr kriegsmüde Soldaten bäuerlicher Herkunft verließen darum ihre Regimenter, um in ihre Heimat zurückzukehren.

Unmittelbar nach der Februarrevolution war es auf dem russischen Land zunächst mit wenigen Ausnahmen ruhig geblieben. Weil Millionen von bäuerlichen Soldaten noch an der Front standen, wollten die Bauern zunächst nichts überstürzen. Der revolutionäre Flächenbrand hatte darum vor allem die Städte erfasst. Allerdings verknüpften die Bauern mit der Revolution die Erwartung einer umfassenden Landreform. Die Provisorische Regierung ging diese zentrale soziale Frage jedoch nicht an; sie wollte der noch zu wählenden Verfassungsgebenden Versammlung die Lösung überlassen. Ferner vertraten viele Liberale die Meinung, der Staat dürfe sich in die Eigentumsverhältnisse nicht einmischen. So dominierten auf dem Land Adlige weiterhin die lokale Verwaltung. Aus bäuerlicher Sicht hatte sich damit an den sozialen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten nichts Grundlegendes verändert. Das Februarregime verkannte die Explosivität der Landfrage als zentrales gesellschaftliches Problem.

Die fortgesetzte Vertagung der erwarteten Agrarreform ließ die Bauern im Sommer 1917 schließlich die Geduld verlieren. Sie ergriffen selbst die Initiative und stellten mit ihren eigenwilligen Landaneignungen die Provisorische Regierung vor vollendete Tatsachen, die diese allerdings nicht anerkennen wollte. Im August 1917 trat deshalb sogar der sozialrevolutionäre Agrarminister Viktor Černov (1873–1952) aus Protest zurück, weil er erkannte, dass seine liberalen Amtskollegen keinerlei Bereitschaft zeigten, eine nennenswerte Agrarreform zuzulassen. Die Dorfbewohner fühlten sich dadurch in ihrem tief verwurzelten Misstrauen gegen den Staat bestätigt und verweigerten der Provisorischen Regierung den Gehorsam.⁴³

Die Arbeiter sahen anfänglich wie Gewinner der Februarrevolution aus. Die Gewerkschaften, die damals einen

starken Zulauf erlebten, setzten die Einführung des seit langem geforderten Achtstundentags durch. Zwar veränderten sich die Eigentumsverhältnisse in der Industrie nicht. Eine Verstaatlichung der Betriebe blieb aus. Allerdings bildeten sich in den Fabriken Arbeiterkomitees, die Mitsprache bei der Unternehmensführung erhielten. Sie setzten im März und Mai 1917 große Lohnerhöhungen durch.



Soldaten demonstrieren gegen die Provisorische Regierung. Auf dem Plakat steht die Parole „Nieder mit den zehn Kapitalisten-Ministern – alle Macht dem Arbeiter- und Soldatenrat“, Petrograd, Juli 1917. Foto: ullsteinbild/Archiv Gerstenberg

Doch dann begann sich das Blatt für die Arbeiter zu wenden. Probleme im Eisenbahnverkehr, Brennstoffmangel und andere Hemmfaktoren ließen die industrielle Produktion durchschnittlich um ein weiteres Drittel einbrechen. Die Unternehmen mussten zahlreiche Beschäftigte entlassen. Mit der Arbeitslosigkeit nahm die Geldentwertung weiter zu und machte damit alle Lohnzuwächse zunichte. Die unaufhörlich fortschreitende Inflation nahm den Bauern jeglichen Anreiz, mehr Agrargüter auf den Markt zu bringen. Durch diesen gestörten Wirtschaftskreislauf blieben in den Städten die Versorgungsengpässe bestehen. Auf ihre fortgesetzte Notlage machten die Arbeiter seit dem Mai 1917 wieder mit zahlreichen Streiks aufmerksam. Weil selbst Lebensmittelrationierungen keinerlei Besserung bewirkten, brauchte sich während der Sommermonate der Vertrauensvorschluss der bürgerlichen Regierung gerade auch in den urbanen Zentren zunehmend auf.⁴⁴

42 Bonwetsch (wie Anm. 22), S. 162–170; McMeekin (wie Anm. 26), S. 147–165; Louise E. Heenan: *Russian Democracy's Fatal Blunder. The Summer Offensive of 1917*, New York 1987.

43 Bonwetsch (wie Anm. 22), S. 172–188; Altrichter (wie Anm. 26), S. 176 f. u. 337–358; Hildermeier (wie Anm. 37), S. 25 ff.; Werth (wie Anm. 38), S. 58 ff.; Baberowski/Kindler/Teichmann (wie Anm. 36), S. 21ff.

44 Bonwetsch (wie Anm. 22), S. 138–150; Altrichter (wie Anm. 26), S. 279–300; Steve A. Smith: *Red Petrograd. Revolution in the Factories, 1917–1918*, Cambridge 1983, S. 139–252; David Mandel: *The Petrograd Workers and the Soviet Seizure of Power. From the July Days 1917 to July 1918*, London 1984, S. 264–286; Sarah Badcock: *Politics and the People in Revolutionary Russia. A Provincial History*, Cambridge 2007, S. 211–236.

Der Aufstieg der Bolschewiki als entschiedene Oppositionspartei

Der politische Sinkflug der von liberalen und gemäßigten linken Kräften gebildeten Provisorischen Regierung stärkte unweigerlich die radikalen Strömungen. Als deren entschiedenste Kritiker traten bald die Bolschewiki politisch in Erscheinung. Die Radikalisierung der Arbeiterschaft der letzten Jahre hatte ihnen zwar schon vor 1917 eine wachsende Schar fanatischer Anhänger zugezogen. Die streng geführte Kaderpartei stellte hinter den gemäßigten Menschewiki und Sozialrevolutionären in der Arbeiterbewegung aber nur die dritte Kraft dar. Bei der Februarrevolution spielten die Bolschewiki mit ihren damals knapp 10.000 Mitgliedern darum lediglich eine Nebenrolle. Ihr politischer Kopf, der als Hardliner, Theoretiker und Strategie bekannte Lenin, saß fernab des revolutionären Geschehens in der Schweiz fest. Weil er nicht mehr nur tatenloser Zuschauer sein, sondern Akteur der Revolution werden wollte, ging Lenin Anfang April darum ohne Zögern auf das Angebot der deutschen Reichsführung ein, ihn und eine Gruppe weiterer russischer Revolutionäre von Zürich aus in einem Zug über Schweden und Finnland nach Petrograd zu bringen.⁴⁵



Lenin im Zug auf dem Weg nach Petrograd; Gemälde P.V. Vadiliev
Abbildung: ullsteinbild/Granger, NYC

45 Richard Pipes: Die Russische Revolution, Bd. 2: Die Macht der Bolschewiki, Berlin 1992, S. 90–96; Robert Service: Lenin. Eine Biographie, München 2000, S. 338–346.

Bei diesem Teufelspakt verband die beiden ungleichen Partner ein gemeinsames Ziel: die Kriegsniederlage Russlands. Lenin erhoffte sich davon, einen globalen Revolutionsmechanismus in Gang zu setzen; der deutsche Kaiser hingegen wollte durch die Revolutionierung Russlands einen Separatfrieden an der Ostfront erreichen, um fortan alle militärischen Kräfte der Mittelmächte an der Westfront einsetzen zu können. Als Verbindungsmann zwischen den Exilbolschewiki und Berlin fungierte Alexander Parvus (1867–1923). Der als Israil Helphand in der Nähe der weißrussischen Stadt Minsk geborene „Freibeuter der Revolution“⁴⁶ war schon 1891 nach Deutschland und sodann in die Schweiz übersiedelt. Er gründete 1915 in Kopenhagen eine Import-Export-Firma, über die er den Bolschewiki – großzügig unterstützt durch die deutsche Reichsleitung – Millionenbeträge für ihren revolutionären Kampf zukommen ließ.

Die „Durchschleusung“ Lenins und die deutschen Zahlungen sind bis heute Gegenstand verschwörungstheoretischer Debatten. Deren Protagonisten sehen in Lenin einen deutschen Spion, dessen Aktivitäten Russland ins Chaos gestürzt und damit sowohl die Kriegsniederlage als auch die Oktoberrevolution herbeigeführt hätten. Zwar brüstete sich die deutsche Regierungsseite, mit der Finanzierung der Bolschewiki in Russland die politischen Wirren geschürt zu haben. Genauso wenig wie die konspirativen Verbindungen ist diese Selbstüberschätzung der Berliner Politik aber ein Beleg dafür, dass Lenin im deutschen Auftrag agiert hätte. Die Bolschewiki investierten die ihnen auf verschlungenen Wegen zugegangenen Gelder vermutlich in den Ausbau ihrer Parteipresse und Propagandaaktivitäten. Ihr politischer Aufstieg seit dem Sommer 1917 ist jedoch vor allem darauf zurückzuführen, dass es ihnen gelang, die Enttäuschungen der Menschen aufzugreifen und das politische Vakuum auszufüllen, das die Provisorische Regierung mit ihrem fehlschlagenden Kurs aufriss. Lenin kämpfte nicht für den „deutschen Imperialismus“, sondern für die Weltrevolution. Das erkannte auch Berlin bald und stellte darum die Unterstützung ein. Es ist darum eine maßlose Übertreibung und spekulative Verzerrung den „Roten Oktober 1917“ als „gekaufte Revolution“ zu bezeichnen.⁴⁷

46 So die griffige Formulierung von Winfried Scharlau/Zbyněk A. Zeman: Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand. Eine politische Biographie, Köln 1964.

47 So z.B. Elisabeth Heresch: Geheimakte Parvus. Die gekaufte Revolution. Biographie, München 2000. Kritisch zuletzt dazu Catherine Merridale: Lenins Zug. Die Reise in die Revolution, Frankfurt am Main 2017; Gerd Koenen: Spiel um Weltmacht. Deutschland und die Russische Revolution, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 67/2017, H. 34–36, S. 15–20.



Die Zeitschrift „Der Wahre Jakob“ titelte am 7. Dezember 1917 mit dem Machtkampf zwischen Lenin und Kerenskij.
Bild: picture alliance/akg

Umgehend nach seiner von mehreren tausend Arbeitern und Soldaten bejubelten Ankunft in Petrograd veröffentlichte Lenin seine „Aprilthesen“. Sie riefen mit ihrem revolutionären Maximalismus zum vorbehaltlosen Kampf gegen die Provisorische Regierung auf. Deren Scheitern, so Lenins Prognose, würde die einmalige Chance bieten, dass der bürgerlichen Februarrevolution schon bald eine sozialistische Revolution folgen könnte. Dieser Sichtweise schloss sich die große Mehrheit der linken Revolutionäre damals jedoch nicht an. Als darum im Juni der 1. Allrussische Kongress der Arbeiter- und Soldatendeputierten zusammentrat und die Abgeordneten aus allen Landesteilen nach Petrograd reisten, stellten die Bolschewiki nur 105 der insgesamt 822 Teilnehmer und fanden mit ihren radikalen Forderungen nur selten Gehör.⁴⁸

Ungeachtet ihrer Minderheitenposition setzten sich die Bolschewiki als die angeblich eifrigsten Verteidiger der

Arbeiterklasse jedoch unermüdlich in Szene. Je schlechter es um die Provisorische Regierung und die sie tragenden moderaten Kräfte stand, desto mehr Zulauf erhielten die Anhänger Lenins. Im Oktober 1917 hatte die Partei der Bolschewiki schon mehr als 200.000 Mitglieder und damit bereits fast so viele wie die Menschewiki. Nur die Partei der Sozialrevolutionäre war mit 700.000 Mitgliedern in der Armee und auf dem Land sowie zusätzlich 300.000 Mitgliedern in den Städten noch deutlich größer. Allerdings waren die Sozialrevolutionäre als Massenpartei deutlich schlechter organisiert als die schlagkräftige Kaderpartei der Bolschewiki. Dank straffer Führung und geschickter Taktik gelang es den Bolschewiki, ihre Machtposition in den Arbeiter- und Soldatenräten allmählich auszubauen.⁴⁹

Der Aufstieg der Bolschewiki als radikale Oppositionspartei geriet allerdings Anfang Juli ins Stocken. Als die Soldaten eines Maschinengewehr-Bataillons der Petrograder Garnison gegen ihre Verlegung an die Front Widerstand leisteten, scheiterte ein auch innerparteilich umstrittener Aufstandsversuch kläglich. Lenin musste in den Wirren dieser Juli-Krise nach Finnland fliehen. Leo Trotzki, der seit seiner Rückkehr aus den USA im Mai 1917 an der Seite Lenin kämpfte, saß nach seiner Verhaftung sogar einen Monat im Gefängnis.⁵⁰

Als im Sommer die Wirtschaftskrise und damit die Verelendung ungebremst voranschritten, kamen die Bolschewiki jedoch schnell wieder in die Erfolgsspur. Bei den Wahlen zum Petrograder Stadtparlament erhielten sie am 20. August einen Stimmenanteil von 33 Prozent.⁵¹ Nach den bescheidenen Wahlergebnissen zuvor war das eine politische Sensation. Dieser Erfolg speiste sich keineswegs aus einem revolutionären Bewusstsein der Massen. Die meisten wussten nicht, was Lenin unter Sozialismus verstand und was seine Revolutionstheorie bedeutete. Der Zulauf der Bolschewiki speiste sich vor allem aus der allgemeinen Unzufriedenheit und dem wachsenden Wunsch der Bevölkerung nach durchgreifenden Lösungen. Es war die Schwäche der anderen Parteien, die maßgeblich zur Stärkung der Bolschewiki führte.⁵²

49 Bonwetsch (wie Anm. 22), S. 159 ff.; Smith (wie Anm. 13), S. 39 f.

50 Eine genaue Beschreibung dieser Juli-Krise gibt Alexander Rabinowitch: *Prelude to Revolution. The Petrograd Bolsheviks and the July 1917 Uprising*, Bloomington 1968. Zuletzt auch Figes (wie Anm. 23), S. 446–464; McMeekin (wie Anm. 26), S. 166–183; Aust (wie Anm. 8), S. 125 ff.

51 Hildermeier (wie Anm. 37), S. 29 f.; Pipes (wie Anm. 45), Bd. 2, S. 222.

52 Alexander Rabinowitch: *The Bolsheviks Come to Power. The Revolution of 1917 in Petrograd*, Chicago 2009, S. 83–93; Baberowski/Kindler/Teichmann (wie Anm. 36), S. 17 f.

48 Altrichter (wie Anm. 26), S. 166–170; Service (wie Anm. 45), S. 347–369; Figes (wie Anm. 23), S. 410–422; Gerd Koenen: *Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus*, München 2017, S. 714–725 u. 736 f.



Bolschewiki stürmten das Winterpalais, in dem sich die verbliebenen Mitglieder der Kerenski-Regierung aufhielten.
Foto: sz-photo

Den Bolschewiki spielte dann vor allem der sogenannte Kornilov-Putsch in die Hände. Schon in der zarischen Armee hatte Lawr G. Kornilov (1870-1918) als hochrangiger Offizier gedient, um nach der Februarevolution seine Karriere fortzusetzen. Als Militärführer von Petrograd war er an der Niederschlagung des Aufstandsversuchs der Bolschewiki beteiligt gewesen. Kerenskij, der im Juli L'vov als Regierungschef abgelöst hatte und damit zum mächtigsten Staatsmann in Russland aufgestiegen war, ernannte Kornilov daraufhin zum Oberbefehlshaber der russischen Armee. Fest entschlossen, den Krieg fortzusetzen, die militärische Disziplin wieder herzustellen und alle seine politischen Feinde rigoros zu bekämpfen, forderte Kornilov

von Kerenskij weitgehende Vollmachten. Kerenskij ging dies jedoch zu weit. Er setzte Kornilov ab, der seine Befehlsgewalt jedoch nicht aufgeben wollte und Ende August deshalb einen diletantischen Putschversuch anzettelte, den die Roten Garden schnell vereitelten.⁵³

Im September startete Kerenskij noch einmal erfolglos einen Versuch, im Rahmen einer „Demokratischen Konferenz“ alle politischen Kräfte zur Zusammenarbeit zu bewegen.⁵⁴ Bezeichnenderweise waren es dann aber die Kerenskij's Kooperationsangebot demonstrativ ausschlagenden Bolschewiki, die am 24. September die in Moskau stattfindenden Wahlen zum Stadtparlament gewannen. Als Leo Trotzki, der zuvor auch offiziell den Bolschewiki beigetreten war, einen Tag später zum Vorsitzenden des mächtigen Petrograder Arbeiter- und Soldatenrats gewählt wurde, bedeutete dies nicht nur einen personellen, sondern einen programmatischen Wechsel.

Die zweite Säule der Doppelherrschaft war in die Hände der Bolschewiki geraten.⁵⁵ Auch Lenin kehrte nun aus seinem finnischen Versteck

.....
53 Rabinowitch (wie Anm. 52), S. 94–150; Pipes (wie Anm. 45), Bd. 2, S. 180–221; Figes (wie Anm. 23), S. 461–481; Peeling (wie Anm. 41), (https://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/kornilov_lavr_georgievich [Stand: 22.09.2017]); Jorgen L. Munch: The Kornilov Revolt. A Critical Examination of Sources and Research, Aarhus 1987.

54 Mandel (wie Anm. 44), S. 253–259. Zu Kerenskij's fortschreitenden Autoritätsverfall vgl. Figes Kolonitskii (wie Anm. 32), S. 89–96.

55 Ebd., S. 259–263 u. 287–309. Pipes (wie Anm. 45), Bd. 2, S. 223–261; Koenen (wie Anm. 48), S. 749–753; Robert Service: Trotsky. A Biography, London 2009, S. 180–188; Joshua Rubenstein: Leon Trotsky. A Revolutionary's Life, New Haven 2011, S. 93 ff.

nach Petrograd zurück, um den Ton in den öffentlichen Auseinandersetzungen weiter zu verschärfen.⁵⁶

Kerenskij's Februarregime hatte politisch endgültig abgewirtschaftet. Es war vor allem an der Aufgabe gescheitert, die materiellen Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und Frieden zu schaffen. Angesichts der Paralyse des russischen Staats erschienen Parlamentarismus, Demokratie und Marktwirtschaft nicht mehr als der Königsweg aus der Krise des Jahres 1917, sondern nur noch als Sackgasse. Ein politischer Herbststurm zog auf. Anfang Oktober erschien es nur noch als eine Frage der Zeit, bis es zu einem erneuten Staatsstreich kommen würde. Angesichts des politischen Bankrotts der Provisorischen Regierung und der mit ihnen verbundenen Parteien lag die Macht in Russland buchstäblich auf der Straße.⁵⁷

Der Rote Oktober

Im Oktober erwiesen sich die Bolschewiki in Russland als einzige politische Kraft, die dank eines wachsenden gesellschaftlichen Zuspruchs noch handlungsfähig war und durch den Rückhalt in der Rätebewegung über Macht- und Gewaltmittel verfügte. Unter der Federführung Trotzkijs wurde am 16. Oktober 1917 das Militärrevolutionäre Komitee des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrats gegründet, das Befehle der Provisorischen Regierung außer Kraft setzte und in aller Offenheit Vorbereitungen für einen erneuten Aufstand traf. Mit ihren Handlungen und öffentlichen Äußerungen hatten die Bolschewiki längst deutlich gemacht, dass es für sie nur noch eine Frage der Zeit und der Gelegenheit sei, bis sie einen erneuten Umsturzversuch wagten.

In der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober war es dann so weit. Die Roten Garden besetzten strategisch wichtige Punkte in Petrograd. Viele der 20.000, die sich damals den Bolschewiki anschlossen, um die Straßen sowie Plätze der Hauptstadt zu kontrollieren, wussten gar nicht, worum es ging, und meinten oftmals, erneut gegen eine angebliche Konterrevolution vorzugehen. Nach einer mehrstündigen Belagerung, aber ohne größere Scharmützel wurde der Winterpalast eingenommen, in den die Provisorische Regierung im Sommer umgezogen war. Lenin proklamierte die Sozialistische Sowjetrepublik, die fortan vom Rat der Volkskommissare – dem neuen

Regierungsorgan – geleitet wurde. Lenin selber wurde zu seinem Vorsitzenden, also zum Regierungschef ernannt und Trotzki zum Volkskommissar für die Auswärtige Politik.⁵⁸ Zuständig für Nationalitätenfragen war der aufstrebende, aus Georgien stammende Iosif Džugašvili, der sich den Kampfnamen Stalin („der Stählerne“) gegeben hatte und mit seiner Ernennung zum Volkskommissar nun immer mehr ins Rampenlicht der großen Politik rückte.⁵⁹

Die Machtergreifung der Bolschewiki verlief nicht zuletzt erfolgreich, weil sich der linke Flügel der sozialrevolutionären Partei gegen den bisherigen politischen Kurs der rechten Parteiführung gestellt hatte, um an der Seite Lenins bald Posten zu übernehmen und so die neue Staatsführung als linkssozialistische Koalitionsregierung erscheinen zu lassen. Die linken Sozialrevolutionäre erhielten Anfang Dezember 1917 sogar fünf Regierungsressorts übertragen, darunter so bedeutende wie die der Justiz, des Inneren und der Landwirtschaft. Durch die Koalition mit den linken Sozialrevolutionären, die damals bei den Bauern den meisten Zuspruch erhielten, gewährleistete Lenin, dass es keinen großen organisierten Widerstand auf dem Land gab.⁶⁰

Der Zeitpunkt zum Staatsstreich war mit dem 24. und 25. Oktober geschickt gewählt, weil einen Tag nach der Einnahme des Winterpalasts der 2. Allrussische Rätekongress in Petrograd tagte. Die Menschewiki und die rechten Sozialrevolutionäre, die im Rätekongress die Mehrheit besaßen, zeigten sich entrüstet über die Machtusurpation der Bolschewiki. Sie bezichtigten Lenin des verräterischen Komplotts und boykottierten aus Protest die entscheidende Abstimmung über die Rechtmäßigkeit des Oktoberputsches. Das erwies sich als taktischer Fehler, weil die sich in der Minderheit befindenden Bolschewiki und ihre Bündnispartner den 2. Allrussischen Rätekongress so als politische Bühne nutzen konnten, um ihren Umsturz absegnen und den Rat der Volkskommissare als Regierung legitimieren zu lassen. Höhnisch rief Trotzki den Menschewiki und den rechten Sozialrevolutionären

58 Zu den Umsturzereignissen vgl. Figes (wie Anm. 23), S. 501–529; Mandel (wie Anm. 44), S. 310–342; Koenen (wie Anm. 48), S. 752–758; Manfred Hildermeier: Roter Oktober. Der Staatsstreich der Bolschewiki, in: Helmut Altrichter u.a.: 1917 – Revolutionäres Russland, Darmstadt 2016, S. 69–74.

59 Stephen Kotkin: Stalin. Bd 1: Paradoxes of power; 1878–1928, New York 2014, S. 228f.; Oleg Chlewnjuk: Stalin. Eine Biographie, München 2015, S. 98 f.

60 Lutz Häfner: Die Partei der linken Sozialrevolutionäre in der russischen Revolution von 1917/18, Köln 1994; Hendrik Wallat: Oktoberrevolution oder Bolschewismus. Studien zu Leben und Werk von Isaak N. Steinberg, Münster 2013.

56 Service (wie Anm. 45), S. 394–401; Altrichter (wie Anm. 26), S. 219 ff.; Aust (wie Anm. 8), S. 138–142.

57 Rabinowitch (wie Anm. 52), S. 151–209; Read (wie Anm. 25), S. 95–116; Neutatz (wie Anm. 38), S. 150 f.



Rote Garden auf dem Schlossplatz in Petrograd, 13. Mai 1917
Foto: picture alliance/ullstein bild

hinterher: „Ihr seid elende Bankrotteure, Eure Rolle ist ausgespielt. Geht, wohin Ihr gehört: auf den Müllhaufen der Geschichte!“⁶¹

Kerenskij konnte sich zwar dem Zugriff der Roten Garden entziehen, um von Pskov aus dann einen Angriff auf Petrograd auf den Weg zu bringen. Doch die entsandten Truppen erwiesen sich als schwach; ihren Angriff konnten die Petrograder Milizen schnell abwehren. Damit hatten die neuen Machthaber die stürmische Anfangsphase zunächst einmal überstanden und ihre Positionen behauptet.⁶²

Bis heute wird darüber gestritten, ob die Tage Ende Oktober 1917 wirklich als Revolution oder besser nur als Putsch oder konspirativer Staatsstreich bezeichnet werden sollten. So wagemutig das Unterfangen der Bolschewiki

auch gewesen sein mag, es glich einer Geschäftsübernahme im Rahmen eines politischen Insolvenzverfahrens. In seiner monumentalen Revolutionsgeschichte bezeichnete selbst Trotzki, der die Machteroberung organisiert und koordiniert hatte, die Berichte über die entscheidenden Episoden der Oktobernacht als „dürftig“ und „farblos“. Es fehlten „große Massenhandlungen, dramatische Zusammenstöße mit den Truppen; es fehlte alles, was mit einer Revolution gemeinhin verbunden wird.“⁶³ Als die Roten Garden so ohne größere Gefechte den Winterpalast besetzten, nahmen andernorts Opern, Theater- und Kinoproduktionen ihren gewohnten Gang. Auch der öffentliche Nahverkehr funktionierte in den stürmischen Oktobertagen weitgehend reibungslos. Selbst Lenin fuhr mit

61 Smith (wie Anm. 13), S. 58; Bonwetsch (wie Anm. 22), S. 189–198; Service (wie Anm. 45), S. 407–417.

62 Hildermeier (wie Anm. 37), S. 36; Read (wie Anm. 25), S. 117.

.....

63 Leo Trotzki: Geschichte der russischen Revolution. Zweiter Teil: Oktoberrevolution, Frankfurt am Main 1973, S. 879 u. 886.

der Straßenbahn unbehelligt von seiner Wohnung zum Smolnyj-Institut, wo die Bolschewiki ihr Hauptquartier hatten, um von hier aus den Umsturz zu dirigieren.⁶⁴

Weil in den Wirren des Jahres 1917 allen Machtusurpatoren nur eine kurze politische Halbwertszeit bescheinigt wurde, maßen viele Zeitgenossen den Geschehnissen in Petrograd zunächst kaum größere Bedeutung zu. Lenins europäischen Genossen erschien der Oktoberumsturz als blankes Abenteuerum. Auch wenn Lenin und Trotzki im Verlauf des Jahres 1917 die Kunst des Aufstands offensichtlich gut gelernt hatten, hegten viele Zweifel, ob sich die Bolschewiki als die neuen Herrscher in Russland wirklich durchsetzen und dort den ersten sozialistischen Staat erschaffen könnten.

Den Oktobertagen fehlte eigentlich das Dramatische und Heroische. Der Revolutionsmythos konnte sich damit nicht von selbst ergeben; er musste erst mit großem Pathos und viel Aufwand zum Leben erweckt werden. Von zentraler Bedeutung dafür waren zum einen die als *reenactment* organisierten Manöverinszenierungen, Freilichtschauspiele und andere große Feierlichkeiten. Sie wurden schon bald regelmäßig zu Ehren des Roten Oktobers organisiert, um mit im wahrsten Sinne des Wortes bewegenden politischen Events eine hoch emotionalisierte Aufbruchsstimmung und eine lebendige Erinnerungskultur zu schaffen.⁶⁵

Zum anderen entstand anlässlich des zehnten Jahrestags der Revolution der Stummfilm „Oktober“. Im offiziellen Auftrag der Parteiführung hatte Sergej Eisenstein die Regie übernommen, der schon zwei Jahre zuvor mit dem Film „Panzerkreuzer Potemkin“ die erste Russische Revolution auf der Kinoleinwand großartig in Szene gesetzt hatte. Eisensteins zweiter Revolutionsstreifen „Oktober“ blieb künstlerisch hinter dem ersten zurück; aber die Filmcrew nutzte jeden Kniff, um mit großartigen Einstellungen den Geschützdonner des Schlachtschiffs Aurora, der den Beginn des Aufstands weithin hörbar gemacht hatte, und den von tausenden Laiendarstellern nachgespielten Sturm auf den Winterpalast zu einer ikonographischen Bilderwelt werden zu lassen. Bei Eisensteins filmischer Nachstellung ging im Winterpalast mehr zu Bruch als bei der tatsächlichen Einnahme des Regierungssitzes zehn Jahre zuvor. Das verdeutlicht sowohl das Undramatische

der tatsächlichen Revolutionsereignisse als auch die Rolle, die der Film schon während der 1920er Jahre als zentrale Mythenmaschine und historische Realitätskulisse spielte. Es war Eisenstein, der die Oktoberrevolution als mitreisenden geschichtlichen Augenblick auf der Kinoleinwand zur Anschauung brachte und damit bis heute weltweit die Repräsentation vom Roten Oktober prägt.⁶⁶

Erste Dekrete und Manöver zur Machtsicherung

Die beiden Revolutionen des Jahres 1917 waren in Russland Folgen akuter Regierbarkeitsprobleme, die sich sowohl aus der gesellschaftlichen Konfliktodynamik als auch aus der mannigfaltigen, kriegsbedingten Destabilisierung der sozialen Ordnung ergaben. Während die Provisorische Regierung stets gezögert hatte, die drängenden Probleme der Zeit anzugehen, machten die Bolschewiki Schluss mit dieser politischen Vertagungspraxis. Das eigentlich Revolutionäre ereignete sich darum erst nach dem Umsturz, als die Bolschewiki zur Behauptung der gerade errungenen Macht eine revolutionäre Kettenreaktion auslösten, um die erstmalige Staatswerdung des Sozialismus auf den Weg zu bringen. Mit ihrem unbändigen Aktionismus und ungezügelter „Pathos des Neubeginns“⁶⁷ bahnte sich allerdings kein Masterplan den Weg in die russische Wirklichkeit, auch wenn die sowjetische Geschichtsschreibung Lenin jahrzehntelang als Herren über den historischen Prozess und umsichtigen Staatslenker darstellte. Vielmehr mussten die Bolschewiki immer wieder improvisieren. Deshalb sticht nicht so sehr ihre klare Strategie, sondern vor allem ihre Taktik ins Auge, mit der sie es vermochten, sich immer wieder auch aus schier aussichtslosen Lagen heraus zu manövrieren.

Als Regierungschef verkündete Lenin die „Diktatur des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft“ und erließ innerhalb einer Woche nach der Machtergreifung als erstes vier wichtige Dekrete, um mit suggestiven Parolen sowohl eindeutige Antworten auf die anstehenden Kernprobleme als auch jedem das Seine zu versprechen. Das Dekret über den Frieden sah die sofortige Aufnahme von Friedensverhandlungen mit den kriegführenden Nationen vor. Mit dem Dekret über Grund und Boden gingen das

64 Service (wie Anm. 45), S. 403; Figes (wie Anm. 23), S. 512 f.

65 Vladimir Tolstoy/Irina Bibikova/Catherine Cooke (Hg.): *Street Art of the Revolution. Festival and Celebrations in Russia, 1918–33*, London 1990; Marina Dalügge: *Die Manöverinszenierungen der Oktober-Revolution in Petrograd. Theatralität zwischen Fest und Ritual*, Tübingen 2016.

66 James Goodwin: *Eisenstein. Cinema, and History*, Urbana/Chicago 1993, S. 79–97; Oksana Bulgakowa: *Sergej Eisenstein. Eine Biographie*, Berlin 1997, S. 95–105; Ronald Bergan: *Sergei Eisenstein. A Life in Conflict*, London 1997, S. 126–138; Mike O'Mahon: *Sergei Eisenstein*, London 2008, S. 89–102.

67 So definierte Hannah Arendt ein entscheidendes Kriterium der Revolution. Zit. n. Jürgen Osterhammel: *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2009, S. 738.



Lenin als idealisierter Führer der Revolution,
Gemälde von Alexander Gerassimov
Foto: picture alliance/ullstein bild

Land und das Wirtschaftsinventar des Adels sowie großer Landbesitzer in die Verwaltung der Dorfgemeinden über. Damit erfüllten die Bolschewiki den langgehegten Traum der Bauern nach einer umfassenden Agrarreform und legalisierten die seit dem Sommer durchgeführten „schwarzen Landumverteilungen“. Zugleich bedeutete dies das Ende des russischen Landadels, der über Jahrhunderte die Sozial- und Machtverhältnisse auf dem Land bestimmte hatte.

Das Dekret über die Arbeiterkontrolle garantierte den Arbeitern weitgehende Mitsprache in allen betriebswirtschaftlichen Bereichen. Die von Stalin ausgearbeitete Deklaration der Rechte der Völker versprach die Befreiung aus dem russischen Vielvölkerkerker und den Nicht-russen damit die nationale Selbstbestimmung. Darüber hinaus wurde allen Frauen die sofortige Befreiung vom Patriarchat in Aussicht gestellt.⁶⁸

Mit ihren vollmundigen Versprechungen von der Erlösung von allen Übeln der Welt entwarfen die Machthaber das Bild einer klassenlosen Gesellschaft mit sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit, in der es keine Ausbeutung

und Konflikte mehr geben würde. Inmitten des revolutionären Chaos sprach eine solche grandiose Zukunftsvision viele an. Mit dem erfolgreichen Coup in Petrograd sprang der revolutionäre Funke darum auf andere Landesregionen über. Dank der seit dem Sommer 1917 voranschreitenden Bolschewisierung der Räte und Komitees sowie der straffen Organisation ihrer Parteikader gelang es Lenin, Trotzki und ihren Gefolgsleuten, sich vor allem in Gebieten mit einer großen Arbeiterschaft Unterstützung zu sichern und sich hier eine Machtbasis aufzubauen.

Moskau wurde dabei zum Ort erbitterter, tagelang andauernder Straßenkämpfe. In weniger stark industrialisierten Gebieten stützten die Bolschewiki ihre Herrschaft auf die örtlichen Garnisonen. In Sibirien verbreitete sich die Revolution längs der Transsibirischen Eisenbahn. In Kleinstädten und auf dem Land waren die Reaktionen der Bevölkerung oftmals zögerlich und mitunter feindselig; aber auch hier bildeten sich bald Räte als neue Machtstruktur. Deren Vorsitzende ignorierten zwar oftmals die Dekrete der neuen politischen Zentralgewalt und trafen eigene Entscheidungen. Sie stellten sich allerdings zunächst nicht gegen die neuen Machthaber. Auch die Perspektive von den russischen Regionen her zeigte, dass die Bolschewiki ihren Sieg nicht so sehr der eigenen Stärke, sondern vor allem der akuten Schwäche ihrer politischen Konkurrenten zu verdanken hatten. Erst das Versagen der Provisorischen Regierung hatte die politischen Voraussetzungen für den erfolgreichen Staatsstreich der Bolschewiki geschaffen.⁶⁹

Auch wenn der gut organisierten, von charismatischen Führern geleiteten Kampfpartei der Bolschewiki im Herbst und Winter 1917 kein großer Widerstand entgegenschlug, so konnten sich die neuen Machthaber der breiten Unterstützung der Bevölkerung dennoch keineswegs sicher sein. Am 11. November 1917 fanden die noch vor dem Oktoberumsturz von der Provisorischen Regierung anberaumten Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt, auf die Liberale und gemäßigte Linke zuvor ihre ganzen politischen Hoffnungen gesetzt hatten, um dem revolutionären Russland eine neue Grundordnung zu geben. Bei dieser Wahl erhielten erstmals die russischen Frauen das aktive

69 Zur Ausbreitung der Revolution vgl. die anschaulichen regionalhistorischen Studien von Diane Koenker: *Moscow Workers and the 1917 Revolution*, Princeton 1981; Donald J. Raleigh: *Revolution on the Volga. 1917 in Saratov*, Ithaca 1986; Orlando Figes: *Peasant Russia, Civil War. The Volga Countryside in Revolution (1917–1921)*, Oxford 1989; Tanja Penter: *Odessa 1917. Revolution an der Peripherie*, Köln 2000; Stefan Karsch: *Die bolschewistische Machtergreifung im Gouvernement Voronež, 1917–1919*, Stuttgart 2006; Liudmila Novikova: *The Russian Revolution from a Provincial Perspective*, in: *Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History* 16/2015, H. 4., S. 769–785.

68 Zu diesen ersten Dekreten vgl. Pipes (wie Anm. 45), Bd. 2, S. 275–280; Smith (wie Anm. 13), S. 61–65; Service (wie Anm. 45), S. 418–422.

und passive Wahlrecht. Dies war allerdings keine Errungenschaft der Bolschewiki, sondern schon vom Februarregime im März 1917 festgelegt worden. Insgesamt gaben 42 Mio. Wahlberechtigte in freier, gleicher und geheimer Wahl ihre Stimme ab. Die Bolschewiki erhielten knapp 24 Prozent der Stimmen; bei den Arbeitern und den Soldaten wurden sie jedoch zur stärksten Partei. Wahlsieger waren die Sozialrevolutionäre mit über 50 Prozent, wobei sich der linke, mit den Bolschewiki paktierende Flügel deutlich im Aufwind befand. Die Menschewiki gehörten genauso wie die liberalen und rechten Parteien zu den Wahlverlierern. Auf die nationalen Parteien der nichtrussischen Völker, die ein Spektrum von links bis liberal abdeckten, entfielen je nach Zählung zwischen 15 und 20 Prozent. Ihre Vertreter traten als Fürsprecher nationaler Anliegen auf.

Mit dem Ergebnis der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung war Lenin unzufrieden. Er befürchtete, diese Volksvertretung könne sich seinen politischen Wünschen widersetzen. Als die Verfassungsgebende Versammlung nach langem Zögern schließlich am 5. Januar 1918 erstmals zusammentrat, ließ Lenin sie darum unverzüglich mit Waffengewalt auflösen und beendete damit das parla-

mentarische Zwischenspiel der russischen Geschichte. Daraufhin beriefen die Bolschewiki als Gründungsparlament des neuen Sowjetstaats erneut den mittlerweile längst von ihnen dominierten Allrussischen Rätekongress der Arbeiter- und Soldatendeputierten ein. Dessen Deputierte verabschiedeten bereitwillig die neue Staatsform der Sowjetrepublik. Schon diese ersten politischen Manöver während der Geburtsphase des Sowjetstaats zeigten, dass die neuen Machthaber ein sehr spezifisches Verständnis von Demokratie hatten, bei dem weniger der erklärte Wille der Bevölkerung als vielmehr die Machtinteressen der Parteiführer das politische Handeln bestimmten.⁷⁰

Das unterstrich auch der Umgang mit den politischen Konkurrenten. Schon Ende November hatte der Rat der Volkskommissare die liberalen Parteien verbieten und deren politischen Führer inhaftieren lassen.⁷¹ Am 7. Dezember 1917 wurde dann die „Außerordentliche Kommission für den Kampf gegen Konterrevolutionäre und Sabotage“ ins Leben gerufen, die sodann unter ihrer Abkürzung Tscheka in die Sowjetgeschichte einging. Dieses Zentralorgan des von den Bolschewiki selbst ausgerufenen „roten Terrors“ stand unter der Leitung von Feliks

Dzeržinskij (1877–1926). Um sich herum scharte der berüchtigte „eiserne Feliks“ eine gewissenlose Gruppe von Folterknechten und Geheimpolizisten. Sie unternahmen alles, um politische Gegner auszuschalten und das Machtmonopol der Bolschewiki landesweit durchzusetzen. Dafür erhielt die Tscheka bald immer weitgehendere Befugnisse, auch das Recht, Menschen ohne Gerichtsverfahren hinzurichten oder Geiseln zu nehmen, um von Bauern Abgaben und Dienstleistungen zu



Lenin beim 2. Allrussischen Gesamtkongress 1917, Gemälde von Alexandr Nikolajewič Samochvalov aus dem Jahr 1940
Bild: picture-alliance / akg-images

70 Zur Verfassungsgebenden Versammlung vgl. Altrichter (wie Anm. 26), S. 234–256; Pipes (wie Anm. 45), Bd. 2, S. 339–369; Bonwetsch (wie Anm. 22), S. 198–213; Rabinowitch (wie Anm. 52), S. 80–127; Mandel (wie Anm. 44), S. 343–357.

71 Stockdale (wie Anm. 23), S. 263; Figes (wie Anm. 23), S. 538 ff.



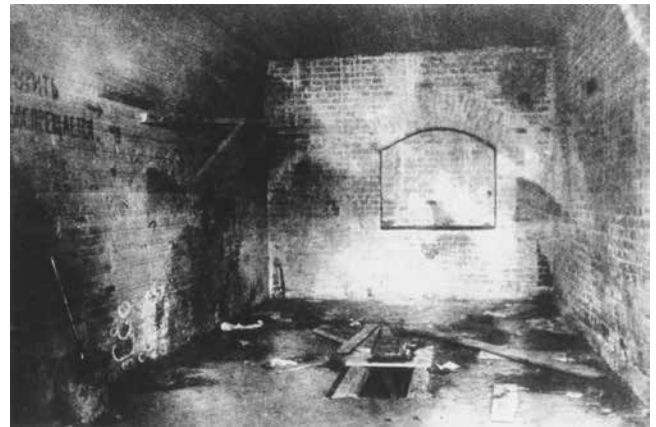
Der polnische Bolschewik Feliks Dzeržinskij (1877–1926) organisierte im Auftrag Lenins ab 1917 die sowjetische Geheimpolizei Tscheka, deren erster Leiter er war. 1920/21 war er gleichzeitig Volkskommissar für Innere Angelegenheiten, bis 1923 dann Volkskommissar für Verkehr.
Bild: sz-photo/Sammlung Megele

erpressen. Die neu konstruierten Feindbilder des „Spions“ und „Bourgeois“ ließen sich jederzeit nutzen, um geheimpolizeiliche Übergriffe zu legitimieren.⁷² Die Tschekisten selber feierten ihren Unterdrückungsapparat als „Schild und Schwert der Partei“ und brachten dies stolz im Wappen ihrer Behörde des Schreckens zum Ausdruck. Ohne jegliche Bedenken erklärte Lenin damals: „Große Fragen werden im Leben der Völker nicht durch Gesetze, sondern durch Gewalt entschieden.“⁷³ Dieses merkwürdige Verständnis von Politik ließ die revolutionäre Erbarmungs- und Skrupellosigkeit zum fatalen Geburtsfehler des erstmals staatsgewordenen Sozialismus werden und bereitete den Weg zu einer Herrschaft des politischen Terrors.⁷⁴

72 Figes/Boris Kolonitskii (wie Anm. 32), S. 153–186.

73 Neutatz (wie Anm. 38), S. 157. Zu Lenins Verhältnis zur Gewalt vgl. ausführlich James Ryan: *Lenin's Terror. The Ideological Origins of Early Soviet State Violence*, London 2012.

74 Zur Tscheka vgl. Werth (wie Anm. 38), S. 67–84; Kotkin (wie Anm. 59), S. 241 f.; Koenen (wie Anm. 48), S. 763 f.



Hinrichtungsstätte der Tscheka in Kiew, undatiert
Foto: ullsteinbild/Archiv Gerstenberg

Das verzweifelte Ringen um Frieden

Als Lenin und seine Getreuen im Oktober 1917 die Flucht nach vorn antraten und die sozialistische Revolution wagten, waren sie überzeugt, das internationale Proletariat würde ihnen zu Hilfe kommen. Die Revolution sollte von Sowjetrußland aus überspringen und den revolutionären Flächenbrand einer Weltrevolution entzünden. Ganz besonders hofften die Bolschewiki auf den baldigen Aufstieg eines „Sowjetdeutschland“, um so den Weltkrieg schnell beenden zu können. Doch die wiederholten Revolutionsaufrufe an die Völker der Welt verhallten ungehört. Die klassenbewussten Arbeiter Großbritanniens und Deutschlands erhoben sich zu Beginn des Jahres 1918 nicht, auch wenn die Kriegsmüdigkeit immer mehr um sich griff.

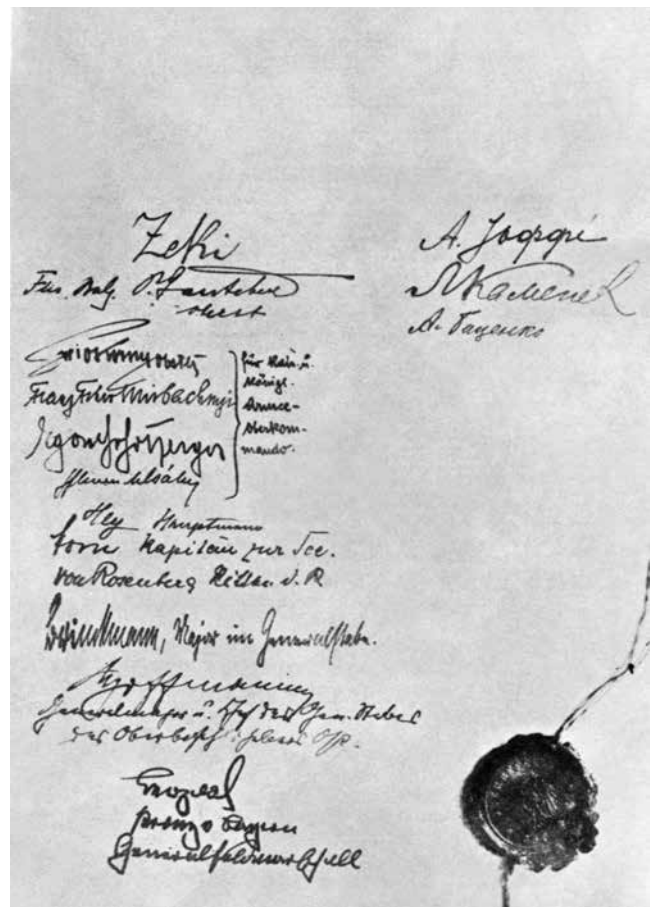
Zudem erschien es vielen Linken als ungeheuerlich, was Lenin und die Bolschewiki in Russland veranstalteten. Von Seiten der deutschen Sozialdemokratie attackierte vor allem Karl Kautsky (1854–1938) Lenin. Er verurteilte die Oktoberrevolution als frühreif und sah in ihr lediglich einen konspirativen Staatsstreich, der allein dazu diene, die zarische Autokratie durch eine neue Diktatur zu ersetzen. Eine Verbesserung der Lebensumstände der ausgebeuteten russischen Bauern und Arbeiter hätten die neuen Machthaber nicht erreicht. Statt die Gesellschaft zu humanisieren, hätten die Bolschewiki sie mit ihrem ausufernden Verwaltungs-, Partei- und Unterdrückungsapparat nur bürokratisiert und terrorisiert. Die sozialistische Internationale lief also keineswegs mit wehenden Fahnen über zu den Bolschewiki, um die Fackel der Revolution in alle Welt hinauszutragen.⁷⁵

75 Vgl. Karl Kautsky: *Die Diktatur des Proletariats*, Wien 1918. Vgl. auch Marcel van der Linden: *Von der Oktoberrevolution bis zur Perestrojka. Der westliche Marxismus und die Sowjetunion*, Freiburg 1999, S. 20–25; Gleb J. Albert: *Das Charisma der Weltrevolution. Revolutionärer Internationalismus in der frühen Sowjetgesellschaft 1917–1927*, Köln 2017, S. 79–109.



Schlussitzung der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk

Als die Bolschewiki erkannten, dass sich ihr Glaube an die anbrechende Weltrevolution als Trugschluss erwies, bemerkten sie, dass es recht einfach war, in einem Dekret den Willen zum Frieden zu bekunden, aber umso schwieriger, den Krieg wirklich zu beenden. Im Anschluss an die Oktoberrevolution war es zwar zunächst zu einem Waffenstillstand mit den Mittelmächten gekommen. Bei den im Dezember 1917 beginnenden offiziellen Friedensverhandlungen, denen auf sowjetischer Seite Trotzki vorstand, entbrannten angesichts der harten deutschen Forderungen bald aber heftige Kontroversen. Vor allem die linken Sozialrevolutionäre stemmten sich vehement gegen einen Diktatfrieden und wussten sich darin einig mit ihrem rechten Parteiflügel, den Menschewiki, und auch den Liberalen. Um Druck zu machen, rückten deutsche Truppen im Februar 1918 bedrohlich nahe an Petrograd heran, so dass die sowjetische Hauptstadt damals nach Moskau verlegt wurde und damit fortan der dortige Kreml zum politischen Zentrum Sowjetrusslands aufstieg. Angesichts des raschen Vormarschs der deutschen Truppen mussten Lenin und Trotzki schließlich den „Schandfrieden“ von Brest-Litovsk am 18. März 1918 akzeptieren.⁷⁶ Der Preis für die Beendigung des Kriegs mit Deutschland war für den neuen Sowjetstaat außerordentlich hoch. Er verlor Finnland, das Baltikum, Weißrussland und die wichtige Ukra-



Der Friedensvertrag, unterzeichnet von: A. Joffe, Oberst Gantscheff, Baron Mirbach, Hauptmann Hey, Horn, Kapitän zur See, Rittmeister von Rosenberg, Major Brinckmann, Generalmajor Hoffmann, Prinz Leopold von Bayern
Fotos: /Imagno/Austrian Archives/ullsteinbild

ine mit ihren Kornkammern und den bedeutenden Industriezentren des Donbass. Auf den abzutretenden Gebieten lebten damals 60 Millionen Menschen und damit knapp ein Drittel der Gesamtbevölkerung des einstigen Russischen Reichs. Zudem spaltete der erpresste Friedensschluss endgültig die politische Allianz zwischen den Bolschewiki und den linken Sozialrevolutionären, die jetzt aus der Regierung austraten und sogar wieder zum Mittel des politischen Terrors griffen. Im Sommer 1918 lieferten die Ermordung des deutschen Diplomaten Wilhelm von Mirbach-Harff und des Petrograder Tscheka-Chefs sowie das fehlgeschlagene Attentat der Anarchistin Fanny Kaplan auf Lenin den Bolschewiki einen guten Vorwand, um mit der gesamten Macht ihres Unterdrückungsapparats gegen Sozialrevolutionäre und Anarchisten vorzugehen.⁷⁷

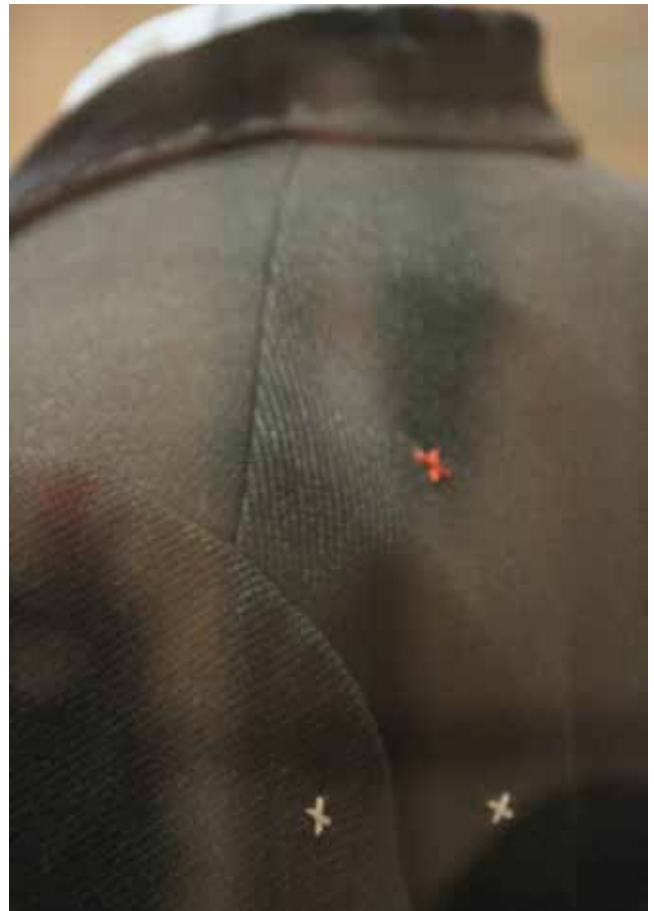
76 Rabinowitch (wie Anm. 52), S. 132–209; Pipes (wie Anm. 45), Bd. 2, S. 387–450; Figes (wie Anm. 23), S. 568–584; McMeekin (wie Anm. 26), S. 225–252; Borislav Chernev: Twilight of Empire. The Brest-Litovsk Conference and the Remaking of East-Central Europe, 1917–1918, Toronto 2017.

77 Pipes (wie Anm. 45), Bd. 2, S. 499–517; Service (wie Anm. 45), S. 468 ff. u. 473–479; Scott B. Smith: Who Shot Lenin? Fania Kaplan, the SR Underground, and the August 1918 Assassination Attempt on Lenin, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 46 (1998), H.1, S. 100–119.

Ihre Machtergreifung verstanden die Bolschewiki als Beginn einer neuen Zeitrechnung. Das zeigte sich schon darin, dass sie am 1. Februar 1918 den bis dahin geltenden Julianischen Kalender auf den im Westen geltenden Gregorianischen Kalender umstellten. Per Dekret holte Sowjetrussland den jahrhundertlangen kalendarischen Rückstand von 13 Tagen auf. Mit diesem symbolischen Akt wollten die neuen Machthaber aller Welt demonstrieren, dass der erste sozialistische Staat fortan nicht mehr hinter der Entwicklung der Zeit hinterher hinken, sondern ihr vielmehr vorangehen werde.⁷⁸

Allerdings gab die bolschewistische Regierungsbilanz im Frühling des Jahres 1918 skeptischen Zeitgenossen guten Grund, nicht den Anbruch einer neuen Menschheitsepoche zu bejubeln. Inständig warnte so der Schriftsteller Maxim Gorkij Anfang März 1918 vor dem destruktiven Bedrohungspotential der Umbruchsituation. In der russischen Revolution sah er nicht den „natürlichen und machtvollen Ausbruch aller schöpferischen Kräfte eines Volkes“, sondern lediglich „einen Ausbruch von Erbitterung und Hass“. Das Leben in Sowjetrussland habe sich deshalb keineswegs zum Besseren verändert. Wie zuvor unter dem Joch der zarischen Autokratie lebten die Menschen weiter „mit denselben Bräuchen, Gewohnheiten und Vorurteilen, genau so dumm und schmutzig. [...] Das russische Volk, das die volle Freiheit erlangt hat, vermag nicht, ihren großen Segen für sich zu nutzen, sondern sie nur zum Schaden für sich und seinen Nächsten zu missbrauchen, und so riskiert es, endgültig zu verlieren, was es sich nach leidvollen Jahrhunderten erkämpft hat. Nach und nach wird all das Großartige vernichtet, was seine Vorfahren erarbeitet haben, verschwinden die nationalen Reichtümer und die Möglichkeiten, die Schätze dieser Erde zu mehren, werden Industrie, Verkehr und Post zerstört und die Städte verwüstet, die in Schmutz versinken.“⁷⁹

Gorkijs düstere Prognose sollte sich bewahrheiten, als im Frühsommer 1918 der Russische Bürgerkrieg ausbrach und in den folgenden drei Jahren einen noch höheren Blutzoll als zuvor der Weltkrieg forderte. Russlands „Kontinuum der Krise“⁸⁰ hatte 1918 längst noch nicht sein Ende gefunden, sondern erfuhr damals vielmehr eine wei-



Im Lenin-Museum in Moskau, das 1994 geschlossen wurde, war Lenins Mantel mit den Spuren des Attentats ausgestellt.

Fotos: ullstein bild-Heritage Images/Fine Art Images//ullstein bild/
Fotografin: Elizaveta Becker

tere Eskalation. Unter den Vorzeichen der Verteidigung der bolschewistischen Revolution, die mit ihrem vollmundigen Ideenpotenzial den Horizont der Zeit sprengte und einem utopischen Überschuss den Weg in die Politik ebnete, trat das Land in eine neue Phase seiner stürmischen Geschichte. ■

78 Malte Rolf: Das sowjetische Massenfest, Hamburg 2006, S. 135–144.

79 Zit. n. Figes (wie Anm. 23), S. 426.

80 So der programmatische Buchtitel von Holquist (wie Anm. 21). Von einem „Kontinuum der Gewalt“ spricht Liudmila Novikova: Kontinuum der Gewalt. Der Norden Russlands 1914–1920, in: Osteuropa 64/2014, H. 2–4, S. 157–170.

Der Erste Weltkrieg als Zäsur der Geschichte Bayerns

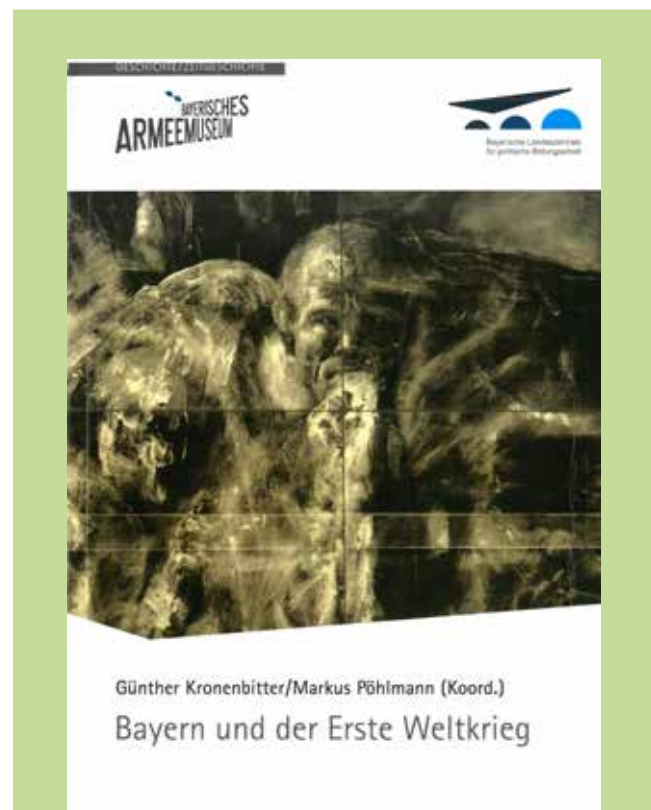
von Marita Krauss



Abbildung: Bayerisches Armeemuseum Ingolstadt

Bayern war vor 1913/1914 ein anderes Land als nach dem Ende der Monarchie, nach der Revolution, den Räterepubliken und ihrer gewaltsamen Niederschlagung durch Regierungstruppen und Freikorps. Es ist kein Zufall, dass viele historische Studien 1914 enden, andere sich mit 1918/19 und wieder andere mit Bayern in der Weimarer Republik oder dem Aufstieg des Nationalsozialismus befassen: Es begann nach dem Krieg nicht nur die Republik. Die Entwicklungen nach Revolution und Räterepublik schufen eine politische Stimmung, in der sich die Gewichte stark zugunsten der politischen Rechten verschoben.¹ Kräfte und Ideen, die vor dem Ersten Weltkrieg eine Randerscheinung in der Stadt waren, rückten nun in das Zentrum der politischen Auseinandersetzung.² Mit dem Separatismus, Antimodernismus und Antiliberalismus der „Ordnungszelle Bayern“ unter Gustav von Kahr entfernte sich die bayerische Politik immer weiter von dem Geist der Jahre und Jahrzehnte vor dem Krieg, die Thomas Mann rückblickend 1926 im Rahmen der Münchner Kunststadt-Debatte beschwor:³ „Es war eine Atmosphäre der Menschlichkeit, des duldsamen Individualismus, der Maskenfreiheit sozusagen; eine Atmosphäre von heiterer Sinnlichkeit, von Künstlertum; eine Stimmung von Lebensfreundlichkeit, Jugend, Volkstümlichkeit, jener Volkstümlichkeit, auf deren gesunder derber Krume das Eigentümlichste, Zarteste, Kühnste, exotische Pflanzen manchmal, unter wahrhaft gutmütigen Umständen gedeihen konnten.“ „Reisende, meidet Bayern!“ schrieb Kurt Tucholsky im Februar 1924 in der „Weltbühne“, nachdem Bayern Passkontrollen zum restlichen Reich eingeführt hatte.⁴ „In einem Sommer der tiefs-

-
- 1 Bernhard Grau: Revolution, 1918/1919, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44332> [Stand: 07.03.2014]; Martin H. Geyer: Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne. München 1914–1924 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 128), Göttingen 1998; Marita Krauss/Florian Beck (Hg.): Leben in München von der Jahrhundertwende bis 1933, München 1990; Karl Bosl (Hg.): Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München 1969.
 - 2 Friedrich Prinz/Marita Krauss (Hg.): München – Musenstadt mit Hinterhöfen. Die Prinzregentenzeit 1886–1912, München 1988; Karl-Heinrich Pohl: Die Münchener Arbeiterbewegung. Sozialdemokratische Partei, Freie Gewerkschaften, Staat und Gesellschaft in München 1890–1914 (Schriftenreihe der Georg-von Vollmar-Akademie, Bd. 4), München 1992; Ulrike Leutheusser/Hermann Rumschöttel (Hg.): Prinzregent Luitpold von Bayern. Ein Wittelsbacher zwischen Tradition und Moderne (edition monacensia), München 2012.
 - 3 Thomas Mann, in: ders. (Hg.): Kampf um München als Kulturzentrum. Sechs Vorträge von Th. Mann, H. Mann, L. Weissmantel, W. Geiger, W. Courvoisier und P. Renner mit einem Vorwort von Th. Mann, München 1927, S. 9.
 - 4 Kurt Tucholsky: Reisende, meidet Bayern, in: ders.: Gesammelte Werke in zehn Bänden, Reinbek 1960, Bd. 3 1921–1924, S. 370–374 (erstveröffentlicht als Ignaz Wrobel, in: Die Weltbühne, 7.2.1924, Nr. 6, S. 164).



Dieser Beitrag ist ein Auszug aus dem gerade erschienenen Band „Bayern und der Erste Weltkrieg“, München 2017, hg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und dem Bayerischen Armeemuseum, koordiniert von Prof. Dr. Günther Kronenbitter und Dr. Markus Pöhlmann. Erhältlich ist die Publikation für 4 Euro über das Publikationsportal der Landeszentrale:

<https://www.bestellen.bayern.de/> oder im Bayerischen Armeemuseum Ingolstadt

ten Schande saßen 51 sozialistische und kommunistische Reichstagsabgeordnete während ihres Sommerurlaubs in den bayerischen Bergen, weil man ja Politik und Privatleben nicht vermengen darf. Eisner war ermordet, Landauer zertreten und gefleddert, Toller eingesperrt, Mühsam gequält, Fechenbach ruiniert – diese 51 und tausende von deutschen Juden, Republikanern, Oppositionellen aller Schattierungen gaben den Bayern Geld zu verdienen. Bis die so dumm waren, durch immer gröbere Schikanen jeden Fremdenverkehr zu unterbinden. Sie verlangen von

den eigenen deutschen Landsleuten einen Paß, welches Verlangen abzulehnen ist. Sie kontrollieren in aller Herrgottsfrühe die Hotels, die Polizisten sind unhöflich und grob; [...] Diese amtlichen Lümmeleien in Pensionen und Hotels sprechen sich herum. [...] [D]as haben die Fremden satt. Und so ist denn noch immer zu rufen: Reisende, meidet Bayern!“

Der Erste Weltkrieg, so ist dies zu resümieren, war unzweifelhaft eine wichtige Zäsur in der Geschichte Bayerns. In Deutschland, aber eben auch in Bayern war nachher nichts mehr wie zuvor.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Die großen Verluste an Menschen gehören dazu, an Künstlern, Schriftstellern, Bürgers- und Arbeitersöhnen, an Familienvätern, Ehepartnern, Kindheitsfreunden. In manchen Familien blieben vier Söhne auf dem sogenannten „Feld der Ehre“, die Hoffnung auf eine Zukunft wurde damit ausgelöscht.⁵ Eine ganze Generation kam entweder nicht mehr, oder verletzt und traumatisiert aus dem Krieg zurück. Der wirtschaftliche und politische Fortschrittsoptimismus der prosperierenden Vorkriegsjahre war verschwunden; wer überlebt hatte, entwickelte andere Handlungsstrategien für die Nachkriegszeit.

Neben die individuellen Traumata trat die Vorstellung vom Verlust der „nationalen Ehre“. Wie Korrespondenzen zeigen, trafen sich in vielen Familien Väter und Söhne in der Überzeugung, die „Schmach von Versailles“ müsse beseitigt, Deutschlands Größe wiederhergestellt werden. Die Dolchstoßlegende,⁶ mit deren Hilfe die politische Rechte verräterische Bestrebungen innerhalb des Reiches für die Niederlage verantwortlich zu machen versuchte, fand auch deshalb so viele Anhänger, da in diesem Krieg eine Niederlage und die damit verbundenen Friedensbedingungen nicht im Vorstellungsbereich vieler Akteure lagen. Zu lange und zu intensiv hatte die Propaganda die Hoffnung auf ein siegreiches Ende genährt – trotz der immensen Verluste an den Fronten, trotz der immer größeren Not an der Heimatfront.⁷ Nun war die Enttäu-

5 Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main 2013; Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014.

6 Rainer Sammet: Dolchstoßlegende, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44479> [Stand: 29.11.2013]; Irmtraud Permoser: Der Dolchstoßprozeß in München 1925, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 59 (1996), 903–927; Rainer Sammet, „Dolchstoß“. Deutschland und die Auseinandersetzung mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg (1918–1933), Berlin 2003.

7 Benjamin Ziemann: Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914–1923, Essen 1997.



Die Abdankung König Ludwigs III. wird in den Münchner Neuesten Nachrichten bekannt gemacht, 13. November 1918.
Foto: sz-photo/Scherl

schung gewaltig, sie führte zur Realitätsverweigerung und zur Suche nach Schuldigen. Gerade aus dieser Erfahrung sahen die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg die Notwendigkeit einer „Stunde Null“, einer anerkannten totalen Niederlage, die schwelenden Ressentiments wenig Boden geben und einen wirklichen Neuaufbau möglich machen sollte;⁸ Franklin D. Roosevelt hatte als amerikanischer Außenpolitiker die erste Nachkriegszeit bewusst erlebt und zog daraus für die zweite die Konsequenzen.

Nach 1918/19 stießen jedenfalls neue Ideologien, die eine Wiederherstellung von Deutschlands Größe versprachen und Schuldige benannten, in das bekannte Vakuum einer nach wie vor autoritär strukturierten nachrevolutionären Gesellschaft, die zusätzlich von Hunger und wirtschaftlicher Not, galoppierender Inflation und tiefer politischer Frustration geprägt war. Die „spanische Grippe“ wütete unter der geschwächten Bevölkerung und es starben an dieser Krankheit mit bis zu 50 Millionen mehr Menschen als im ganzen fürchterlichen Ersten Weltkrieg.⁹ Auch für die friedenssehnstichtige Bevölkerung war der Krieg 1918 noch nicht vorbei.

8 Hans Braun/Everhard Holtmann/Uta Gerhardt (Hg.): Die lange Stunde Null: Gelenkter sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945, Baden-Baden 2007; Uta Gerhardt: Soziologie der Stunde Null – Zur Gesellschaftskonzeption des amerikanischen Besatzungsregimes 1944–1945/1946, Frankfurt am Main 2005.

9 Manfred Vasold: Die Spanische Grippe. Die Seuche und der Erste Weltkrieg, Darmstadt 2009.



Das Landtagsgebäude befand sich 1918 in der Prannerstraße in München.
Foto: sz-photo/Scherl

Politisch hatte die Revolution unter Kurt Eisner zwar mitgeholfen, den Krieg nach außen zu beenden.¹⁰ Im Inneren ging er nach Eisners Ermordung Anfang 1919 weiter. In den Räterepubliken, vor allem aber in dem Bürgerkrieg und den Gewaltexzessen bei ihrer Niederschlagung brach ein Konsens, der in Bayern lange gehalten hatte: Militär schoss nicht wie in Preußen bei Streiks auf Arbeiter, es gab viele Formen der formalisierten und durch die zivile Beamtenschaft kontrollierten Konflikteinhegung.¹¹ Das Militär gelangte in Bayern nicht zu einer dominanten Position, die zivile Beamtenschaft hatte das Heft in der Hand. Laut bayerischem Polizeigesetz gab es eine klare Trennung von Polizei und Militär. 1906 erhielten Polizisten Beamtenstatus.

Das war nun anders: Bei der Eroberung Münchens durch Regierungstruppen und Freikorps Anfang Mai 1919 wurden Gefangene misshandelt und ohne Urteil hingerichtet.¹² Nur mit Mühe konnte das Generalkommando das exzessive Töten eindämmen. Offiziell starben beim Einmarsch 557 Menschen, darunter zahlreiche Zivilisten, die irrtümlich verhaftet worden waren. Schätzungen sprechen von über 1.000 Opfern. In der Stadt herrschte Kriegsrecht, da neue Unruhen befürchtet wurden. Stand- und Sondergerichte („Volksgerichte“) verurteilten in den folgenden Monaten über 1.700 Räte-Aktivist*innen wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“. ¹³ Reichswehr und Polizei hatten die Macht in Händen. Die Justiz ahndete die Verbrechen nicht.

10 Bernhard Grau: Kurt Eisner 1867–1919. Eine Biographie, München 2017.

11 Marita Krauss: Herrschaftspraxis in Bayern und Preußen im 19. Jahrhundert. Ein historischer Vergleich, Frankfurt am Main 1997.

12 Rudolf Herz/Dirk Halfbrodt: Fotografie und Revolution. München 1918/19, Berlin 1988; Emil Gumbel: Vier Jahre politischer Mord, Berlin 1922.

13 Franz J. Bauer/Eduard Schmidt: Die bayerischen Volksgerichte 1918–1924. Das Problem ihrer Vereinbarkeit mit der Weimarer Reichsverfassung, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 48 (1985), S. 449–478.

Als die Alliierten die Reduzierung der regulären Armee durchsetzten, entstand aus lokalen militärischen Wehreinheiten aus München und Nürnberg 1919 die kasernierte „Staatliche Polizeiwehr Bayerns“, die 1920 in „Bayerische Landespolizei“ umbenannt wurde.¹⁴ Sie war ein wichtiges Element der „Ordnungszelle Bayern“. Ihr Chef Hans Ritter von Seißer, ein rechtsgerichteter Mann mit besten wirtschaftsbürgerlichen Beziehungen, führte die inzwischen über 17.000 Mann starke militarisierte Polizeitruppe durch viele ihrer überwiegend gegen links gerichteten Einsätze der nächsten Jahre. Ihre Hauptaufgabe lag im Vorgehen gegen innere Unruhen, viele ihrer Mitglieder entstammten der ehemaligen bayerischen Armee oder den Freikorps und waren ohne polizeiliche Ausbildung. Auch den Hitlerputsch vom November 1923 schlug diese Polizeitruppe nieder; Seißer selber war in den Putsch verwickelt gewesen und seine Truppe wurde erst spät gegen die Putschisten in Stellung gebracht. Dennoch blieb Seißer bis 1930 Chef der Landespolizei, die nach 1924 etwas besser mit der zivilen Polizei – der Gendarmerie, den Schutzmannschaften und den Gemeindepolizeien –, verbunden wurde, sich modernisierte und professionalisierte. Bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten verhielt sich die Polizeitruppe passiv, wurde aber gleich für die Zwecke des neuen Regimes eingesetzt: zur Ausbildung von SA, SS und anderen, oder zur Bewachung der Konzentrationslager. 1935 übernahm die Wehrmacht komplett diese ehemalige Bayerische Landespolizei, die inzwischen Teil der Schutzpolizei des Reiches geworden war. Damit war sie wieder dort angekommen, wo sie von ihrer Ausrichtung her hingehörte: beim Militär.

Der Gewaltexzess beim Einmarsch in München 1919 kam nicht von ungefähr. Die Entgrenzung der Gewalt im Krieg prägte die Generation der Kriegsteilnehmer.¹⁵ Liest man die Gewaltphantasien der Freikorpsgeneration, wie sie Klaus Theweleit in seiner „Psychoanalyse des weißen Terrors“ zusammengetragen hat,¹⁶ so wird die völlige innere Enthemmung im Umgang mit Menschen sichtbar: Er untersucht Sexualität und Drill in den Kasernen, die Bezie-

hung zwischen Kampf und Körper. Das Heer ist Abbild und Gegenbild der Masse in einem: Die Masse wirkt bedrohlich, angsteinflößend; der Befehl, der das Heer lenkt, bändigt die Masse, er gibt auch dem eigenen Körper wieder eine Form und verhindert seine Auflösung. Die gefeierte Masse ist immer eine formierte, eingedämmte, von einem Führer überragte. Die verachtete Masse wird als flüssig, schleimig, brodelnd diffamiert. Diese Masse wird zu einer Verkörperung des eigenen Unbewussten, das man fürchtet.

Die militärische oder paramilitärische Formation der Freikorps oder der politischen Geheimbünde gab Halt und Sicherheit.¹⁷ Die Freikorps wurden nach 1918 von Ernst Jünger und anderen zum Inbegriff einer bestimmten – überlegenen – Kultur erklärt, der Kultur des Männlichen, des Soldatischen. Der heroische Tötungsakt trat an die Stelle des Liebesaktes. Der Freikorpsmann Friedrich Wilhelm Heinz schrieb 1932 über die „flammende Kriegsbesessenheit und kalte Kriegsbemeisterung“ der deutschen Jugend in den Freikorps:¹⁸ „Dieses Element lebte in den magischen Bezirken, wo die Bruderschaft mit dem Tode das Leben erst süß und reizvoll machte, und es liegen genügend Zeugnisse dafür vor, daß das vor dem Tode grausende französische Volk mit wahrhaft höllischem Entsetzen auf dieses Deutschland schaute, das geradezu in den Tod verliebt zu sein schien.“

Diese in den Tod Verliebten konnten das Morden nicht lassen, nur weil der Krieg zu Ende war. Sie fanden bald wieder ihre Feinde:¹⁹ Zunächst diejenigen, die ihnen den Sieg gestohlen zu haben schienen, die linken Revolutionäre von 1918/1919, ebenso die Politiker, die den Vertrag von Versailles unterzeichnet hatten und auf seine Einhaltung achteten, letztlich die gesamte nichtmilitärische Welt, die Welt der Väter und des bürgerlichen Broterwerbs, die nicht aus Heroismus, Kampf und Todeskitzel bestand. Dazu Friedrich Wilhelm Heinz:²⁰ „Man redete uns vor, daß der Krieg zu Ende sei. Wir lachten darüber. Denn der Krieg, das waren wir selbst. Seine Flamme brannte in uns fort und umzog unser ganzes Tun mit dem glühenden und unheim-

14 Gerhard Fürmetz: Bayerische Landespolizei, 1920–1935, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44423> [Stand: 19.12.2014]; danach die folgenden Gedanken.

15 Benjamin Ziemann: Gewalt im Ersten Weltkrieg: Töten – Überleben – Verweigern, Essen 2013.

16 Klaus Theweleit: Männerphantasien, Bd. 1: Frauen, Fluten, Körper, Geschichte, Frankfurt am Main 1977; Bd. 2: Männerkörper – zur Psychoanalyse des weißen Terrors, Frankfurt am Main 1978; vgl. zur Einordnung Sven Reichardt: Klaus Theweleits „Männerphantasien – ein Erfolgsbuch der 1970er Jahre, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 3 (2006), H. 3, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/3–2006/id=4650> (20.12.2014).

17 Martin Sabrow: Organisation Consul (O.C.), 1920–1922, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44323> [Stand: 01.12.2014].

18 Friedrich Wilhelm Heinz: Die Nation greift an. Geschichte und Kritik des soldatischen Nationalismus, Berlin 1932, S. 191; zu Heinz auch Susanne Meinel: Nationalsozialisten gegen Hitler. Die nationalrevolutionäre Opposition um Friedrich-Wilhelm Heinz, Berlin 2000.

19 Marita Krauss: „Rechte Männer“. Freikorps und Feme in den frühen 20er Jahren, Hörfunksendung Bayern 2, 19.9.1999; dies: „Wir haben das hier in München alles nicht so ernst genommen“. Von der Revolution 1918 bis zum Zweiten Weltkrieg, Hörfunksendung Bayern 2, 05.01.2000.

20 Friedrich Wilhelm Heinz: Sprengstoff, Berlin 1930, S.7.



Eine Menschenmenge begleitet die Beerdigung Kurt Eisners. Vor der geöffneten Kutschtür ist Gustav Landauer zu erkennen, Ostfriedhof München, 26. Februar 1919.
Foto: sz-photo

lichen Bannkreis der Zerstörung.“ In Bayern stellten sich diejenigen, die mit Kriegsende ihr Leben verloren glaubten, zunächst in den Dienst der „weißen“ Truppen gegen die Münchner Räterepublik. Reichswehrminister Gustav Noske und die gemäßigte bayerische Regierung in Bamberg unter Ministerpräsident Johannes Hoffmann²¹ bedienten sich seit April 1919 dieser Freiwilligenverbände, um die bayerische „Rote Armee“ zurückzudrängen. Zu nennen sind hier zum Beispiel die Freikorps „Epp“, „Erhardt“, „Roßbach“, „Oberland“, „Werdenfels“, „Chiemgau“, teilweise nach ihren Führern, teils nach ihren Entstehungsgebieten benannt.²² Diese Freikorps waren jedoch viel mehr als nur paramilitärische Organisationen; sie hatten von Anfang an den

21 Zu Hoffmann: Diethard Hennig: Johannes Hoffmann. Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident. Biographie, München u.a. 1990

22 Horst Nusser: Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918–1933. Mit einer Biographie von Forstrat Georg Escherich 1870–1941, 2 Bände, München 1990; Bernhard Sauer: Schwarze Reichswehr und Fememorde. Eine Milieustudie zum Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik, Berlin 2004.

geheimbündischen Charakter, der ihre Mitglieder auch nach ihrer Auflösung zusammenhielt. Diese waren meist Monarchisten, Imperialisten und Antisemiten. Außerdem verfügten sie über beste Beziehungen zu den militärischen und politischen Eliten. So gehört zur Vorgeschichte des „Freikorps Oberland“ in München die „Thule-Gesellschaft“ unter Rudolf von Sebottendorff, ein ursprünglich mystisch-theosophischer Geheimorden, der sich der Pflege arisch-nordischen Gedankengutes widmete.²³ Nach dem November 1918 wurde dieser Orden um den militärischen „Kampfbund Thule“ erweitert. Der militärische Organisator dieses Bundes, Heinz Kurz, berichtete in einem Interview:²⁴ „Diejenigen Männer, die mit der Thule Verbindung aufgenommen und deren Räumlichkeiten

23 Hermann Gilbhard: Die Thule-Gesellschaft. Vom okkulten Mummenschanz zum Hakenkreuz, München 1994.

24 Das Interview von Hermann Gilbhard mit Heinz Kurz ist abgedruckt in der rechtsgerichteten Publikation Kameradschaft Freikorps und Bund Oberland (Hg.): Für das stolze Edelweiß, München 1996, S.13f.

aufgesucht hatten, wurden unmittelbar dem Kampfbund zugeführt. Für viele andere gegenrevolutionäre Kräfte war zunächst auch die Wohnung von Beppo Römer eine Anlaufstelle [...]. Die Thule wiederum hatte schon sehr früh Kontakt zu Oberleutnant Kaiser, der damals im ‚Ministerium für militärische Angelegenheiten‘ tätig war. Er vermittelte uns meist junge Offiziere und andere interessierte Waffenträger, die die Absicht hatten, irgendetwas gegen die immer stärker werdende kommunistische Agitation zu unternehmen. Man darf auch nicht vergessen, daß sich viele junge Offiziere, freiwillige Fahnenjunker, Studenten usw., die in München lebten bzw. nach München zurückgekehrt waren, von ihren Gymnasien oder Clubs her kannten. Wenn einer etwas erfuhr, wußte auch sein Freundeskreis in kürzester Zeit Bescheid.“ In anderen Freikorps fanden sich ehemalige Angehörige bestimmter militärischer Formationen zusammen. Es setzte sich hier also Kriegskameradschaft unmittelbar fort. Ein wichtiges Beispiel dafür ist das „Freikorps Erhardt“, das sich aus der Marinebrigade von Kapitän Hermann Erhardt gebildet hatte und später als „Brigade Erhardt“ beziehungsweise „Organisation Consul“ mit der Zentrale München als rechte Untergrundorganisation weiterlebte.²⁵ Die Freikorpswerber erhielten Geld und falsche Pässe, sie schmugelten mit Wissen des Münchner Polizeipräsidenten Ernst Pöhner die benötigten Waffen ein und warben Freiwillige an. Der Krieg konnte, er durfte für diese Männer nicht zu Ende sein, eine Rückkehr in eine bürgerliche Normalität schien unmöglich. Dies zeigen die Freikorpsabenteuer im Baltikum und in Oberschlesien wie auch die Putschversuche und politischen Morde.

Als großes Sammelbecken aller militaristischen und nationalistischen Kräfte erwies sich das Baltikumabenteuer. Hier kamen auch diejenigen zum Zuge, die wegen ihres jugendlichen Alters im Krieg nicht mehr zum Einsatz gekommen waren: Ernst von Salomon gehörte dazu und viele andere.²⁶ Emil Gumbel, Mathematikprofessor und einer der profiliertesten Kritiker dieser Bewegung, bezeichnet folgenden Werdegang als charakteristisch für die Mitglieder dieser Truppen:²⁷ Teil der Jugendwehr

oder Kadett im Krieg, Einwohnerwehrmitglied, Freikorpskämpfer gegen die Räterepublik, Baltikumkämpfer, Kapp-Putschist, Selbstschutzmann in Oberschlesien²⁸ und dann Mitglied eines der rechten Geheimbünde. Es bildeten sich Armeen, beispielsweise die Eiserne Division, deren Anwerbung von der deutschen Regierung öffentlich unterstützt wurde. Für die Teilnehmer erfüllte sich hier ihre Sehnsucht nach Krieg und Kampf. Das Baltikumabenteuer war voll unbegründeter Grausamkeit. Zurück blieb ein Meer der Verwüstung. Ernst von Salomon:²⁹ „Wir knallten in überraschte Haufen und tobten und schossen und schlugen und jagten. Wir trieben die Letten wie Hasen übers Feld und warfen Feuer in jedes Haus und pulverten jede Brücke zu Staub und knickten jede Telegraphenstange. Wir schmissen die Leichen in die Brunnen und warfen Handgranaten hinterdrein. Wir erschlugen, was uns in die Hände fiel, wir verbrannten, was brennbar war. Wir sahen rot, wir hatten nichts mehr von menschlichen Gefühlen im Herzen [...] Wir hatten einen Scheiterhaufen angezündet, da brannte mehr als totes Material, da brannten unsere Hoffnungen, unsere Sehnsüchte, da brannten die bürgerlichen Tafeln, die Werte und Gesetze der zivilisierten Welt [...] Wir zogen zurück, prahlend, berauscht, mit Beute beladen.“

Es folgten der Kapp-Putsch in Berlin und politische Morde.³⁰ Prominente Opfer wurden der ehemalige USP-Politiker Carl Gareis, der sich um illegale Waffenlager gekümmert hatte, die als „Erfüllungspolitik“ geschmähten Politiker Matthias Erzberger und Philipp Scheidemann, der deutsche Außenminister Walther Rathenau, der Publizist Maximilian Harden. Hinzu kamen Morde an weniger bekannten Personen, oft als Fememorde gekennzeichnet. Ein Beispiel ist das Münchner Dienstmädchen Maria Sandmayer.³¹ Mindestens bis 1923/24 dauerte dieser „Nachkrieg“, der über Protagonisten wie Ernst von Salomon literarischen Niederschlag fand. Mit diesen Männern ließ sich keine Demokratie aufbauen.

Zu solchen Überzeugungen korrespondierte die Angst der Bürger, nun ohne Armee schutzlos den „fremden Mächten“, aber auch der „kommunistischen Bedrohung“

25 Martin Sabrow: Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution, Frankfurt am Main 1999.

26 Salomon, der seine Zeit als „Landsknecht“ nach 1945 noch einmal in seinem Buch „Der Fragebogen“ aufgriff, gehört zu den profiliertesten Vertretern dieser Generation. Ernst von Salomon: Die Geächteten, Berlin 1930. Zu Salomon auch an vielen Stellen des Buches Theweleit (wie Anm. 16), Bd. 2.

27 Emil Gumbel: Zwei Jahre politischer Mord; ders. (wie Anm. 12).

28 Bernhard Sauer: „Auf nach Oberschlesien“. Die Kämpfe der deutschen Freikorps 1921 in Oberschlesien und den anderen ehemaligen deutschen Ostprovinzen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 58 (2010), S. 297–320.

29 Salomon (wie Anm. 26), S. 144 f.

30 Sabrow (wie Anm. 17).

31 Ulrike Claudia Hofmann: „Verräter verfallen der Feme!“ Fememorde in Bayern in den zwanziger Jahren, Köln 2000.

ausgeliefert zu sein. Für etliche wohl situierte Bürger führte der Weg von der „Landesbewaffnung“ der wehrhaften Bürger in die Einwohnerwehren und in die spätere SA und damit in den Nationalsozialismus. Wie Maria Christina Müller am Beispiel der Münchner Kommerzienräte Max Kühner, Carl Flüggen, Josef Pschorr und Eugen Zenz sowie des Augsburger Stadtwehrkommandanten Kommerzienrat August Pfaff herausgearbeitet hat,³² waren solche Wege in den frühen zwanziger Jahren keine Seltenheit. Sie setzten die entstehende SA, deren ländliche Varianten Peter Longerich einmal als Mischung aus Schützenverein und Freiwilliger Feuerwehr bezeichnet hat,³³ in eine Kontinuitätslinie zur Landwehr des 19. Jahrhunderts und schuf damit für das bayerische Wirtschaftsbürgertum Verbindungen zur NS-Bewegung. Mit der Wirtschaftskrise nach 1929 ließen sich diese problemlos wieder aufnehmen, vor allem vor dem Hintergrund der erneut wachsenden Angst vor der „roten Gefahr“.

Die bayerischen Industriellen hatten zunächst den Krieg verschlafen.³⁴ Sie dachten vermutlich, er würde nur so kurz sein wie der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Die norddeutschen Industriellen saßen längst an allen Schaltstellen in den entscheidenden Zuteilungsgremien für Rohstoffe und Kriegsaufträge, als die bayerischen Industriellen 1916 aufwachten und sahen, dass sie kurz vor der Schließung ihrer Betriebe standen. Fritz Müller wurde als Wirtschaftsattaché nach Berlin entsandt, um durch Überzeugungskraft, Bestechung und Ordensangebote die bayerische Industrie wieder ins Spiel zu bringen. Daher ging ein warmer Ordens- und Titelsegen auf entsprechende Wirtschaftsleute nieder und die Bayern erhielten im Gegenzug Aufträge. Mit dem Krieg und diesen Kriegsaufträgen kam aber auch ein neuer Typus von Industriellen zu Reichtum – die Kriegsgewinnler. Sie gelangten ebenfalls zu Titeln und Orden. Wie ein Projekt über die Bayerischen Kommerzienräte zeigt,³⁵ durchsetzten sie zunehmend die alte bayerische Unternehmerschaft und veränderten deren Struktur.

Aber nicht nur die Bürger verschrieben sich der nationalen Sache. Gruppen, denen man vor dem Krieg die volle bürgerliche Gleichwertigkeit verweigert hatte, erhofften sich, im Krieg ihre nationale Zuverlässigkeit zeigen zu können und dafür nach dem Krieg belohnt zu werden. Dies betraf vor allem Arbeiter, Frauen und Juden, die sich meist an Front und Heimatfront intensiv für die nationale Sache eingesetzt hatten (übrigens nicht nur in Deutschland – das galt ebenso für England, wo unter Frauen eine regelrechte nationale Kriegseuphorie ausgebrochen war).³⁶ Diese drei Gruppen wurden nun nach 1918 mit der Gleichstellung belohnt, aber nicht etwa vom Deutschen Kaiser und dem bayerischen König, für die sie gekämpft hatten, sondern von der Republik: Acht-Stunden-Tag und Regierungsmitverantwortung, Frauenwahlrecht und Frauengleichstellung, rechtliche Gleichstellung der Juden in der Weimarer Verfassung bekamen für manche einen schalen Beigeschmack.

Außerdem erwiesen sie sich als Pyrrhussiege: Schon während des Krieges und durch den Krieg war es zu einer Spaltung der Arbeiterbewegung gekommen, die letztlich in den Krisen der späten zwanziger und frühen dreißiger Jahre verhängnisvolle Bedeutung für die Machtübernahme der Nationalsozialisten bekommen sollte: Die Furcht des Bürgertums vor „dem Bolschewismus“ desavouierte die gesamte Arbeiterbewegung und verhinderte eine gemeinsame Verteidigung der gefährdeten Demokratie.³⁷

Bei den Frauen engagierte sich im Krieg der „Nationale Frauendienst“, den Gertrud Bäumer als Dachverband der Frauenvereine organisierte und dem auch der Katholische Frauenbund angehörte, zusammen mit den Kommunen und dem Roten Kreuz in der Wohltätigkeit und der Wohnungsverteilung, der Versehrtenversorgung und Kinderfürsorge, sie eröffneten Volksküchen und kümmerten sich um Schwangere. Auch die Frauenbewegung spaltete sich in die Kriegsbegeisterten und die Pazifistinnen: Die Sozialdemokratin Clara Zetkin, Sekretärin der Sozialistischen Fraueninternationale, trat der USPD, später der KPD bei. In München lebten die profilierten Frauenrechtlerinnen Anita Augspurg, Lida Gustava Heymann, Hope

32 Maria Christina Müller: Der Wehrverband als Bürgerpflicht? Mobilisierung und Militarisierung in der bayerischen Wirtschaftselite nach dem Ersten Weltkrieg (Augsburger historische Studien Bd. 2) [online], Augsburg Univ. 2015.

33 Peter Longerich: Geschichte der SA, München 2003, S. 12.

34 Zum Folgenden Marita Krauss: Die Königlich bayerischen Hoflieferanten, München 2009, S. 70–83, das Kapitel Frieden und Krieg. Prinzregentenzeit und Erster Weltkrieg.

35 Marita Krauss (Hg.): Die Bayerischen Kommerzienräte. Eine deutsche Wirtschaftselite 1880–1928, München 2016.

36 Sabine Hering: Die Kriegsgewinnlerinnen. Praxis und Ideologie der deutschen Frauenbewegung im Ersten Weltkrieg, Pfaffenweiler 1990; Alison S. Fell (Hg.): The Women's Movement in Wartime. International Perspectives 1914–19, Basingstoke 2007.

37 Grau (wie Anm. 1); ders. (wie Anm. 10).

Adams Lehmann und Constanze Hallgarten.³⁸ Sie setzten sich für den Frieden ein, Augspurg und Heymann waren Mitorganisatorinnen des internationalen Frauenfriedenskongresses 1915 in Den Haag. Hope Adams Lehmann reiste illegal zu einer Friedensmission nach England. Die Linke vergaß die eigenen Versprechen nach Kriegsende nicht: 1918 verabschiedete der Rat der Volksbeauftragten das Wahlgesetz, das Frauen über 21 Jahren das uneingeschränkte aktive und passive Wahlrecht zusprach. Bei der ersten Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung in Weimar gingen 90 Prozent der Wählerinnen zur Urne. Sie wählten zehn Prozent weibliche Abgeordnete in die Versammlung – eine Zahl, die erst 1983 im Deutschen Bundestag wieder erreicht wurde. Für Bayern war dies als erste weibliche Reichstagsabgeordnete die Sozialdemokratin Toni Pfülf.³⁹

Doch die Frauenbewegung konnte in der neuen Zeit nicht mehr richtig Fuß fassen: Manche Verbände lösten sich nach der Einführung des Frauenwahlrechts auf, andere verloren während der Weimarer Zeit zunehmend ihre Mitglieder, sie galten als unmodern und überholt. Es änderte sich grundlegend das Frauenbild.⁴⁰ Frauen und Jugendliche hatten bereits während des Krieges im Rahmen der totalen Mobilisierung in der Rüstung gearbeitet; nun wurde Frauenarbeit immer selbstverständlicher – vor allem als Büroangestellte, als Stenotypistin, Telefonistin, Laborantin. Die Veränderungen zeigten sich auch an der Kleidung: Frau durfte nun Hosen tragen. Korsett und langer Frauenrock gehörten der Vergangenheit an, die Rocksäume hoben sich, der Bubikopf und das Charlestonkleid gehören zum Bild der „Goldenen zwanziger Jahre“. Der Sport eroberte die Welt der Frauen und die Frau wuchs immer mehr in ihre Rolle als „Kameradin“ hinein.

38 Hiltrud Häntzschel: „Nur wer feige ist, nimmt die Waffe in die Hand“. München – Zentrum der Frauenfriedensbewegung 1899–1933, in: Sybille Krafft (Hg.): Zwischen den Fronten. Münchner Frauen in Krieg und Frieden 1900–1950, München 1995, S. 18–40; Anna Dünnebier/Ursula Scheu: Die Rebellion ist eine Frau. Anita Augspurg und Lida G. Heymann. Das schillerndste Paar der Frauenbewegung, Kreuzlingen–München 2002; Marita Krauss: Hope. Dr. Hope Bridges Adams Lehmann (1855–1916). Die Biografie, München 2009; Hiltrud Häntzschel: Frauenfriedensbewegung, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44997> [Stand: 11.03.2011].

39 Eva Maria Volland: Antonie („Toni“) Pfülf – „... die Interessen der Frauen zu vertreten“, in: Hartmut Mehlinger (Hg.): Von der Klassenbewegung zur Volkspartei. Wegmarken der bayerischen Sozialdemokratie 1892–1992, München u.a. 1992, S. 187–191.

40 Marita Krauss: Rechte Frauen. Mitläuferinnen, Profiteurinnen, Täterinnen in historischer Perspektive, in: dies. (Hg.): Sie waren dabei. Mitläuferinnen, Nutznießerinnen, Täterinnen im Nationalsozialismus, Göttingen 2008, S. 7–22.

Doch vielen Männern und Frauen machte diese Entwicklung Angst, die traditionelle Rollenbilder und Familienkonstellationen zu verändern und den Pater familias zu entthronen drohte. Politisch engagierten Frauen schlugen vielfach Vorurteile und Abneigung entgegen – übrigens traditionell auch innerhalb der Sozialdemokratie-, Doppelverdienerkampagnen desavouierten die Frauenarbeit und die völlige rechtliche Gleichstellung ließ weiter auf sich warten. In den rückwärtsgewandten nationalsozialistischen Familien- und Ehebildern schlugen sich die Vorstellungen einer großen Mehrheit der Männer und auch eines Teiles der Frauen nieder. In den Werken des erfolgreichsten deutschen Schriftstellers, Ludwig Ganghofer, der 1920, also lange vor der NS-Zeit, starb, lassen sich eben diese Frauenbilder wiederfinden.⁴¹ In seinen Lebenserinnerungen entwickelt er sogar Konzepte des Verhältnisses zwischen Mann und Frau, die denen der späteren NS-Bewegung in vielem sehr ähnlich sind.

Noch vehementer traf es den jüdischen Bevölkerungsteil, der in Bayern 1910 rund 46.000 Personen, 1933 noch 35.000 Personen umfasste.⁴² Ihre Teilhabe am Weltkrieg – allein der deutsche jüdische Frontkämpferbund hatte 50.000 Mitglieder, 12.000 Juden waren im Krieg gefallen⁴³ – und damit an der deutschen nationalen Sache konnte nicht verhindern, dass ihre völlige Gleichstellung und die Beteiligung an der Revolution von 1918 wüste antisemitische Reaktionen auslöste. Der Bildungsbürger Thomas Mann, selbst verheiratet mit einer Tochter der jüdischen Familie Pringsheim, kommentierte die neue Regierung im Tagebuch:⁴⁴ „München, 8.11.1918 [...] München, wie Bayern, regiert von jüdischen Literaten. Wie lange wird es sich das gefallen lassen? [...] Die Diktatur ist komplett. Und wer darf sie ausüben... Bei uns ist Mitregent ein schmieriger Literaturschieber wie [Wilhelm] Herzog, der sich durch Jahre von einer Kino-Diva aushalten ließ, ein Geldmacher und Geschäftsmann im Geist [...] Das ist Revolution! Es handelt sich so gut wie ausschließlich um Juden.“ Wie in

41 Marita Krauss: Frauen und Männer bei Ludwig Ganghofer. Geschlechterbeziehungen und Körperlichkeit in der „Staatsutopie“ und in „Schloß Hubertus“, in: Astrid Pellengahr/Jürgen Kraus (Hg.): Kehrseite eines Klischees. Der Schriftsteller Ludwig Ganghofer, Thalhofen 2005, S. 50–65.

42 Peter Fassl: Juden in Bayern. Von den Anfängen bis zur NS-Zeit, in: Hans-Jürgen Müller/Ursula Rudnick (Hg.): Christen und Juden, Juden und Christen. Katalog zur Wanderausstellung in Bayern, Hannover 2002, S. 12–21, hier S. 18.

43 Michael Berger/Gideon Roemer-Hillebrecht: Juden und Militär in Deutschland: Zwischen Integration, Assimilation, Ausgrenzung und Vernichtung, Baden-Baden 2009.

44 Thomas Mann: Tagebücher 1918–1921, Frankfurt am Main 1979, S. 63.



Einzug eines Freicorps in München, Mai 1919
Foto: sz-photo/Scherl

vielen anderen Krisensituationen der Geschichte forcierten der verlorene Krieg und die verlorenen Hoffnungen, diffuse Ängste vor Besitzverlust und gesellschaftlichem Abstieg den Anstieg des Antisemitismus, der in der Weimarer Zeit mehrere Höhepunkte erlebte, darunter die Ausweisungsaktionen gegen Ostjuden unter Gustav von Kahr.⁴⁵ Die Feindbilder der Dolchstoßlegende trugen bereits alle äußeren Merkmale des Rasseantisemitismus, der sich mit antibolschewistischen und antimodernen Stereotypen verband: Mit „den Juden“ lehnte man auch die kulturelle Moderne, die mit „Berlin“ assoziiert wurde, ab. Die angeblichen „Asphaltliteraten“ waren großstädtisch, links und jüdisch. Diese Feindbilder verbanden konservative Kreise um Kahr mit der radikalen Rechten des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes oder der NSDAP.

Die „Ordnungszelle Bayern“ wurde zum Sammelpunkt aller der rechtsradikalen Kräfte, die nach dem Kappputsch in Berlin nicht mehr reüssierten oder sogar steckbrieflich gesucht wurden. Politik, Militär, Verwaltung, Justiz sowie der Einwohnerwehren arbeiteten eng zusammen; in Bayern waren bis zu 400.000 Männer in den Wehren organisiert.⁴⁶ Diese paramilitärische Selbstorganisation der Rechten stieß vor allem in Altbayern auf eine korrespondierende Struktur der „Volksbewaffnung“ in Schützenvereinen und Volkswehren.⁴⁷ Einen Eindruck von der Stimmung vermittelt der Bericht eines Agitators des einflussreichen radikal antisemitischen „Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes“. Er berichtete im Oktober

45 Dirk Walter: Antisemitische Gewalt und Kriminalität. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999; ders.: Ungebetene Helfer – Denunziationen bei der Münchner Polizei anlässlich der Ostjuden-Ausweisungen 1919 bis 1923/24, in: Archiv für Polizeigeschichte 18 (1996), S. 14–20.

46 Bruno Thoß: Einwohnerwehren, 1919–1921, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44363> [Stand: 20.12.2014].

47 Müller (wie Anm. 32).

1919 aus Rosenheim nach Berlin über seine Tätigkeit:⁴⁸ „Ich glaube sagen zu können, daß ich in Rosenheim und Umgebung gute Arbeit verrichtet habe. Als Beweis möchte ich nur folgendes anführen: Am 27./28. September war in Rosenheim das erste große Schießen der Bauernwehren des Chiemgaues. Es waren mehrere 1.000 bewaffnete Bauern da. An diese hielt ihr Führer eine Ansprache, in der er u.a. ausführte, daß sie sich nie mehr der Gewalt ‚jüdischer Schlawiner‘ fügen wollten. Hier erhob sich gewaltiges allseitiges Beifallsgeschrei [...] Auch sonst machen unsere Gedanken hier überall gewaltige Fortschritte, selbst in Arbeiterkreisen beginnt es zu dämmern [...]. In unserem Schutz und Trutz Bund muß jeder Platz finden, der gut deutsch denkt, das Beste unseres Volkes will und erkannt hat, daß die Juden unser Verderb sind.“ Es ließen sich also zunehmend konservativ-patriotische Kreise von rechtsnationalem, antisemitischem Gedankengut beeindruckten.

Monarchistisch-separatistische Kreise um Kahr stützten die Putschabsichten der Rechten; eigentlich wurden zwei Putschversuche vorbereitet: Hitler zu etablieren lag nicht in Kahrs Interesse. Im Krieg war zwar die Ablehnung der Monarchie Ludwigs des III. gewachsen. Ihre Wiedereinführung war aber das Ziel vieler Monarchisten, ebenso die Lösung aus dem Verbund mit Preußen. Mit Preußen hatte man gekämpft und verloren. Dass solche Ideen ernst genommen wurden, zeigt die Tatsache, dass Mussolini nach 1922 den Mehrfachagenten Robert de Fiori für detaillierte Berichte über diese separatistischen Kreise engagierte:⁴⁹ Eine Alpenföderation zwischen Bayern und Österreich hätte Mussolinis Anspruch auf Südtirol massiv in Frage stellen können. Wie übrigens auch nach dem Zweiten Weltkrieg erwies sich der „Los von Preußen-Gedanke“ als ein mächtiges verbindendes Element unterschiedlichster Personen und Kreise.

„Reisende, meidet Bayern“ – der Erste Weltkrieg hatte Bayern verändert, er hatte konservative Strömungen verstärkt, radikalisiert, militarisiert. Das alte Bayern war versunken, das neue fand nicht genügend Kraft für einen demokratischen Neuanfang. Dazu bedurfte es, nach einem weiteren schrecklichen Krieg und vielen Millionen Toten, einer zweiten Nachkriegszeit, einer zweiten Chance. ■



Während der Räterepublik wich das bayerische Kabinett unter Ministerpräsident Johannes Hoffmann nach Bamberg aus, hier eine Aufnahme aus dem Mai 1919

Foto: sz-photo/Scherl

48 Zit. n. Krauss (wie Anm. 19), „Wir haben das hier in München alles nicht so ernst genommen“.

49 Marita Krauss: Deckname „Edelweiß“. Robert de Fiori, bayerisch-italienischer Doppelagent, Hörfunksendung Bayern 2, 01.05.2010.



Die Ausstellung „Rassendiagnose: Zigeuner‘. Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma und der lange Kampf um Anerkennung“

im Bayerischen Armeemuseum in Ingolstadt

von Ansgar Reiß



Das Plakat der Ausstellung zeigt Sonja und Senta Birkenfelder, aufgenommen im Getto Radom im damaligen sog. Generalgouvernement Polen im Jahr 1941. Die Familie Birkenfelder wurde im Mai 1940 mit ihren vier Kindern, darunter Sonja und Senta, von Ludwigshafen nach Polen deportiert. Nach den fragmentarisch überlieferten Sterbebüchern des Lagers Auschwitz kam Sonja Birkenfelder dort am 2. Juni 1943 ums Leben.

Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma ist erst mit großer Verzögerung ein Thema der Geschichtswissenschaft und der öffentlichen Erinnerung in Veranstaltungen, Denkmälern und Museen geworden. Die Ausstellung „Rassendiagnose: Zigeuner“. Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma und der lange Kampf um Anerkennung“, die vom Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma erstellt und vor kurzem im Bayerischen Armeemuseum in Ingolstadt eröffnet wurde, fußt auf umfangreichen, langjährigen Recherchen, die viel neues Material zutage gebracht haben. Sie informiert eine breite Öffentlichkeit über das Schicksal der Menschen, die 1933–1945 Opfer der „Rassendiagnose Zigeuner“ wurden. Und sie stellt die Bedeutung heraus, die die Erinnerung an den Völkermord für Sinti und Roma heute hat.

Die europäischen Roma und der Holocaust

Die Geschichte der Sinti und Roma ist seit dem Mittelalter Teil der europäischen Geschichte. Es handelt sich um eine komplexe Geschichte von Niederlassung und Migration, von Eigensinn und Anpassung, von Berufstätigkeit, Religion und Kultur. Sinti und Roma waren in vielen europäischen Ländern beheimatet. Der Begriff Roma kann dabei als ein Überbegriff verwendet werden, er bezeichnet alle Angehörigen der Volksgruppe, während mit Sinti speziell diejenigen Gruppen benannt werden, die sich im deutschsprachigen Raum niedergelassen haben. Allerdings hat sich seit den 1980er Jahren die Bezeichnung „Sinti und Roma“ etabliert, da sich Selbst- und Fremdbezeichnungen über die Jahrhunderte immer wieder verschoben haben. Über die im Lauf der Jahrhunderte immer schärfer definierten Landesgrenzen hinweg verband Sinti und Roma eine gemeinsame Sprache, das Romanes, so sehr dieses in den verschiedenen Ländern Abwandlungen erfuhr. Es verband sie zumeist, wenn auch nicht immer, die katholische Religion, und schließlich ein differenziertes Netzwerk von Familien-, Clan- und Heiratsbeziehungen. Es gab ein Gefühl der Zusammengehörigkeit oder jedenfalls des Unterschieds zu den „Gadje“, wie die Angehörigen der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft genannt wurden. Damit korrespondierte eine ausgeprägte Ausgrenzung durch diese Mehrheitsgesellschaften. In vielen Abstufungen hielt man es in diesen Gesellschaften immer für klar, dass die Sinti und Roma nicht einfach nur Mitglieder des jeweiligen Dorfes, der Stadt, der Landschaft oder des Staates seien, sondern zugleich eben auch etwas „Anderes“, dass sie zugleich einer eigenen, fremden

Welt angehörten. Dies machte sie aus der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft „verdächtig“, und zwar nicht erst im Zeitalter der Nationalstaaten. So ist die Geschichte der Sinti und Roma immer auch eine Geschichte der rechtlichen, sozialen und ökonomischen Diskriminierungen gewesen, zugleich aber ist sie eine faszinierende Geschichte des Eigensinns, des Überlebenswillens und der Überlebenskunst.



Angehörige der Familie Bamberger auf einer Aufnahme aus den 1930er Jahren. Margarete Bamberger (links vorne) wurde später nach Auschwitz deportiert. Max Bamberger (ganz rechts) wurde auf der Flucht in Jugoslawien kurz vor Kriegsende Opfer eines Massakers.

Foto: Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma Heidelberg

Die Geschichte der Sinti und Roma ist nicht einfach zu erzählen. Die Zuschreibungen, die die Minderheit erfuhr, waren vielfach in sich widersprüchlich. So wurden

teilweise den Männern und besonders Frauen der Minderheit zauberische Fähigkeiten nachgesagt - die man in abergläubischer Weise gerne für sich nutzen wollte, z.B. in der Tierheilkunst, die in der ländlichen Gesellschaft von großer Bedeutung war. Daneben gab es auch eine fast märchenhafte Idealisierung bestimmter Stereotypen, die mit Sinti und Roma verbunden wurden, so besonders auf dem Feld der Musik. Die Realität war zweifellos zumeist viel prosaischer.

In dieser jahrhundertealten, trotz großer Reibungsflächen dennoch gemeinsamen Geschichte von Minderheit und Mehrheit stellt der nationalsozialistische Völkermord eine jähe Zäsur dar. Zwar wurden Sinti und Roma auch in früherer Zeit häufig aus bestimmten Städten oder Gemeinden vertrieben, und seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert führte die Polizei eine Meldepflicht ein und begann Karteien zu führen, in denen viele lokale Informationen zusammengetragen wurden; aber erst seit 1933 kam es zu einer über große Teile Europas hinweg koordinierten, umfassenden Verfolgung, in deren Mittelpunkt immer mehr das Ziel der Ermordung der Angehörigen der Minderheit rückte. Der Zweite Weltkrieg wurde vom Deutschen Reich mit dem Ziel begonnen, Europa eine deutsche Hegemonie aufzuzwingen, und zugleich ein bestimmtes Gesellschaftsbild in Europa durchzusetzen. An die Stelle von Staaten mit komplexen Entscheidungswegen, ausbalancierten Machtverhältnissen und einem autonomen Rechtssystem sollte die einfache Gefolgschaftsbeziehung von „Führer“ und Volk treten, an die Stelle kultureller, religiöser und individueller Vielfalt trat eine krude Vorstellung von „Rassereinheit“ und biologischer „Gesundheit“. Wie der Krieg nach außen unersättlich neue Schlachtfelder suchte, wurden im Inneren immer weitere Gruppen als Feinde definiert, ausgegrenzt und schließlich ermordet. Die größte Gruppe der Verfolgten waren die Juden. Aber mit großer Selbstverständlichkeit wurden die Mittel der Verfolgung auch auf Sinti und Roma angewandt. Sie wurden ebenso wie die Juden nach rassistischen Kriterien aus der „Volksgemeinschaft“ ausgegrenzt und als Feindbild definiert, und auch bei ihnen griffen die schrittweise Entrechtung, die Durchführung der Deportationen und schließlich die Ermordung eng ineinander. Und dennoch ist es eine besondere Geschichte mit zeitlichen und geographischen Abweichungen und eigenen Charakteristika. Auch deshalb ist es angebracht, an sie gesondert zu erinnern.

Die Ausstellung in Ingolstadt

Ein besonderes Anliegen der Ausstellung ist es, der großen Erzählung der Geschichte eine eigene Sicht der Geschichte



Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, erklärt Angehörigen der Bundeswehr die Ausstellung.
Foto: Katharina Kellner

an die Seite zu stellen, in der die Angehörigen der verfolgten Minderheit selbst zu Wort kommen. Im Mittelpunkt steht dabei die Absicht, die Gesichter der betroffenen Menschen zu zeigen - auf Fotografien, die entstanden, bevor sie ihrer Würde beraubt wurden. Ausgewählte Biographien sind auf besonderen Schautafeln zu sehen, die sich durch ihre blaue Hintergrundfarbe von den anderen Tafeln unterscheiden. Die Motive zeigen die Menschen in normalen Lebenssituationen und kontrastieren die Bilder der Diskriminierung und des Leides mit solchen stolzer, glücklicher und hoffnungsvoller Menschen. Auch diese Fotografien haben oft einen doppelten Boden, sei es einfach die individuelle Eitelkeit, sei es der allzu offensichtliche Wunsch nach bürgerlicher Reputation, die im wirklichen Leben wohl oft doch nicht gewährt wurde, oder sei es die Suggestion einer Normalität, die schon zu ihrer Entstehungszeit möglicherweise eine Illusion war. In mancher Hinsicht sind diese Bilder sogar komplexer als die Bilddokumente der Gewaltherrschaft, denn die Spuren der Diskriminierung und Unterscheidung von der Mehrheitsgesellschaft, die auch in ihnen gefunden werden können, sind für uns heute nicht immer offensichtlich. Wesentlich an ihnen sind jedoch nicht nur der dargestellte Mensch und der mehr oder weniger klischeehafte fotografische Code, dem sie folgen, sondern es geht zugleich um die Art ihrer Überlieferung: Es handelt sich häufig um Fotografien aus familiärem Besitz, die schon durch die Tatsache ihrer Erhaltung bezeugen, dass der oder die Dargestellte Liebe und Achtung erfuhr. Sie sind also Zeugnisse persönlicher Beziehungen.

Die Ausstellung wurde im Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg konzipiert und gestaltet. Die Realisierung erfolgte mit der Unterstützung der Kulturstiftung des Bundes. Sie war zuvor schon

am Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg und am NS-Dokumentationszentrum in Köln zu sehen, und läuft nun bis zum 7. Januar 2018 am Bayerischen Armeemuseum. Hier hat sie zweifellos einen besonders herausgehobenen Platz, und das aus vielerlei Gründen. Zunächst einmal zeigen viele der genannten privaten Fotografien Angehörige der Minderheit stolz in Uniformen der Staaten des Deutschen Kaiserreichs aus der Zeit des Ersten Weltkriegs. Die Uniform ist hier immer auch ein Zeichen dafür, in der Gesellschaft angekommen zu sein. Diese Fotografien machen den Zivilisations- und Vertrauensbruch der späteren radikalen Entrechtung in besonderer Schärfe deutlich. Es wirkte wie ein ferner Spiegel, dass Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, in seiner Festrede betonte, wie sehr er sich freue, dass so viele Angehörige von Bundeswehr und Polizei in Uniform zu „seiner“ Eröffnung gekommen seien.

Sodann besteht unter dem Dach des Bayerischen Armeemuseums seit 2011 das Bayerische Polizeimuseum. Bei der bayerischen Polizei wurde seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert eine umfangreiche „Zigeunerkartei“ geführt, die 1938 ins Reichskriminalpolizeiamt nach Berlin überführt wurde. Sie bildete damit eine zentrale Datengrundlage für den vom Reichssicherheitshauptamt als gewaltiges Staatsverbrechen gesteuerten Holocaust. Das Armeemuseum stellt sich heute als ein Museum staatlich organisierter Ordnungsmacht dar. Die Gewalthoheit des Staates hat ihren Sinn darin, das friedliche Zusammenleben seiner Bewohner zu garantieren, das eben nicht durch zwischenmenschliche Gewaltakte gestört werden soll. In den Händen eines verbrecherischen Regimes und im Dienst der Tyrannei einer auf Bereicherung und Ausgrenzung zielen- den Mehrheit aber wird sie zum Alptraum. Das Schreckliche, das Sinti und Roma unter der nationalsozialistischen Herrschaft erlebten, war lange Zeit kaum ein Thema in unserer Erinnerung. Die Ausstellung leistet insofern einen wichtigen Beitrag gegen Verdrängung und Vergessen.

Themen der Ausstellung

Nach einem knappen Vorspann, der das Widerspiel von Ausgrenzung und Integration in den Jahrzehnten vor dem Holocaust thematisiert, wendet sich die Ausstellung direkt dem „Völkermord an den Sinti und Roma im nationalsozialistisch besetzten Europa“ zu. Schon dieser Titel betont die Spannung zwischen dem Nationalsozialismus und Europa. Zugleich wird der enge Zusammenhang zwischen dem Beginn des Krieges und dem Beginn des grenzenlosen Mordens an der Zivilbevölkerung akzentuiert. Der

Völkermord traf nicht nur die deutschen Sinti, sondern Roma in fast ganz Europa. Deportation und Ermordung traf nicht nur Sinti und Roma in den unmittelbar besetzten Gebieten. Auch mit dem Deutschen Reich verbündete Regime wie etwa in Rumänien arbeiteten der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten zu. Der Holocaust ist insofern ein europäisches Phänomen, das zugleich aber nur unter dem Druck der hegemonialen Expansion des Deutschen Reiches möglich wurde.

Im Kern der Absichten des Regimes stand neben der Vision eines maßlosen Revanchefeldzugs für die militärische Niederlage im Ersten Weltkrieg der Rassegedanke. Er trat an die Stelle des Nationalgedankens. Dieser hatte zwar schon seit der Französischen Revolution offensichtlich aggressive Merkmale nach innen und außen gehabt, aber er war doch von den Idealen der Freiheit, Demokratie und Gleichheit nicht völlig trennbar, und selbstverständlich waren die ansässigen Sinti und Roma Bürger der Weimarer Republik. Der Nationalsozialismus setzte an die Stelle des Bürgerrechts die Vorstellung von der Zugehörigkeit eines Menschen zu einer bestimmten Rasse. Eine krude biologische Rassenlehre sollte nun darüber entscheiden, ob ein Mensch Rechte hat oder nicht. Der individuelle Mensch selbst konnte nach dieser Vorstellung gar keinen Einfluss darauf haben. Die konkrete Realisierung dieses Grundsatzes führte zu ganz willkürlichen bürokratischen Definitionen. Als Jude sollte nach den Nürnberger Rassegesetzen von 1936 ein Mensch gelten, der drei jüdische Großeltern hatte – in diesem biologistischen Denken sollte dabei einer individuellen Konversion keine Bedeutung zukommen. Nun waren aber die „Zigeuner“ nicht wie die Juden bürokratisch nach der Religion klassifizierbar. Schließlich waren sie zumeist Katholiken. Unter anderem deshalb spielte beim Genozid an den Sinti und Roma ein wissenschaftliches Institut eine Schlüsselrolle. In der von Robert Ritter geleiteten „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ in Berlin wurden biologische Gutachten zu den in Polizeikarteien als „Zigeuner“ erfassten Menschen erstellt. Da eine DNS-Untersuchung damals noch nicht möglich war, behelf man sich mit Abstammungstafeln und der Feststellung äußerer anthropologischer Merkmale wie Haarfarbe und Gesichtsformen, um ein – vorgeblich minderwertiges – „Volk“ zu identifizieren, das dann von der „Volksgemeinschaft“ der Deutschen abgesondert werden sollte. An vielen „untersuchten“ Menschen wurden auch medizinische Experimente durchgeführt.

Zugleich und zum Teil schon vorher öffnete das nationalsozialistische Regime die Schleusen zur Umsetzung schon früher angedachter Repressionsmaßnahmen. So

richteten viele deutsche Kommunen selbständig Zwangslager für Sinti und Roma ein, die später nahtlos entweder als Zwangsarbeiterlager dienten oder als Sammelorte für die Deportationen in das ab 1939 besetzte Polen. Den Stufen der Entrechtung wie Arbeitsverbot, Ausschluss von der Schule oder Einweisung in die neu eingerichteten Konzentrationslager versuchten einige Sinti und Roma bemerkenswerter Weise dadurch zu entgehen, dass sie sich zur Wehrmacht meldeten. Seit Februar 1941 gingen allerdings die militärischen Dienststellen systematisch daran, die Betroffenen aus der Wehrmacht auszuschließen und in Lager einzuweisen. So erging es etwa dem Münchner Sinto Alfred Lessing, der sich der drohenden Verhaftung in seiner Wehrmachtsseinheit nur dadurch entziehen konnte, dass er zur Roten Armee überlief.

Unmittelbar nach Kriegsbeginn wurde die Planung und Durchführung der Verfolgungen im neu gegründeten Reichssicherheitshauptamt zentral zusammengefasst. Es war Heinrich Himmler, dem „Chef der deutschen Polizei“ und zugleich „Reichsführer SS“ unterstellt. In einem Zug während der Besetzung Polens wurde noch im September 1939 die Deportation der deutschen (und österreichischen) Sinti und Roma in das besetzte Gebiet beschlossen. In einem ersten Schritt wurde den Mitgliedern der Minderheit verboten, ihren Wohnort zu verlas-

sen, ein halbes Jahr später begannen die Deportationen. Diese Praxis wurde dann Zug um Zug auf alle besetzten Länder und Gebiete ausgeweitet, und sie wurde in der Regel mit Unterstützung der einheimischen Behörden durchgeführt. Ziel waren zunächst bestimmte eingezäunte Stadtbezirke, Ghettos genannt. So wurden die Sinti und Roma aus Österreich z.B. in einen besonderen Abschnitt des großen Ghettos von Litzmannstadt / Lodz gebracht.

Zum Teil gleichzeitig, zum Teil zeitversetzt gegenüber der Räumung der jüdischen Ghettos wurden auch die Sinti und Roma innerhalb Polens ein zweites Mal deportiert. Das Ziel waren die deutschen Vernichtungslager in Osteuropa. Für die Sinti und Roma erlangte aufgrund eines Erlasses von Heinrich Himmler vom 16. Dezember 1942 Auschwitz-Birkenau besondere Bedeutung. Sie teilten mit den Juden das Schicksal des Erschöpfungstodes durch Arbeit unter unmenschlichen Bedingungen, durch Krankheiten, für die es keinerlei Versorgung gab, durch Erschießungen und schließlich in den Gaskammern durch Vergiftung mit dem Giftgas Zyklon B. Von den knapp 23.000 in diesem Lager inhaftierten Sinti und Roma kamen mindestens 20.000 ums Leben. Lagerarzt in diesem Bereich war seit Mai 1943 Josef Mengele. Für seine im Verbund mit dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie in Berlin-Dahlem als Forschung deklarierten Men-



Demonstration des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma vor dem Bundeskriminalamt in Wiesbaden gegen die Sondererfassung von Sinti und Roma durch die Polizei, 28. Januar 1983

Foto: Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma Heidelberg

schenversuche zog er vor allem Zwillingsskinder heran. Die Ausstellung zeigt exemplarisch sowohl persönliche Zeugnisse wie Dokumente der Lagerverwaltung. In mehreren großen Tafeln versucht sie, wenigstens einigen wenigen der ermordeten Menschen mit Fotografien aus ihrem früheren Leben ein kleines Stück ihrer Würde zurückzugeben.

Als die SS angesichts des Vormarsches der Roten Armee versuchte, das sog. „Zigeunerlager“ aufzulösen und die verbleibenden Zeugen ihrer Verbrechen zu ermorden, wagten die Insassen die Gegenwehr. Immerhin wurden daraufhin etwa 3.000 Sinti und Roma in andere Konzentrationslager im Reich verlegt. Die Verbleibenden, vor allem Frauen, Alte und Kinder, wurden in der Nacht vom 2. auf 3. August 1944 in den Gaskammern ermordet. Der 2. August ist heute der Erinnerungstag der Sinti und Roma an den Holocaust.

Der dritte Teil der Ausstellung beschäftigt sich mit der Nachkriegszeit. Sie schildert zunächst das Schicksal einiger Überlebender des Holocaust in Deutschland. Einige wenige konnten tatsächlich in der Bundesrepublik wieder Fuß fassen, zumeist aber kam zum Verlust vieler Familienangehöriger Armut und Heimatlosigkeit hinzu. Vor allem fanden viele keinerlei Unterstützung bei den Behörden, in denen sie manchmal den Beamten der NS-Zeit wieder begegneten. Sinti und Roma sahen sich weiterhin einem Generalverdacht ausgesetzt und wurden überwacht oder mussten sich regelmäßig bei der Polizei melden. Zugleich machten die „Forscher“, die in der „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ tätig gewesen waren, praktisch unbehelligt weiter Karriere. Entschädigungen für erlittenes Unrecht wurden durch die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes sehr erschwert. Er stellte in einem Grundsatzzurteil am 7. Januar 1956 fest, dass Sinti und Roma vor dem Dezember 1942 nicht aus rassischen Gründen verfolgt worden seien. Auch seit der Revision dieses Urteils im Jahr 1963 änderte sich die Situation erst sehr langsam. Die Rechtsstellung der Sinti und Roma blieb oft prekär. Die Ausstellung berichtet etwa von dem Auschwitz-Überlebenden Reinhard Florian, der aus Ostpreußen stammte und dem es erst in den 80er Jahren gelang, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen.

Den Abschluss der Ausstellung bildet einerseits eine knappe Dokumentation des Weges zur öffentlichen Anerkennung des Völkermordes an den Sinti und Roma. Andererseits weist die Ausstellung aber auch darauf hin, dass Sinti und Roma gerade im Osten Europas vielfach zu den Verlierern der politischen und ökonomischen Umbrüche nach dem Fall des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 gehören. ■

Literaturempfehlungen:

Klaus-Michael Bogdal:

Europa erfindet die Zigeuner. Eine Geschichte von Faszination und Verachtung, Berlin 2011.

Karola Fings:

Sinti und Roma. Geschichte einer Minderheit, München 2016.

Alfred Lessing:

Mein Leben im Versteck. Wie ein deutscher Sinti den Holocaust überlebte, Düsseldorf 1993.

Gilad Margalit:

Die Nachkriegsdeutschen und „ihre Zigeuner“. Die Behandlung der Sinti und Roma im Schatten von Auschwitz, Berlin 2001.

Oliver von Mengersen (Koord.):

Sinti und Roma. Eine deutsche Minderheit zwischen Diskriminierung und Emanzipation, hg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit/Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn/München 2015.

Frank Reuter:

Der Bann des Fremden. Die fotografische Rekonstruktion des ‚Zigeuners‘, Göttingen 2014.

Anja Tuckermann:

„Denk nicht, wir bleiben hier!“ Die Lebensgeschichte des Sinto Hugo Höllenreiner, München 2005.

Die Verfolgung der Sinti und Roma in München und Bayern 1933-1945, hg. v. Winfried Nerdinger für das NS-Dokumentationszentrum München, München 2016.

Patrik Wagner:

Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeption und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, Hamburg 1996.

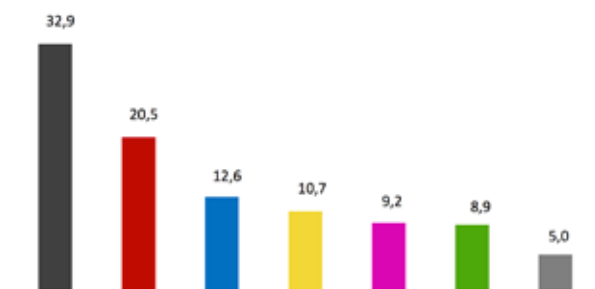
Wahlnachlese 2017:

Einflussreiche Medien – Hohe Mobilisierung – Neue Partei – Schwierige Koalitionsbildung

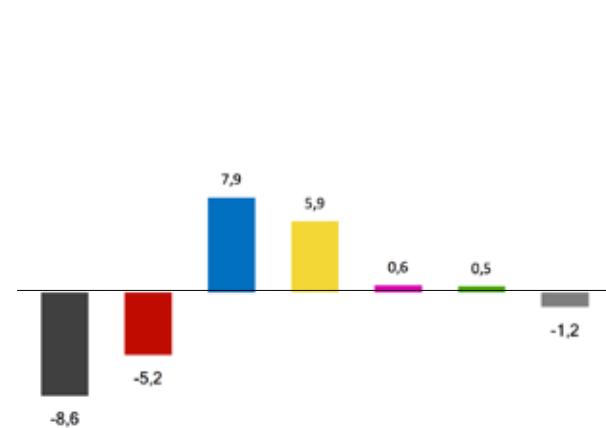
von Jan Dinter, Stefan Haußner,
Niko Switek und Kristina Weissenbach

Serie:
Bundestagswahl
am 24. September
2017

**Endergebnisse der Bundestagswahl 2017
(in Prozent)**



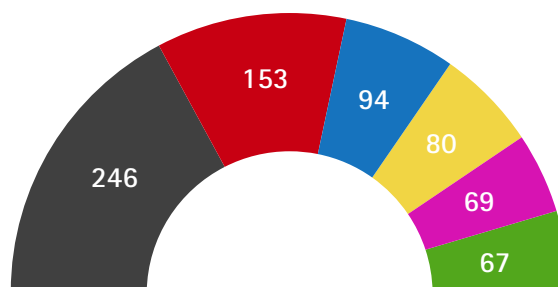
**Bundestagswahl 2017 – Gewinne und Verluste
seit der Bundestagswahl 2013 (in Prozent)**



■ Union ■ SPD ■ AfD ■ FDP ■ Die Linke ■ Bündnis 90/ Die Grünen ■ Sonstige

Legende gilt für alle Grafiken dieser Seite

Sitzverteilung nach der Bundestagswahl 2017 (in absoluten Zahlen)



Graphik: eigene Darstellung

Quellen: <https://bundestagswahl-2017.com/ergebnis/>; <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/index.shtml>; <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-BT-DE/index.shtml> [Stand: 24.11.2017]

Noch ist nicht klar, ob die Bundestagswahl 2017 eine tragfähige Bundesregierung hervorbringt oder ob die Wählerinnen und Wähler in Kürze ein wiederholtes Mal an die Urnen müssen [Redaktionsschluss: 1. Dezember 2017]. Auch wenn die Wahl nur ein paar Wochen zurückliegt, zeigen sich einige Besonderheiten des Wahlgangs bereits jetzt sehr deutlich. Nicht wenige Kommentatoren stufen den Ausgang als Zäsur oder Umbruch ein – auch wenn sich einige Entwicklungen bereits bei vorhergehenden Landtagswahlen andeuteten. In einer ersten Wahlnachlese konzentriert sich der vorliegende Beitrag auf vier hervorstechende Phänomene der Bundestagswahl 2017.

Erstens gehen wir auf die herausgehobene Rolle der Medien im Wahlkampf ein. Einerseits sehen wir dabei das Paradox, dass viele Beobachter den Wahlkampf als träge einstufen, dieser jedoch im Rückblick durchaus wendungsreich ausfiel. Andererseits gerieten die Medien in ihrer Rolle als Vermittler teilweise selbst in die Kritik. Der zweite Schwerpunkt liegt auf der Wahlbeteiligung, die erstmals seit Jahren des Rückgangs und der Stagnation wieder gestiegen ist. Drittens reflektieren wir den Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) als neue Partei in den Bundestag, womit das Parlament erstmals seit 1953 wieder aus sechs Fraktionen besteht. Schließlich fragen wir viertens, welche Schlüsse wir vor dem Hintergrund der aktuell laufenden Sondierungen bereits über Veränderungen bei der Koalitions- und Regierungsbildung ziehen können.

Medien: Mehr als nur Vermittler?

Am Wahlabend machten einige Beobachter und Politiker die mediale Berichterstattung für den Erfolg der neu im Bundestag vertretenen Alternative für Deutschland (mit-) verantwortlich. Das wirft die grundsätzliche Frage auf, wie groß der mediale Einfluss auf die komplexe Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger ist. Aber auch wenn der unsichere journalistische und politische Umgang mit der rechtspopulistischen Partei sowie ihr provokanter Wahlkampfstil dominante Eigenheiten des Wahlkampfes 2017 waren, haben auch andere Besonderheiten diese Hochzeit politischer Kommunikation geprägt. Der trotz vieler Umbrüche teilweise träge wirkende Bundestagswahlkampf 2017 passte über weite Strecken nicht zum Klima der neuen Politisierung und Polarisierung innerhalb der Wählerschaft. Während Online-Kampagnen inzwischen auch in Deutschland nicht mehr als große Neuerung wahrgenommen werden, war der diesjährige Wahlkampf

zudem der erste im Zeichen der Digitalisierung. Als zentrales Thema kam in der heißen Phase des Wahlkampfes die von vielen „Campaignern“ bereits abgehackte Flüchtlingssituation zurück auf die Agenda. Dieser Umstand begünstigte, dass sich die beiden Volks- und Regierungsparteien spätestens nach dem TV-Duell zwischen Angela Merkel und Martin Schulz – trotz fehlender Wechselstimmung – im Abwärtstrend befanden.

Medien beeinflussen Wahlen – aber sie entscheiden sie nicht

Die Frage nach der Wirkung von Medien, Medieninhalten und journalistischem Handeln auf Wahlentscheidungen war bei jeder Bundestagswahl virulent und eine der Kernfragen von politischer Wahl- und Medienwirkungsforschung. Unstrittig ist, dass Massenmedien und politische Berichterstattung einen Einfluss auf Wahlentscheidungen haben können. Massenmedien liefern in modernen Gesellschaften die Grundlage von Meinungs- und Willensbildung. Ihnen kommt eine zentrale Informations- und Mobilisierungsfunktion zu.¹ Was Bürger über Politik im Allgemeinen und Wahlen oder Wahlkämpfe im Besonderen wissen, wissen sie zu einem großen Teil aus den Medien.² Darum hat auch die journalistische Selektion und Interpretation der Wahlkampfergebnisse einen

.....

1 Vgl. Matthias Bianchi/Karl-Rudolf Korte: Die Wahlkommunikation zur Bundestagswahl 2013: Perspektiven der Parteien- und Mediendemokratie, in: Karl-Rudolf Korte (Hg.): Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2015, S. 293–315, hier S. 295.

2 Vgl. Barbara Pfetsch/Frank Marcinkowski: Problemlagen der „Mediendemokratie“ – Theorien und Befunde zur Medialisierung von Politik, in: Barbara Pfetsch/Frank Marcinkowski (Hg.): Politik in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2009, S. 11–33.

indirekten Einfluss auf die Wahlentscheidung.³ Aktuelle und durch mediale Berichterstattung stark beeinflusste, eher kurzfristige Einstellungen der Wählerinnen und Wähler zu den Parteien haben vor allem auf die immer größer werdende Gruppe der Wechselwähler und Unentschlossenen eine große Wirkung. Weil die Stammwählerschaft der Parteien bei Bundestagswahlen entsprechend immer kleiner wird und die langfristigen Faktoren der Wahlentscheidung – z.B. die Parteiidentifikation – an Bedeutung verlieren, werden die mittel- und kurzfristigen Faktoren und damit der Wahlkampf an sich wichtiger.⁴

Umso schwerer wiegt der Vorwurf, Journalisten hätten die AfD während des Bundestagswahlkampfes durch überproportionale Berichterstattung bevorteilt. Tatsächlich dominierte die Partei die Berichterstattung in den Wochen vor der Wahl. Dabei befanden sich verunsicherte Medien in einem mehrfachen Dilemma und erlebten einen nach innen gerichteten „AfD-Effekt“: Durch die von Parteivertretern immer wieder erhobene Kritik, Medien würden

berechtigte Meinungen ausblenden oder zensieren, sahen sich viele Redaktionen beinahe herausgefordert oder agierten besonders vorsichtig. Paradoxerweise erhielt die AfD also mehr Beachtung in der Berichterstattung, weil sie sich als Opfer der Medien darstellte. Hinzu kommt, dass gezielte Provokationen der Partei ein medienwirksamer Wahlkampfstil sind.⁵ So löste beispielsweise die Äußerung des AfD-Vorsitzenden, Alexander Gauland, man könne die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoğuz, „in Anatolien entsorgen“, eine Welle der Empörung aus und bescherte der Partei umfangreiche Berichterstattung. Die Suche nach dem notwendigen Gleichgewicht im journalistischen Umgang mit den Parteien war daher ein herausstechendes Merkmal der Berichterstattung über diesen Wahlkampf. Trotzdem entscheiden Medien keinen Wahlausgang. Die individuelle Wahlentscheidung ist dafür zu komplex, denn auch „Parteieneigung, subjektiv zugeschriebene Problemlösungskompetenz und Personen wirken auf die individuelle Wahlentscheidung ein.“⁶



Blick in das Plenum des neu konstituierten Bundestags: Erste Reihe, v.l.n.r.: Katrin Göring-Eckardt, (Bündnis 90/Die Grünen), Michael Grosse-Brömer (CDU), Volker Kauder (CDU), Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Alexander Dobrindt (CSU), Wolfgang Schäuble (CDU), Christian Lindner (FDP), Marco Buschmann (FDP), Alice Weidel (AfD), Alexander Gauland (AfD), Berlin, 24. Oktober 2017

Foto: sz-photo/Fotograf: Jens Schicke

3 Vgl. Bianchi/Korte (wie Anm. 1), S. 294.

4 Vgl. Frank Brettschneider: Wahlkampfkommunikation 2013: Themenmanagement mit Wahlprogrammen, Plakaten und Kanzlerduell?, in: Michael Jäckel/Uwe Jun (Hg.): Wandel und Kontinuität der politischen Kommunikation, Opladen/Berlin/Toronto 2015, S. 45–64, hier S. 46.

5 Vgl. Bernd Gäbler: AfD und Medien. Analyse und Handreichung, Frankfurt am Main 2017.

6 Bianchi/Korte (wie Anm. 1), S. 293.

Wendungsreicher Wahlkampf, undynamische Kampagnen

Die Ausgangslage zu Beginn des Jahres 2017 ließ vermuten, dass der Wahlkampf nicht an die vermeintlichen „Valium-Wahlkämpfe“ vergangener Bundestagswahlen anknüpfen und einige Neuerungen mit sich bringen würde. Die Popularität von Angela Merkel, die 2013 noch das politische Klima bestimmte,⁷ hatte im Zuge der Debatte um die Flüchtlingspolitik stark abgenommen. Laut ARD-Deutschlandtrend waren im Februar 2017 mit 55 Prozent zwar deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger mit der Arbeit der Kanzlerin zufrieden als noch im Februar des Vorjahres (46 Prozent),⁸ dennoch konnten diese Werte nicht an ihre Popularität zu Beginn des Wahljahres 2013 heranreichen.⁹ Während die Flüchtlingssituation zu Beginn des Wahljahres für die öffentliche Debatte immer weiter an Bedeutung verlor, setzte die Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten der SPD bei den Sozialdemokraten zunächst regelrechte Mobilisierungsschübe frei. In der Kanzlerpräferenz überholte Schulz die Amtsinhaberin bereits im Februar – laut Deutschlandtrend hätten zu diesem Zeitpunkt 50 Prozent der Wählerinnen und Wähler bei einer Direktwahl des Kanzlers ein Kreuz für Schulz gemacht, während Merkel nur auf 34 Prozent gekommen wäre. Bei der Sonntagsfrage überholte die SPD die CDU im Februar sogar erstmals seit 2006, während beide Parteien im März noch gleichauf bei 32 Prozent lagen.¹⁰ Diese überraschende Entwicklung markierte zugleich den Startpunkt für den Wahlkampf. In der anschließenden Phase der parteiinternen Mobilisierung signalisierte der angesichts schlechter Ergebnisse bei Landtagswahlen im Saarland, Nordrhein-Westfalen sowie Schleswig-Holstein und verpatzter Programmvorstellungen verpuffte „Schulz-Hype“ einen weiteren Wendepunkt. Bereits Mitte Mai hatte die CDU in der Sonntagsfrage mit 37 Prozent wieder zehn Prozentpunkte Vorsprung auf die SPD.¹¹ Mit 64 Prozent zufriedenen Bürgerinnen und Bürgern waren zudem Angela Merkels Popularitätswerte im Juli deutlich besser als die von Martin Schulz (36

Prozent).¹² Mit guten Umfragewerten im Rücken konnte Angela Merkel nun doch mit ihrer bewährten Strategie, Gegenmobilisierung durch möglichst geringe Polarisierung zu verhindern,¹³ in die heiße Phase des Wahlkampfes starten. Im frühen TV-Duell, das aufgrund des konfrontativen Settings eigentlich eine Gefahr für diesen Kampagnen-Plan darstellte, befand sich die Kanzlerin auf dem Zenit ihres Wahlkampfes. TV-Debatten erfüllen eine Vielzahl von Funktionen – z.B. versuchen die Spitzenkandidaten die beträchtliche Zahl noch unentschlossener Wähler für sich zu gewinnen, auf den letzten Metern des Wahlkampfes Journalisten zu überzeugen und den Ton der Medienberichterstattung zu ihren Gunsten zu verbessern oder aber bestehende Sympathien für einen Kandidaten zu verstärken. Besonders die SPD und ihr Spitzenkandidat Martin Schulz hofften, in der Konfrontation mit Angela Merkel noch einmal „Boden“ gutzumachen und die vielen Journalisten, die für den „Herausforderer“ keine realistische Chance auf einen Wahlsieg mehr sahen, vom Gegenteil zu überzeugen¹⁴ – eine Hoffnung, die letztlich zu groß war, um erfüllt zu werden.¹⁵

Am Ende geriet das TV-Duell aber für beide zum „Duell der Verlierer“. Ob die Debatte den Parteien Stimmgewinne oder -verluste beschert hat, kann nur schwer beurteilt werden. Allerdings hat das Kanzlerduell die Themenagenda des Wahlkampfes – letztlich nicht zu Gunsten der Duellanten – beeinflusst. Der Auftritt der beiden Kandidaten und ihre Argumentation traten nämlich angesichts zweier Streitpunkte in den Hintergrund: Vor dem Duell wurde die vermeintliche Einflussnahme der Amtsinhaberin Angela Merkel auf die Gestaltung des Formats breit kritisiert.¹⁶ Im Nachgang der Debatte wurde wiederum dem Moderatorenteam eine einseitige und populistische Themen- und Fra-

7 Vgl. Bianchi/Korte (wie Anm. 1), S. 294.

8 Vgl. ARD (Hg.): ARD-DeutschlandTrend, abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/> [Stand: 15.11.2017].

9 Im Januar 2013 waren laut ARD-Deutschlandtrend beispielsweise 65 Prozent mit der Arbeit von Angela Merkel zufrieden. Vgl. dazu ARD (wie Anm. 8).

10 Vgl. infratest-dimap (Hg.): Sonntagsfrage, abrufbar unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/> [Stand: 15.11.2017].

11 Vgl. ebd.

12 Vgl. ARD (wie Anm. 8).

13 Vgl. Bianchi/Korte (wie Anm. 1), S. 304.

14 Vgl. Lisa Caspari: „Schulz sollte im TV-Duell nicht mit Merkel reden“, Interview mit Frank Stauss, Zeit Online v. 30.08.2017, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-08/bundestagswahlkampf-tv-duell-martin-schulz-frank-stauss> [Stand: 18.09.2017].

15 Vgl. Jan Dinter/Kristina Weissenbach: Das TV-Duell im Bundestagswahlkampf 2017, in: Einsichten und Perspektiven 3/2017, H. 3, S. 32–43.

16 Vgl. Deutscher Journalisten-Verband: Kanzlerduell. Veränderungen erforderlich, Pressemitteilung v. 29.08.2017, abrufbar unter: <https://www.djv.de/startseite/profil/der-djv/pressebereich-download/pressemitteilungen/detail/article/veraenderungen-erforderlich.html> [Stand: 18.09.2017]; Welt.de v. 26.08.2017: Vorwürfe gegen Merkels Bedingungen für das TV-Duell mit Schulz, abrufbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article168016093/Vorwurfe-gegen-Merkels-Bedingungen-fuer-das-TV-Duell-mit-Schulz.html> [Stand: 18.09.2017].

genauswahl vorgeworfen.¹⁷ Auch in den folgenden Wochen dominierte die Flüchtlingssituation die Wahlkampf-Agenda.¹⁸ Zeitgleich mit diesem thematischen Wendepunkt begann auch der Abwärtstrend der Union in den Umfragen. Aus der Perspektive der Demoskopie mündete die Bundestagswahl „nach einer längeren ruhigen Phase doch noch in ein dynamisches Finale“.¹⁹ So öffnete sich in der heißen Phase der Vorhang für die kleineren Parteien. Hier stachen vor allem die AfD mit ihrer vieldiskutierten Negativkampagne und die jugendlich und „hip“ anmutende FDP-Kampagne hervor. Trotz all dieser „Kipp-Punkte“ konnte der Wahlkampf 2017 – gerade unter dem Eindruck der immer wirkmächtigeren Umfragedaten – kaum Dynamik entwickeln. Martin Schulz kämpfte als Kanzlerkandidat ohne Machtopption allein auf weiter Flur, aber auch die kleineren Parteien waren ohne Koalitionsaussage auf einsamen Posten. Nicht zuletzt die Journalisten verfielen der Wirkkraft der Demoskopie, indem sie sich früh auf den Ausgang der Wahl festlegten.

Digitaler, populistischer, polarisierter und politisierter

Der Wahlkampf im Internet wird immer wichtiger. Immerhin ist das Internet zu einem der wichtigsten Informationsmärkte für Wähler geworden. Parteien haben in digitalen Kampagnen lange Zeit vor allem kostengünstige Werbemöglichkeiten gesehen.²⁰ Trotz der Obama-Euphorie nach 2009 sind Online-Wahlkämpfe in Deutschland zwar zum integrierten Bestandteil der Kampagnen geworden, sie wirkten aber bisweilen aufgesetzt und waren ineffizient.²¹ Das Wahljahr 2017 muss in dieser Hinsicht anders bewertet werden, stand es doch ganz im Zeichen der Digitalisierung. Die Kampagne der FDP, mit der die Partei in „Start-Up-Manier“ zum Comeback kam, spielte gezielt mit Online-Trends und machte Digitalisierung sogar zum zentralen

Thema. Damit schaffte es die Partei in bisher ungekannter Art mit den Stilmitteln der digitalen Welt erfolgreich auf Stimmenfang zu gehen. Auf der anderen Seite trat mit der AfD eine Partei zur Wahl an, deren Strukturen teilweise in digitalen Milieus gewachsen sind und deren Politikvermittlung erfolgreich auf die direkte Kommunikation über Social Media setzt. Hier zeigt sich der Vorteil einer Partei, die mit dem Internet aufgewachsen ist und relativ geschlossene digitale Milieus anspricht, die bereits vor der Parteigründung entstanden sind und sich zu einer starken Sympathisanten-Basis entwickelten. Sie setzte sich im Wahlkampf damit quasi „ins gemachte Netz“. An diesen Beispielen zeigt sich, dass sich das Beziehungsgeflecht zwischen Wählern, Parteien und Massenmedien verschoben hat und die direkte Kommunikation über soziale Netzwerke den Parteien neue Möglichkeiten bietet.²² Die Massenkommunikation vorbei an klassischen „Gatekeepern“ wie der Presse verändert aber die Gestalt von Öffentlichkeit und setzten sie unter Druck. Wie bei keiner anderen Wahl zuvor wurden daher auch die Gefahren des digitalen Strukturwandels diskutiert. Die Fragmentierung der Öffentlichkeit in Echokammern, Fake News als gezielte und ideologisch unterfütterte Falschmeldungen oder unter Manipulationsverdacht stehendes *Microtargeting* wurden gerade angesichts der Erfahrungen aus der amerikanischen Präsidentschaftswahl als Bedrohung wahrgenommen.

In Erscheinung traten diese auch im Zusammenhang mit Populismus diskutierten Phänomene bei der Bundestagswahl nur teilweise. Trotzdem stand der Bundestagswahlkampf 2017 im Zeichen eines veränderten politischen Klimas. Die Kampagne der AfD setzte klar auf Stilmittel des „Negative Campaigning“, was in Deutschland bisher als verpönt galt.²³ Mit einem „Anti-Merkel-Wahlkampf“, gezielten Provokationen, einem scharfen Ton und deutlicher Eliten-Kritik konnten die Rechtspopulisten bei ihrer Wählerklientel punkten und sorgten zeitgleich bei ihren politischen Kontrahenten sowie Medien für Irritationen und Gegenreaktionen – die der AfD wiederum mehr Aufmerksamkeit verschafften.²⁴ Auf der Seite der Wählerschaft führte sich der 2013 begonnene Trend einer stärkeren Polarisierung fort.²⁵ Ganz im Gegensatz zur Bundestagswahl 2013 beschäftigten sich die Bürger aber auch deutlich

17 Vgl. Stefan Koldehoff: „Das journalistische Resultat war unterdurchschnittlich“, Interview mit Volker Lilienthal, Deutschlandfunk.de v. 04.09.2017, abrufbar unter: http://www.deutschlandfunk.de/moderatoren-beim-tv-duell-das-journalistische-resultat-war.2907.de.html?dram:article_id=395054 [Stand: 18.09.2017]; Kathleen Hildebrand: Die Angst der Moderatoren vor dem Mob, Sueddeutsche.de v. 04.09.2017, abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/medien/tv-duell-die-angst-der-moderatoren-vor-dem-mob-1.3652046> [Stand: 18.09.2017].

18 Vgl. Thomas Petersen: Nur scheinbar ruhig. Unterschiede zwischen den Wahlkämpfen 2013 und 2017, in: Die politische Meinung 62/2017, H. 546, S. 99–102, hier S. 102.

19 Petersen (wie Anm. 18), S. 100.

20 Vgl. zu Online-Wahlkämpfen Frank Brettschneider: Wahlkampf: Funktionen, Instrumente und Fake News, in: Bürger & Staat 67 7/2017, H. 2, S. 146–153, hier S. 150 f.

21 Vgl. Bianchi/Korte (wie Anm. 1), S. 301 f.

22 Vgl. Brettschneider (wie Anm. 20).

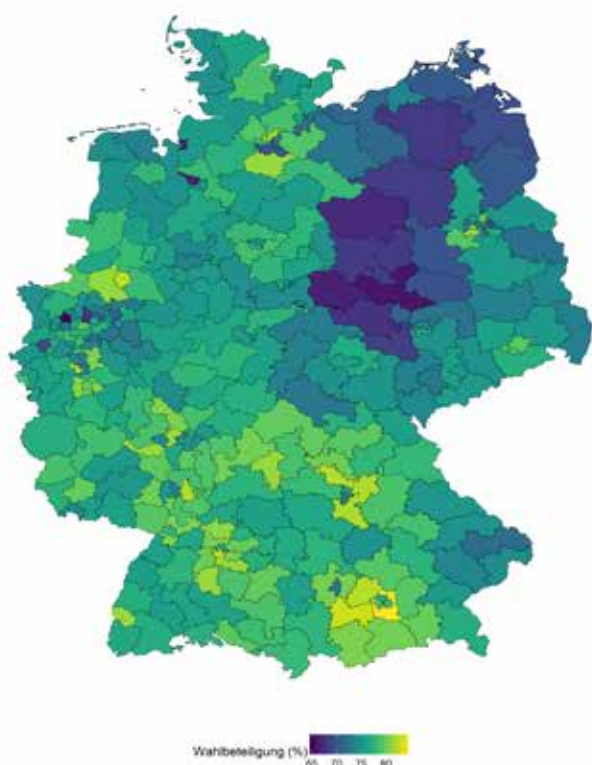
23 Vgl. Viola Neu: Wahljahr der Wendungen. Eine erste Einordnung, in: Die politische Meinung 62/2017, H. 546, S. 89–92, hier S. 91.

24 Vgl. ebd.; vgl. Gäbler (wie Anm. 5).

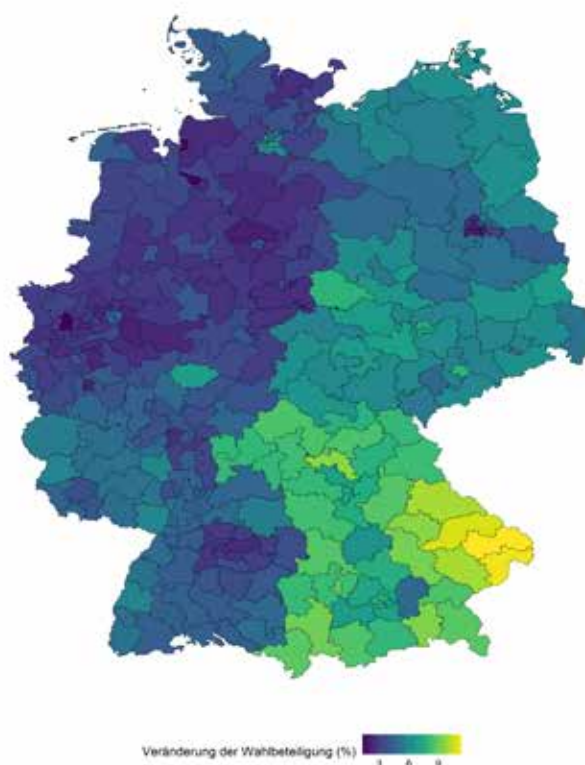
25 Vgl. Neu (wie Anm. 23), S. 91.

Abb.: Wahlkreiskarten zur Wahlbeteiligung und Veränderung der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017

Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen bei der Bundestagswahl 2017



Veränderung der Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen zwischen den Bundestagswahlen 2017 und 2013



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Daten des Bundeswahlleiters

intensiver mit politischen Themen.²⁶ Dieser Trend spiegelt sich auch in der Tatsache, dass die Wählerinnen und Wähler erstmals seit langer Zeit wieder in größerer Zahl als zuvor von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten. Zu dieser neuen Politisierung der Wählerschaft wollte nur die öffentliche Stimmung, dass das Rennen im Wahlkampf schon gelaufen sei, nicht ganz passen.²⁷

Wahlbeteiligung: Trendwende nach oben?

Bereits im Jahr 2016 zeichnete sich erstmals ein neuer Trend bei den Landtagswahlen in Deutschland ab: Die Wahlbeteiligung steigt nach Jahren des allgemeinen Rückgangs oder der Stagnation wieder an.²⁸ Dieser Trend verfestigte sich bei den Landtagswahlen 2017 im Saarland (+8,1 Prozentpunkte), in Schleswig-Holstein (+4,0 Prozentpunkte) und in Nordrhein-Westfalen (+5,6 Prozent-

punkte). Auch bei der Bundestagswahl im September 2017 stieg die Wahlbeteiligung auf 76,2 Prozent. Bei der Wahl 2013 hatten lediglich 71,5 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Selbst bei der nach der Bundestagswahl stattfindenden vorgezogenen Landtagswahl in Niedersachsen war von Wahlmüdigkeit keine Rede und die Beteiligung stieg im Vergleich zur Wahl im Jahr 2013 um 3,7 Prozentpunkte auf 63,1 Prozent.

Aufbauend auf dem ersten Beitrag in der Serie zur Bundestagswahl (E&P 1/2017) legt dieser Abschnitt den Fokus auf die Verbindung von gesteigerter Wahlbeteiligung und den starken Ergebnissen der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Für diesen Zweck werden die vom Bundeswahlleiter bereitgestellten Ergebnisse auf Wahlkreisebene genutzt. Diese liegen trotz einer Änderung des Wahlkreischnitts sowohl für die Bundestagswahl 2017 als auch für die Bundestagswahl 2013 vor, sodass Vergleiche zwischen den beiden Wahlen möglich sind.²⁹

26 Vgl. Petersen (wie Anm. 18), S. 101.

27 Vgl. Neu (wie Anm. 23), S. 90.

28 Vgl. Stefan Haußner: Mobilisierung durch Populismus? Auswirkungen rechtspopulistischer Parteien auf die Wahlbeteiligung mit Blick auf die Bundestagswahl 2017, in: Einsichten und Perspektiven 1/2017, S. 4–17, hier S. 5.

29 Vgl. Bundeswahlleiter: Bundestagswahl 2017 – Ergebnisse, abrufbar unter: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse.html> [Stand: 02.11.2017].

Die Abbildung auf S.57 zeigt die 299 Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2017. Auf der linken Karte sind die Wahlkreise nach der absoluten Wahlbeteiligung eingefärbt (je dunkler, desto niedriger). Auf der rechten Seite steht die Einfärbung für die Veränderung der Wahlbeteiligung seit 2013. Je heller hier die Farbe ist, desto höher ist die Wahlbeteiligung gestiegen.

Auf der linken Karte erkennt man immer noch ein altbekanntes Muster. Niedrigere Beteiligungsquoten sind meistens in den neuen Ländern zu finden.³⁰ Vor allem in Mecklenburg-Vorpommern (70,9 Prozent) und in Sachsen-Anhalt (68,1 Prozent) fiel auch diesmal die Beteiligung sehr niedrig aus. Der Wahlkreis mit der niedrigsten Wahlbeteiligung liegt jedoch in Nordrhein-Westfalen: Duisburg II lag mit 64,8 Prozent nochmal über einen Prozentpunkt unter dem Zweitplatzierten (Wahlkreis Anhalt, Sachsen-Anhalt). Die höchsten Wahlbeteiligungsquoten weisen mit 78,1 Prozent in Bayern und 78,3 Prozent in Baden-Württemberg die südlichen Länder auf. Sieben der zehn beteiligungsstärksten Wahlkreise liegen dort. Mit „München-Land“ und „Starnberg-Landsberg am Lech“ führen zwei bayerische Wahlkreise das Feld an und liegen mit 82,9 Prozent (Starnberg-Landsberg am Lech) und 84,4 Prozent (München-Land) beide deutlich über der 80-Prozent-Marke.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 ergibt sich ein recht deutliches Muster: Während die Wahlkreise in Bayern die höchsten Zuwächse verzeichnen konnten und sich auf der Karte deutlich absetzten, wiesen die restlichen Wahlkreise der „alten Länder“ meist relativ niedrige Zuwächse auf. In allen 299 Wahlkreisen ist die Wahlbeteiligung jedoch gestiegen. Die „neuen Länder“ liegen hier im Mittelfeld und verzeichnen moderate Zuwächse. Die höchsten Zuwächse mit über elf Prozentpunkten können die beiden niederbayerischen Wahlkreise Deggendorf und Passau verzeichnen. Die niedrigsten Zuwächse mit lediglich 1,2 bzw. 1,3 Prozentpunkten weisen abermals die Duisburger Wahlkreise Duisburg I und Duisburg II auf. Zusammen mit den beiden Bremer Wahlkreisen Bremen und Bremerhaven sticht Duisburg somit im bundesweiten Vergleich negativ heraus. In diesen Wahlkreisen ist die Wahlbeteiligung besonders niedrig und darüber hinaus auch nur wenig gestiegen. Weshalb Wahlbeteiligung steigt oder sinkt, ist eine komplexe Frage. Die zuletzt wieder steigende Wahlbeteiligung in Deutschland – und in Europa – lässt sich wohl hauptsächlich auf eine allgemein gestiegene Polarisierung

zurückführen. Wahlkämpfe in Europa waren in letzter Zeit häufig keine Wahlkämpfe um die Mitte, sondern geprägt durch ein antagonistisches Verhältnis von „traditionellen Parteien“ gegen rechtspopulistische Parteien. Wählerinnen und Wähler konnten dadurch wieder besser erkennen, wo Unterschiede liegen. Das politische Klima wurde härter, aber auch interessanter für die Bürgerinnen und Bürger. Dass zum Beispiel gerade Duisburger Wahlkreise besonders niedrige Wahlbeteiligung aufweisen und darüber hinaus auch die niedrigste Steigerung im Vergleich zur Wahl 2013, ist durch eine starke soziale Schieflage in der Wahlbeteiligung zu erklären. Einige Stadtteile wie Marxloh und Bruckhausen sind mittlerweile bundesweit als soziale Brennpunkte bekannt. Politische Gleichheit und damit auch die Voraussetzung für eine hohe Wahlbeteiligung ist somit eng verbunden mit sozialer Gleichheit.³¹

Eine neue Partei: Populismus im Parteiensystem?

„Wir sind gekommen um zu bleiben, weil Deutschland uns braucht“, erklärte Frauke Petry, die damalige Bundes- und sächsische Landes- und Fraktionsvorsitzende, in ihrer Rede anlässlich des Bundesparteitag 2015.

Die Wahlerfolge der vergangenen Monate scheinen ihr Recht zu geben: Nach dem knappen Scheitern der Partei bei der Landtagswahl 2013 in Hessen und der Bundestagswahl 2013 – beides nur fünf Monate nach Gründung der Partei – erlebte die AfD Aufwind. Sie zog in allen darauffolgenden Landtagswahlen in die Landesparlamente ein und ist derzeit in 13 Landesparlamenten vertreten. Dabei sind neue Parteien für das politische System Deutschland eher die Ausnahme als die Regel. Bei der Bundestagswahl 2017 gelang ihr mit 12,6 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen die Überwindung der Sperrklausel nun auch auf nationaler Ebene. Mit diesem Erfolg liegt die neue Partei im europaweiten Trend: Alleine in den Jahren 2015, 2016 und 2017 gelang 31 neuen Parteien in 23 EU-Mitgliedstaaten der Einzug in die Nationalparlamente.³² Grund genug sich den Wahlerfolg der AfD an dieser Stelle genauer anzusehen, um im Anschluss die Frage zu stellen: Können wir bei der AfD von einer institutionalisierten Partei mit Aussicht auf langfristige Etablierung im deutschen Parteiensystem sprechen?

.....

31 Stefan Haußner/Michael Kaeding/Joel Wächter: Politische Gleichheit nicht ohne soziale Gleichheit – Die soziale Schieflage niedriger Wahlbeteiligung in Großstädten Nordrhein-Westfalens, in: Journal für Politische Bildung 1/2017, S. 24-30.

32 Vgl. Zoe Lefkofridi/Kristina Weissenbach: The institutionalization of new parties in Europe. (How) does it matter for success, New Orleans 2017, S. 1,12.

.....

30 Vgl. Rolf Becker: Political efficacy and voter turnout in East and West Germany, in: German Politics 13, 2/2004, S.317–340, hier S. 317 f.

Die untere Abbildung zeigt den Zuwachs des AfD-Ergebnisses seit 2013 abermals auf Wahlkreisebene. Jeder Punkt stellt einen Wahlkreis dar und die Länder sind nach dem Durchschnitt des AfD-Zuwachses sortiert. Die gestrichelte horizontale Linie stellt den bundesweiten durchschnittlichen AfD-Zuwachs dar.

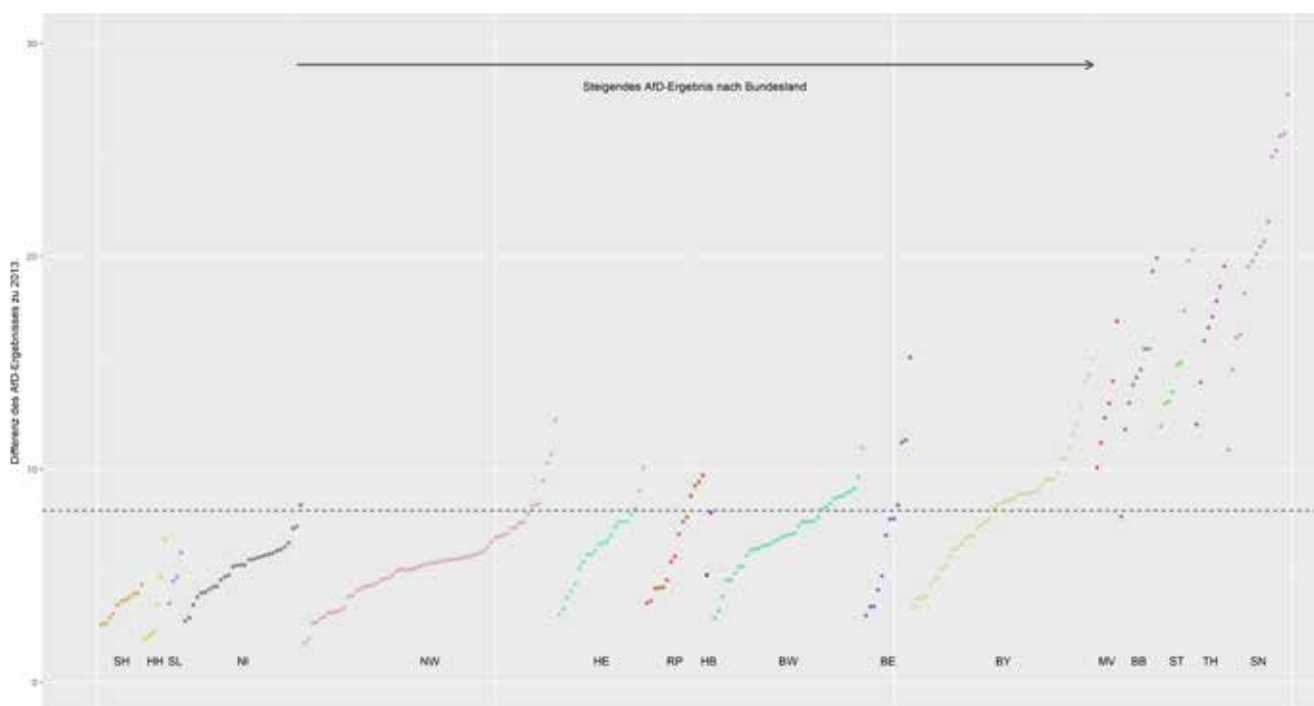
Man erkennt, dass alle ostdeutschen Länder (mit Ausnahme Berlins) am ganz rechten Rand der Abbildung zu finden sind. Die AfD konnte hier also in allen Wahlkreisen überdurchschnittlich hohe Zuwächse im Vergleich zu 2013 einfahren. Lediglich ein einziger ostdeutscher Wahlkreis in Brandenburg (Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II) liegt mit 7,8 Prozent AfD-Zugewinn unter dem bundesdeutschen Schnitt. In Schleswig-Holstein, Hamburg und dem Saarland ist der Zuwachs der AfD durchschnittlich am geringsten ausgefallen. Kein einziger Wahlkreis liegt hier über der horizontalen Linie. Auch in Niedersachsen konnte die AfD nur im Wahlkreis „Salzgitter – Wolfenbüttel“ überdurchschnittlich hohe Erfolge erzielen.

Die Wahlkreise, in denen die AfD die größten Erfolge feiern konnte, liegen alle in Sachsen. In fünf Wahlkreisen (Görlitz, Mittelsachsen, Bautzen I, Meißen und Sächsische Schweiz – Osterzgebirge) liegen die Zugewinne im Vergleich zur Wahl 2013 sogar um die 25 Prozentpunkte. In all diesen Wahlkreisen hat die AfD ebenfalls die meisten Zweitstimmen bekommen und gewann in den Wahlkreisen Görlitz, Bautzen I und Sächsische Schweiz – Osterzgebirge außerdem ihre drei Direktmandate für die Abgeordneten Tino Chupralla, Karsten Hilse und Frauke Petry.³³

Mobilisierung durch Populismus?

Bereits im ersten Beitrag dieser Serie zur Bundestagswahl 2017 wurde der mobilisierende Effekt der AfD untersucht und mit anderen europäischen Ländern verglichen. Das Ergebnis war auch hier nicht eindeutig, denn rechtspopulistische Parteien können sowohl in einem Kontext von Mobilisierung als auch von Demobilisierung Erfolge einfahren.³⁴ Mobilisierende Wirkung haben

Veränderung des AfD-Ergebnisses auf Wahlkreisebene zwischen den Bundestagswahlen 2013 und 2017



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Daten des Bundeswahlleiters

.....

33 Frauke Petry hat allerdings bereits kurz nach der Wahl erklärt, dass sie nicht der Fraktion der AfD im Bundestag angehören will und sitzt seitdem als unabhängige Abgeordnete im Bundestag. Sie ist mittlerweile auch aus der AfD ausgetreten.

34 Vgl. Daniel Stockemer: The success of radical right-wing parties in Western European regions – new challenging findings, in: Journal of Contemporary European Studies (2016), S. 1–16, hier S. 11 f.

diese Parteien dann, wenn sie Positionen einnehmen, die andere Parteien vernachlässigen.³⁵ So sind bspw. bisherige Nichtwählerinnen und Nichtwähler besonders häufig niedriger gebildet, einkommensschwach und erwerbslos oder in prekären Arbeitsverhältnissen zu finden.³⁶ Forschung zur Bundestagswahl 2013 hat gezeigt, dass Parteien in den Stadtvierteln ihre Aktivitäten, in denen besonders viele Nichtwählerinnen und Nichtwähler wohnen, deutlich zurückfahren und in beteiligungsstärkeren Gegenden auch öfter Wahlkampf machen.³⁷ Wählerinnen und Wähler reagieren auf dieses Angebotsdefizit und wählen dann die Partei, die ihnen räumlich wie auch inhaltlich näher ist. Somit können rechtspopulistische Parteien nicht nur „Protestwählerinnen und -Wähler“ mobilisieren, sondern auch zusätzliche Bürgerinnen und Bürger, die vormals in der Parteienlandschaft keine Heimat gefunden hatten. Durch ihre extreme Programmatik sorgen Parteien an den politischen Rändern außerdem dafür, dass der Wettbewerb um die Wahl als polarisierter wahrgenommen wird, was den Wahlberechtigten suggeriert, dass nun mehr auf dem Spiel steht.³⁸ Andererseits führen häufige Skandale und schärfer geführter Wahlkampf zu einer Verbreitung eines negativen Bilds von Politikerinnen, Politikern und Parteien. Bürgerinnen und Bürger bekommen das Gefühl, die Politik würde sie nicht mehr ausreichend vertreten und keine Probleme mehr lösen können. Sie wenden sich folglich von der Politik ab und bleiben bei Wahlen häufiger zuhause.³⁹

Diese beiden möglichen Erklärungen können jedoch auch zeitgleich auftreten, sodass sich beide Effekte gegenseitig abschwächen oder ausgleichen. Wie der erste Beitrag dieser Serie gezeigt hat, ist bei der bisherigen Forschung über rechtspopulistische Parteien in ganz Europa kein eindeutiges Muster zu erkennen. Betrachtet man die fünf bereits angesprochenen Wahlkreise, die besonders hohe AfD-Ergebnisse bei der Bundestagswahl 2017 aufweisen, fällt auf, dass diese nicht gleichzeitig, besonders

hohe Beteiligungsquoten verzeichnen (siehe Tabelle 1). In vier von fünf Wahlkreisen liegt die Wahlbeteiligung sogar niedriger als die bundesweite Wahlbeteiligung.

Tabelle 1: Übersicht über Wahlbeteiligung und AfD-Ergebnis in den Wahlkreisen mit hohem AfD-Zweitstimmenanteil

Wahlkreis	Wahlbeteiligung	AFD-Ergebnis
Görlitz	73,35	32,89
Mittelsachsen	74,74	31,25
Bautzen I	75,37	32,76
Meißen	76,04	32,88
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	77,20	35,46
Bundesergebnis	76,15	12,64

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Grundlage der Daten des Bundeswahlleiters

Die Abbildung auf Seite 61 zeigt die Zusammenhänge von Wahlbeteiligung und AfD-Ergebnissen in allen 299 Wahlkreisen. Auf der linken Seite der Abbildung ist auf der x-Achse die Wahlbeteiligung und auf der y-Achse das Wahlergebnis der AfD abgetragen. Auf der rechten Seite sind jeweils die Veränderung der Wahlbeteiligung (x-Achse) und die Veränderung des AfD-Ergebnisses (y-Achse) seit 2013 verzeichnet.

Auf der linken Seite erkennt man einen Zusammenhang, den es bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 in ähnlicher Weise gegeben hat:⁴⁰ Je höher die Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen ausfällt, desto niedriger ist tendenziell das Wahlergebnis der AfD. Dies ist insofern nicht weiter verwunderlich, da sozioökonomisch stärker aufgestellte Gegenden meist eine höhere Wahlbeteiligung, aber demgegenüber eine niedrigere Unterstützung für extreme Parteien aufweisen.⁴¹ Interessanter ist der Zusammenhang auf der rechten Seite der Abbildung. Je stärker die Wahlbeteiligung gestiegen ist, desto erfolgreicher war auch die AfD im Vergleich zur Wahl 2013. Zwar ist der Zusammenhang nicht übermäßig groß, aber den-

35 Vgl. Chantal Mouffe: The 'End of Politics' and the Challenge of Right-wing Populism, in: Francisco Panizza (Hg.): Populism and the mirror of democracy, London 2005, S. 50–71.

36 Vgl. Michael Kaeding/Stefan Haußner/Morten Pieper: Nichtwähler in Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Ursachen und Konsequenzen sinkender Wahlbeteiligung, Wiesbaden 2016.

37 Vgl. Sigrid Roßteutscher/Armin Schäfer: Asymmetrische Mobilisierung. Wahlkampf und ungleiche Wahlbeteiligung, in: Politische Vierteljahresschrift 57, 3/2016, S. 455–483, hier S. 466.

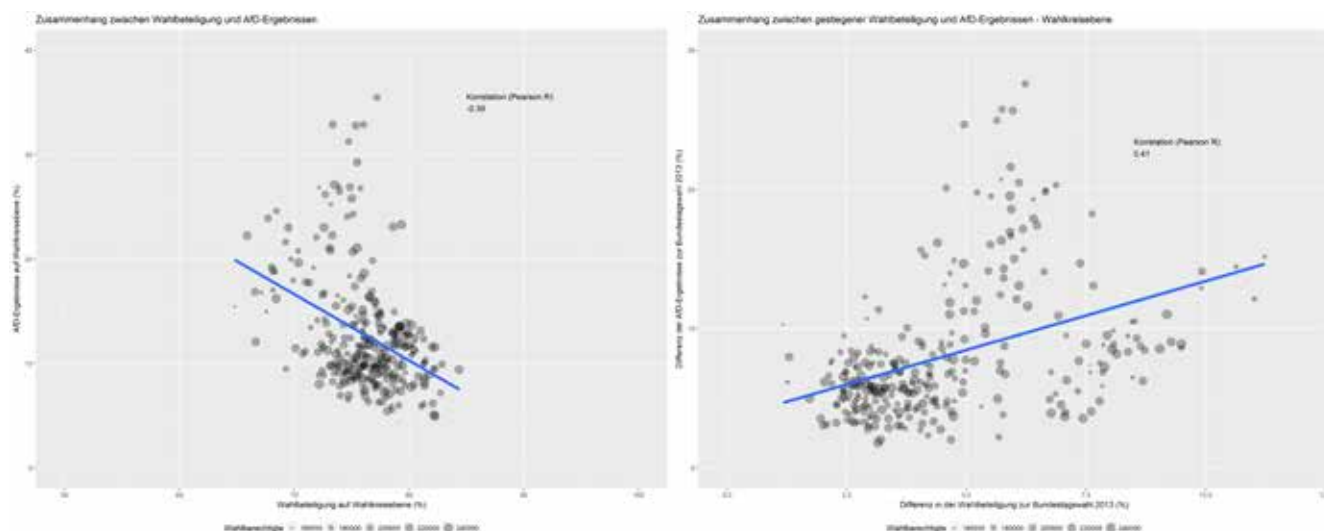
38 Vgl. Tim Immerzeel/Mark Pickup: Populist radical right parties mobilizing 'the people'? The role of populist radical right success in voter turnout, in: Electoral Studies 40/2015, S. 347–360, hier S. 353.

39 Vgl. ebd., S. 349.

40 Vgl. Haußner (wie Anm. 28), S. 13.

41 Vgl. Armin Schäfer: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt [u.a.] 2015; vgl. Kaeding/Haußner/Pieper (wie Anm. 36).

Vergleich von Wahlbeteiligung und AfD-Ergebnissen bei der Bundestagswahl 2017 (absolut und im Vergleich zur Bundestagswahl 2013)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Daten des Bundeswahlleiters

noch deutlich sichtbar. Dennoch finden sich die Wahlkreise, in denen die AfD besonders stark abschnitt, eher in der Mitte der Grafik wieder.

Aus diesem Ergebnis zu schließen, dass vor allem ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler die Alternative für Deutschland gewählt hätten, hieße einen ökologischen Fehlschluss⁴² zu begehen. Aus den vorliegenden Daten lässt sich nicht schließen, dass gerade vormalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler die AfD wählten. Aber sie zeigen, dass in Wahlkreisen, in denen die AfD tendenziell erfolgreicher war, auch die Wahlbeteiligung stärker anstieg und mehr Menschen zur Wahl gingen – unabhängig ihres vorherigen Status als Wählender oder Nichtwählender.

Nimmt man die Daten zur Wählerwanderung führender Meinungsforschungsinstitute hinzu, legen diese darüber hinaus nahe, dass die AfD tatsächlich besonders von der gestiegenen Partizipation profitiert hat. Laut Infratest dimap machten die Nichtwählerinnen und Nichtwähler etwa 25 Prozent des AfD-Elektorates aus. Die Zahl zeigt aber auch, dass der Großteil der Stimmen von anderen Parteien kam. Beispielsweise gaben mehr als eine Million Menschen, die 2013 noch die Unionsparteien wählten, im September 2017 der AfD ihre Stimme.⁴³

Zum Teil werden hier beide von Immerzeel und Pickup vorgeschlagenen Erklärungsmuster gegriffen haben. Das Thema Sicherheit und Migration war besonders in den letzten Wochen des Wahlkampfs und im TV-Duell salient⁴⁴ und könnte vormals Enttäuschte zurück zur Wahl gebracht haben. Andererseits gewannen auch die anderen Parteien mehr Stimmen aus dem Nichtwahlager zurück, als sie an dieses Lager verloren geben mussten.⁴⁵ Eine Mobilisierung aufgrund der Ablehnung der AfD ist hier also ebenfalls denkbar. Bei der Bundestagswahl 2017 scheint es aber tatsächlich einen mobilisierenden Effekt durch die AfD gegeben zu haben. Genauer werden dies Individualanalysen untersuchen müssen, deren Daten zu diesem frühen Zeitpunkt nach der Wahl noch nicht vorliegen.

Dauerhafte Institutionalisierung?

Konkrete Wahlergebnisse und Mandatsvergabe stellen jedoch nur zwei nachgelagerte Aspekte der Institutionalisierung neuer Parteien in nationalen Parteiensystemen dar.⁴⁶ Möchte man die Frage beantworten, ob es einer neuen Partei gelingen kann, sich dauerhaft im Parteiensystem zu verankern, so lohnt der Blick auf die Phase vor ihrer Gründung: Wie gestaltete sich die Genese der Par-

⁴² Ökologischer Fehlschluss bezeichnet den fehlerhaften Schluss von Aggregatdaten, die Merkmale eines Kollektivs abbilden, auf Individualdaten.

⁴³ Vgl. P. Blicke et al.: Merkel-Enttäuschte und Nichtwähler machen die AfD stark, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/wahlverhalten-bundestagswahl-wahlbeteiligung-waehlerwanderung> [Stand: 02.11.2017].

⁴⁴ Vgl. Dinter/Weissenbach (wie Anm. 15).

⁴⁵ Vgl. Blicke (wie Anm. 41).

⁴⁶ Vgl. Robert Harmel/Lars Svåsand/Hilmar L. Mjelde: Institutionalisation and De-Institutionalisation of Right-wing Protest Parties: The Progress Parties in Denmark and Norway, Colchester 2017.

tei⁴⁷ und ihr Institutionalisierungsprozess, bevor sie in das nationale Parlamente eintrat?

Vor dem Hintergrund, dass die Institutionalisierung einer neuen Partei im stabilen nationalen Parteiensystem Deutschlands nach 1980 nur zweimal erfolgreich gelang (Bündnis 90/Die Grünen; Die Linke), erscheint der Blick auf den Institutionalisierungsprozess der AfD besonders interessant. Denn viele junge deutsche Parteien wie die Piratenpartei zerbrachen an innerorganisationalen Problemen, an Fiktionalismus oder mangelnder Verankerung in der Gesellschaft; die AfD hingegen überstand bislang zunächst selbst das Zerwürfnis mit Parteimitbegründer Bernd Lucke im Jahr 2015. Deutlich schneller und auch deutlich erfolgreicher als noch die Piraten, konnte sich die Partei als Akteur auf der nationalen politischen Bühne positionieren.

Die Parteieninstitutionalisierungsforschung zeigt, dass dieser Moment im Lebenszyklus einer Partei⁴⁸ – der Eintritt in ein nationales Parlament – besondere Anforderungen an junge Parteien stellt (sei es in organisatorischer, personeller, programmatischer oder kommunikativer Hinsicht).⁴⁹ Der Genese und den Institutionalisierungsschritten im Vorfeld des Eintritts in das nationale Parlament wird für das Standhalten dieser Anforderungen und für den weiteren Erfolg der Partei (im Sinne von Wettbewerbsfähigkeit) besondere Bedeutung zugesprochen.⁵⁰ Vor allem objektive Aspekte wie die Organisationsausbildung der Partei (auch auf untergeordneten Ebenen), interne Aspekte der Institutionalisierung wie die Routinisierung von Entscheidungsstrukturen und -prozessen, sowie externe Aspekte wie die Wahrnehmung der Partei durch Dritte und die Verankerung der Partei in der Gesellschaft entscheiden darüber, ob eine neue Partei sich etabliert.

Zwar hat die AfD diese Dimensionen der Institutionalisierung bislang nicht in gleichem Maße ausgebildet,

dennoch befindet sich die Partei trotz ihres jungen Alters in einem fortgeschrittenen Institutionalisierungsstadium.

So gründete sich die Alternative für Deutschland, gemäß der vergleichsweise hohen formalen Gründungsanforderungen in Deutschland,⁵¹ zwar als komplett neue Partei, folgte dabei aber dem Prinzip der Diffusion. Das heißt, sie generierte ihre personellen und materiellen Ressourcen seit dem Jahr 2010 aus verschiedenen Vorläufern und Sammlungsbewegungen rund um den Verein „Wahlalternative 2013“ von Bernd Lucke und Konrad Adam. Auf dem Gründungsparteitag am 14. April 2013 wurden Personen und Programmatik (vor allem der wirtschaftsliberale und eurokritische Kurs) des Vereins in die Parteistruktur der Alternative für Deutschland überführt. Parteien, die bei ihrer Gründung eher der Diffusion und Bottom-up-Prozessen folgen, tendieren dazu schwach ausgeprägte Organisationsstrukturen zu entwickeln, die häufig durch konkurrierende Gruppen geprägt sind.⁵² Dieser theoretische Befund aus der Parteienforschung spiegelt sich in den empirischen Eindrücken der Genese und Institutionalisierung der AfD wieder: Mit der Gründung der sechzehn Landesverbände zwischen März und Mai 2013 gelang zwar in einigen Bundesländern ein geregelter Aufbau, in anderen kam es jedoch rasch zu internen Konflikten.⁵³ Diesem genetischen Weg folgend, hat die AfD zunächst die Veranlagung zu einer schwach institutionalisierten Organisation, die Sammlungsbecken für viele heterogene Gruppierungen ist, nur schwierig geschlossen auftreten kann und personelle wie programmatische Spaltungstendenzen aufweist. Dem entspricht die Entwicklung der Partei seit den Landtagswahlen 2014: starke innerparteiliche Auseinandersetzungen und Führungskonflikte (zunächst v.a. zwischen Bernd Lucke

47 Vgl. Angelo Panebianco: *Political Parties. Organization and Power*, Cambridge 1988.

48 Vgl. Mogens N. Pedersen: *Towards a New Typology of Party Lifespans and Minor Parties*, in: *Scandinavian Political Studies* 5, 1/1982, S. 1–16. vgl. ders.: *The Birth, the Life, and the Death of Small Parties in Danish Politics. An Application of the Lifespan Model*, in: Ferdinand Müller-Rommel (Hg.): *Small parties in Western Europe. Comparative and national perspectives*, London 1991, S. 95–115.

49 Vgl. Nicole Bolleyer: *New Parties in Old Party Systems. Persistence and Decline in Seventeen Democracies*, Oxford 2013.; vgl. Nicole Bolleyer/Evelyn Bytcek: *New party performance after breakthrough*, in: *Party Politics* 23/2016, H. 6, S. 772–782.; vgl. Lefkofridi/Weissenbach (wie Anm. 32).

50 Vgl. Panebianco (wie Anm. 47); vgl. Kristina Weissenbach: *Political party assistance in transition. The German 'Stiftungen' in sub-Saharan Africa*, in: *Democratization* 17, 6/2010, S. 1225–1249; vgl. David Arter: *When new party X has the 'X factor'*, in: *Party Politics* 22, 1/2014, S. 15–26.

51 Die Anmeldung einer neuen Partei beim Bundeswahlleiter setzt auch im europäischen Vergleich hohe Standards voraus. Eine gefestigte Organisation ist Bedingung, es muss eine Satzung und ein Parteiprogramm vorhanden sein. Aufgrund dessen sind deutsche Parteien bereits in einem frühen Stadium naturgemäß formal stärker organisiert als beispielsweise Parteien in jungen Demokratien, vgl. Weissenbach (wie Anm. 50), S.1232 f.

52 Dem entgegen steht das Prinzip der „*penetration*“ (Panebianco wie Anm. 47), d.h. der eher zentrale Organisationsaufbau einer neuen Partei von oben nach unten, der in der Regel zunächst zu einer starken Organisationsstruktur führt. Eine kohärent auftretende Parteielite ist hier von Beginn an fähig, Entscheidungsprozesse zu initiieren und zu steuern; vgl. ebd., S. 63.

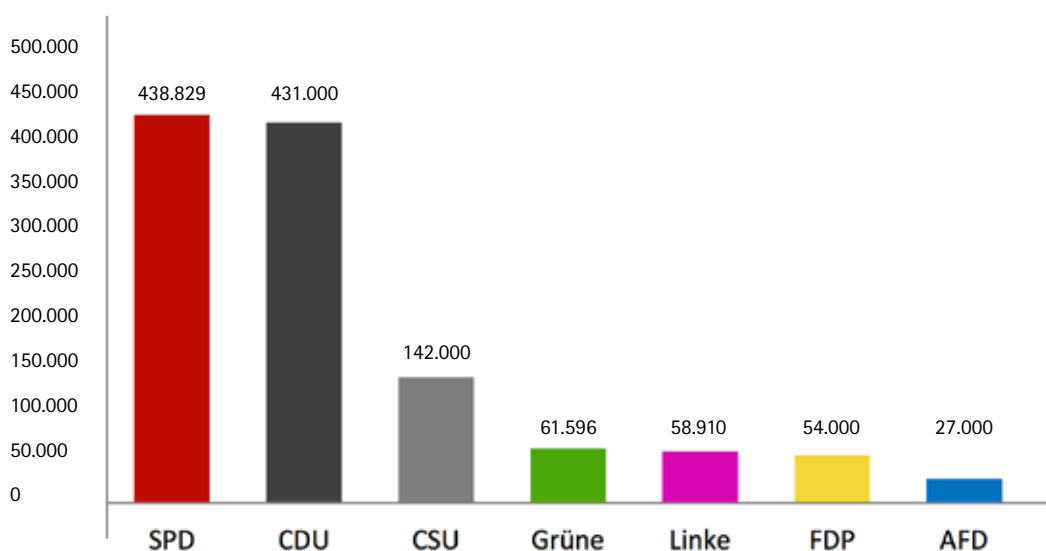
53 Vgl. Alexander Häusler (Hg.): *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*, Wiesbaden 2016.; vgl. Anne Böhmer/Kristina Weissenbach: *Gekommen um zu bleiben? Zum Zusammenhang des Institutionalisierungsprozess der AfD und ihren Erfolgchancen nach der Bundestagswahl 2017*, in: Karl-Rudolf Korte/Jan Schoofs (Hg.): *Die Bundestagswahl 2017. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*, Wiesbaden 2018 (i.E.).

und Frauke Petry) führten zur Spaltung der Partei, denn spätestens seit 2015 ließ sich der Graben zwischen den liberal-konservativen Positionen um Bernd Lucke und den national-konservativen und rechtspopulistischen Stimmen um den Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke und Frauke Petry nicht mehr verbergen. Doch auch der Austritt Bernd Luckes nach dem Essener Parteitag am 4. und 5. Juli 2015 sowie weiteren 20 Prozent der bisherigen Parteimitglieder (inklusive zahlreicher Kreisvorstände und Bezirksverantwortlicher) hielt die Spaltungstendenzen und programmatische Flügelentwicklung nicht auf.⁵⁴ Im Zuge der Bundestagswahl 2017 waren in der AfD (noch immer) drei innerparteiliche Faktionen zu unterscheiden: eine national- bis rechtsextreme Strömung um den thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke, eine national-konservative Richtung, personalisiert durch den brandenburgischen Landesvorsitzenden Alexander Gauland, sowie eine rechtspopulistische und auf Regierungsbeteiligung strebende Strömung, die zunächst von der damaligen Bundessprecherin Frauke Petry und dem Landesvorsitzenden Nordrhein-Westfalens, Marcus Pretzell, angeführt wurde. Der Austritt Frauke Petrys wie auch Marcus Pretzells aus der AfD unmittelbar nach dem Bundestagswahlerfolg 2017 manifestiert die schwache Institutionalisierung der jungen Partei in innerorganisatorischer

Hinsicht sowie hinsichtlich der Dimension der Routinisierung von Entscheidungsstrukturen und parteiinterner Kommunikation.

Obwohl die AfD-Mitgliederzahlen nach den aufgezeigten Flügelkämpfen und Parteispaltungen (vor allem im Westen Deutschlands) zunächst gesunken⁵⁵ und tragende Parteifunktionäre aus der Partei ausgeschieden sind, scheinen die Wählerinnen und Wähler des Wahljahrs 2017 in der neuen Partei tatsächlich eine Alternative vor allem zu den etablierten (Volks-) Parteien zu sehen. Ein Blick auf die oben aufgeführten Institutionalisierungsdimensionen der Wahrnehmung der Partei durch Dritte, sowie der Verankerung in der Gesellschaft mag hier Erklärungskraft haben. Diesen beiden Dimensionen wird in der Parteienforschung auf dem Weg einer nicht-institutionalisierten zu einer institutionalisierten Partei besondere Bedeutung beigemessen. Die Frage, wie sehr eine Partei es im Verlauf ihrer Genese und Institutionalisierung schafft, sich in den Köpfen von Wählerinnen und Wählern, von Unterstützerinnen und Unterstützern, aber auch bei den anderen politischen Parteien und in den Medien zu verankern, spielt dabei eine hervorgehobene Bedeutung für den Wettbewerbserfolg der Partei. In dieser Wahrnehmungs-Dimension hat die AfD trotz organisatorischer, personeller und programmatischer Querelen und Defizite gut „performt“.

Mitgliederzahlen der Parteien des Deutschen Bundestags



Graphik: eigene Darstellung nach Angaben der Parteien

Stand: SPD, CSU, AfD Feb. 2017, CDU und FDP Jan. 2017, Grüne und Linke Dez. 2016

54 Vgl. Torsten Oppeland: Alternative für Deutschland, <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/211108/afd> [Stand: 10.11.2017].

55 Vgl. Böhrer/Weissenbach (wie Anm. 53).



Christian Lindner, Bundesvorsitzender der Freien Demokratischen Partei (FDP), verkündet am 19.11.2017 den Rückzug der FDP aus den „Jamaika-Sondierungen“ vor der Landesvertretung von Baden-Württemberg in Berlin. picture alliance/Fotograf Bernd von Jutrczenka



Die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin, Angela Merkel, und der CSU-Vorsitzende und Ministerpräsident von Bayern, Horst Seehofer, äußern sich am 20.11.2017 zum Scheitern der Jamaika-Sondierungen von CDU, CSU, FDP und Grünen in der Landesvertretung von Baden-Württemberg in Berlin. Foto: picture alliance / Fotograf: Bernd von Jutrczenka

So demonstrierte die Partei nicht nur Sichtbarkeit und Verankerung im Kontext der Pegida-Demonstrationen auf den Straßen, sondern es gelang ihr in den klassischen und ‚neuen‘ Medien(formaten) a.) Präsenz zu zeigen und vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation b.) das Wahlkampfthema Einwanderung und Asyl zu setzen. Besondere Bedeutung kam dabei dem Online-Wahlkampf zu. Um nur ein Beispiel zu nennen: Während die Mitgliederzahl der AfD bei vergleichsweise geringen 27.000 (Stand Februar 2017) liegt (vgl. Abbildung S. 55),⁵⁶ so zählt die Partei auf Facebook 317.171 „Gefällt mir“-Angaben [Stand: 15.03.2017] und 304.828 Seitenabonnentinnen und -abonnenten der Facebook-Seite der Bundespartei [Stand: 15.03.2017] – was verglichen mit den Seiten von CDU und SPD beinahe dreimal so hoch ist.⁵⁷

Die Wahrnehmungsseite der Institutionalisierung der neuen Partei wurde durch diese Wahlkampflogiken gestärkt. Ob der Institutionalisierungsprozess der AfD auch in den bisher schwach ausgeprägten Dimensionen wie der Organisation und Routinisierung innerparteilicher Entscheidungsprozesse, der innerparteilichen Kommunikation oder der Kohärenz der Partei voranschreitet, wird sich in ihrer nun anstehenden Oppositionsrolle im

deutschen Bundestag zeigen. Ob sich die AfD nachhaltig im deutschen Parteiensystem etablieren wird und wettbewerbsfähig sein kann, wird vor allem von der Entwicklung der Partei in diesen parteiinternen Dimensionen abhängen.

Regierungsbildung: Premiere für ein neues Koalitionsmodell?

Im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 wurde bereits viel darüber spekuliert, inwieweit es nach der Wahl um eine gänzlich neue Koalitionskonstellation gehen könnte. Die Überraschung fällt daher nicht so groß aus, dass CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen tatsächlich über ein auf Bundesebene neues Bündnisformat – die so genannte Jamaika-Koalition – sondierten. Dort wurde über mehrere Wochen bis ins Detail über ein gemeinsames Programm gerungen, letztlich beendete aber die FDP mit Verweis auf die vielen offenen Konfliktpunkte die Gespräche. Obwohl zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar ist, ob es trotz der Absage der SPD an eine Große Koalition nun doch zu einer Neuauflage dieser Zusammenarbeit kommt oder ob die Wählerinnen und Wähler bald noch einmal an die Wahlurnen müssen, lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt drei Entwicklungen herausstellen, die bei dieser Bundestagswahl hinsichtlich der Regierungsbildung besonders waren: Das betrifft erstens den Umgang mit Koalitionssignalen vor der Wahl, zweitens eine Verschiebung im deutschen Parteiensystem sowie drittens neue Verfahren der Koalitionsbildung.

⁵⁶ Zum Vergleich: Die Mitgliederzahl der Partei Die Linke lag in ihrem vierten Jahr nach der Gründung (allerdings als Fusion und nicht als komplett neugegründete Partei) bei 73.658, bei Bündnis90/Grünen bei 31.078 und bei den Piraten bei 11.027 (vgl. Böhmer/Weissenbach (wie Anm. 53)).

⁵⁷ Vgl. ebd.



Mediales „Fensterln“: eine Außenaufnahme während der Verhandlungsräume der „Jamaika“-Sondierungen, hier v.l.n.r. sind zu sehen: Jürgen Trittin (Bündnis90/Die Grünen), CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt, FDP-Parteivorsitzender Christian Lindner, der stellvertretende FDP-Parteivorsitzende Wolfgang Kubicki sowie Kanzleramtsminister Peter Altmeier (CDU), Berlin, 15. November 2017.
Foto: picture alliance /Fotograf: Kay Nietfeld/dpa

Mehr Offenheit bei Koalitionssignalen

Parteien senden vor Wahlen Signale aus: Einerseits positive, mit wem sie sich eine Zusammenarbeit wünschen oder zumindest vorstellen können, und andererseits negative, welche Konstellation sie ausschließen und wen sie nicht für regierungsfähig halten.⁵⁸ Zwar zielen die Signale vorrangig nach außen auf die Wählerschaft, indem sie eine potentielle Machtperspektive für die Zeit nach der Wahl aufzeigen, doch dienen sie genauso als mobilisierende Instrumente in die Partei hinein, indem sie den Parteimitgliedern verdichtet verdeutlichen, wofür man im Wahlkampf streitet. Dabei sind Koalitionsaussagen zugleich Instrument der Parteibasis, die Parteiführungen

auf bestimmte Optionen festzulegen und deren Spielraum zu beschneiden. Parteitagsdelegierte können gezielt eine bestimmte, unbeliebte Variante ausschließen. Häufig werden entsprechende Aussagen von einem Parteitag als Teil des Wahlprogramms verabschiedet oder sie bilden einen parallelen, eigenständigen Beschluss. Sie können genauso nur vom Parteivorstand getroffen oder von den Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten vorgetragen werden. Gerade letztere sprechen in der heißen Wahlkampfphase stellvertretend für ihre Partei oder reagieren kurzfristig auf das Handeln der Mitbewerber im Parteiensystem. Mit ihrer Autorität bauen sie entweder inhaltliche Brücken oder ziehen Grenzen zu den anderen Parteien.

Best zeigt mit seiner Typologie von Koalitionssignalen darüber hinaus, dass die Signale nach ihrer Intensität variieren und zudem häufig an Bedingungen geknüpft werden (im Sinne einer konditionierten Aussage). Diese

.....
⁵⁸ Vgl. Volker Best: Koalitionssignale bei Landtagswahlen, Baden-Baden 2015.

einschränkenden Bedingungen können inhaltlicher Natur sein oder einen personellen Wechsel als Kriterium für eine Zusammenarbeit fordern.

Wie stand es nun um die Koalitionssignale im Wahlkampf vor der Bundestagswahl 2017? Tatsächlich gab es vor dieser Wahl eine ungewöhnlich offene Situation.⁵⁹ Die Parteien haben erkennbar aus den unübersichtlichen und teilweise blockierten Situationen in einigen Landtagswahlen ihre Lehren gezogen, indem sie so gut wie keine Koalitionen mehr ausschließen wollten. Die parteiübergreifende Formel dafür lautete, dass Gespräche mit allen demokratischen Parteien möglich sein müssen. Unisono wurde damit die AfD ausgeschlossen, der man eine mangelnde Abgrenzung gegenüber reaktionären und rechtsextremistischen Gedankengut und Organisationszusammenhängen vorwarf.⁶⁰ Für CDU/CSU und FDP kamen aber ebenso Gespräche mit der Linkspartei, die als linksextremistische Partei begriffen wird, nicht in Frage. Über alle anderen Konstellationen lässt sich somit zumindest sprechen, selbst wenn in der zunehmenden Wahlkampfhitze einige Bündnisoptionen rhetorisch abgekanzelt wurden: So sah FDP-Spitzenkandidat Christian Lindner zu wenig Gemeinsamkeiten für eine Ampelkoalition mit SPD und Grünen, während SPD und Linkspartei sich gegenseitig vorwarfen, ein eigentlich denkbare rot-rot-grünes Bündnis zu verhindern. Die Parteitage von FDP und Grünen eine Woche vor der Wahl hielten beide den Kurs der Offenheit bei, obwohl gerade innerhalb der Grünen aufgrund schwacher Umfrageergebnisse der Druck auf die Parteiführung zunahm, eine Absage an ein Jamaika-Bündnis zu formulieren.

Um dem Vorwurf der Beliebigkeit zu begegnen, legten die Parteien allerdings aus ihren umfangreichen Wahlprogrammen verdichtete Forderungskataloge vor, welche sie als K.O.-Kriterien oder rote Linien etikettierten. Gerade die kleinen Parteien stützten sich erkennbar auf diese Strategie, um später nicht als bloßer Mehrheitsbeschaffer diskreditiert zu werden. Bündnis 90/Die Grünen destillierten aus ihrem Programm einen „Zehn-Punkte-Plan für grünes Regieren“,

die FDP beschloss auf ihrem Parteitag eine Woche vor der Wahl zehn „Trendwenden für Deutschland“, ohne welche sie nicht in eine Regierung eintreten will. Für die CSU stand vor allem der Begriff der „Obergrenze“ im Mittelpunkt. Zusätzlich zu dem gemeinsam mit der CDU verfassten Wahlprogramm legte man einen eigenen „Bayernplan“ vor, in welchem dargelegt wurde, dass eine Regierungsbeteiligung an eine Begrenzung der Zuwanderung zu knüpfen sei.

Abschottung und Öffnung

Nicht nur gelang der AfD 2017 der Einzug in den Bundestag, sie überholte FDP, Grüne und Linkspartei und wurde drittstärkste Kraft. Erstmals seit den 1950er Jahren sind wieder sechs Fraktionen im Deutschen Bundestag vertreten. Einher geht das mit einem deutlichen Dominanzverlust von CDU/CSU und SPD, die gemeinsam von nur noch knapp über 50 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme erhielten – ein historischer Tiefstand. Die Suche nach Mehrheiten wird dadurch schwieriger.

Wie sich die AfD als Fraktion im Bundestag positioniert, muss sich noch herausstellen. Wie bereits geschildert, setzt sich die neue Partei aus unterschiedlichen Strömungen zusammen. Die parlamentarischen Vertretungen in den Landtagen verfügen über divergierende inhaltliche Profile wie Vorstellungen von der Rolle als Opposition.⁶¹ So oder so will die AfD nicht mit anderen Parteien kooperieren und auch die anderen Parteien erachten die AfD nicht als regierungsfähig. Dennoch wirkt sie sich – mit ihren fast 13 Prozent und 94 Sitzen – eben auf die Koalitionsstrategien der Etablierten aus, indem diese eine Mehrheit unabhängig von ihr organisieren müssen.

Interessanterweise ergibt sich hierdurch eine gegenläufige Bewegung, was die parlamentarische Segmentierung angeht. Einerseits steigt durch die AfD-Fraktion die Abschottung oder Segmentierung, andererseits sinkt sie wiederum durch die spürbare Annäherung von CDU, CSU, FDP und Grünen, die nun erstmals ernsthaft über eine Zusammenarbeit sprachen.

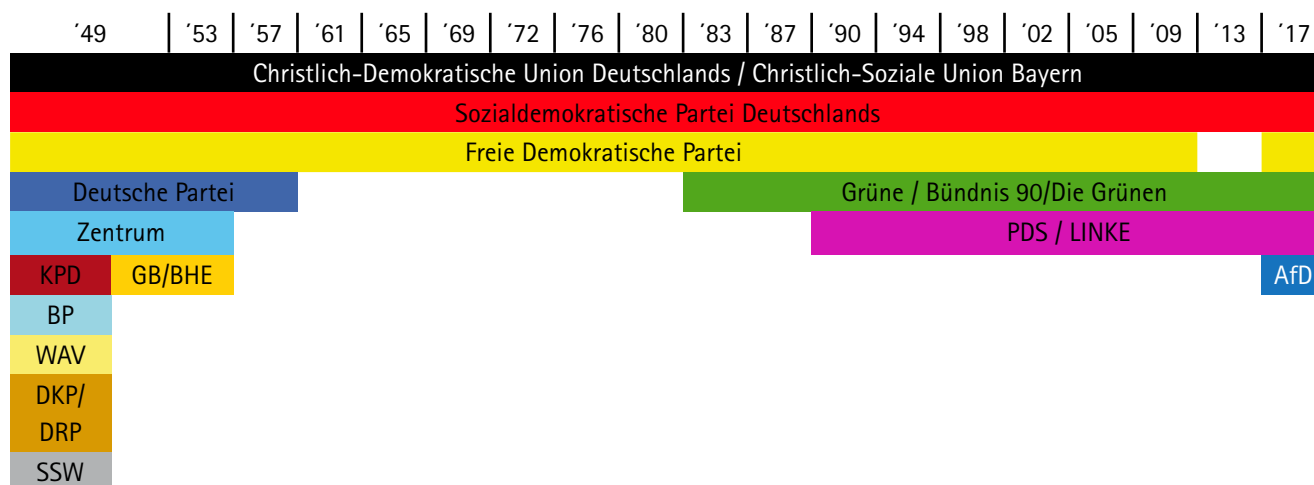
Eine wohl vor allem auf die aktuelle Wahl bezogene Besonderheit ist die deutliche Absage der SPD an eine Große Koalition, die der Spitzenkandidat Martin Schulz am Wahlabend unter Eindruck des für die Partei schockierenden Wahlergebnisses formulierte, für welche sich in der Folge aber auch viele anderen SPD-Spitzenpolitiker stark

59 Vgl. Volker Best: Von der „Ausschließeritis“ über die „Ausschweigeritis“ zur „Konditionitis“ – Koalitionssignale vor der Bundestagswahl 2017, abrufbar unter: <http://regierungsforschung.de/von-der-ausschließeritis-ueber-die-ausschweigeritis-zur-konditionitis-koalitionssignale-vor-der-bundestagswahl-2017> [Stand: 20.09.2017]

60 Vgl. CDU-Generalsekretär Peter Tauber: AfD ist eine Anti-Deutschland-Partei, abrufbar unter: <https://www.cdu.de/artikel/tauber-afd-ist-eine-anti-deutschland-partei> [Stand: 02.05.2016] oder SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel: AfD ist offen rassistisch, <https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/afd-ist-offen-rassistisch/17/02/2016/> [Stand: 17.02.2016].

61 Vgl. Wolfgang Schroeder/Bernhard Weßels/Christian Neusser/Alexander Berzel: Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten, abrufbar unter: <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2017/v17-102.pdf> [Stand: Juni 2017].

Im Bundestag vertretene Parteien 1949 – 2017



Anmerkung: KPD – Kommunistische Partei Deutschlands; BP – Bayernpartei; WAV – Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung; DKP/DRP – Deutsche Konservative Partei/Deutsche Rechtspartei; SSW – Südschleswigscher Wählerverband; GB/BHE – Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten; PDS / Linke – Partei des Demokratischen Sozialismus / Linkspartei; AfD – Alternative für Deutschland
Quelle: Daten vom Bundeswahlleiter. Eigene Darstellung

machten. Wie schon nach der Zusammenarbeit von 2005 bis 2009 fühlen sich die Sozialdemokraten abgestraft für eine Regierungsarbeit, die sie selbst als nicht erfolglos erachten und in welcher sie einige Symbolprojekte umsetzen konnten (z.B. Mindestlohn, Mietpreisbremse oder Rente mit 63). Betrachtet man die vorhandene programmatische Nähe von Union und SPD sowie die auf Länderebene bestehenden Koalitionen der beiden Parteien, so ist die Ablehnung der großen Koalition als kurzfristiger Effekt und weniger als grundsätzliche strategische Neuorientierung zu sehen. So führte der Druck des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier bereits dazu, dass sich die SPD zumindest für Gespräche mit der Union offen zeigte. Möglicherweise wäre die Tolerierung einer Minderheitsregierung für die SPD ein Mittelweg zwischen festem Bündnis und Neuwahlen.

Wie es sich bereits auf Länderebene angedeutet hat, führen die Veränderungen im Parteiensystem zu neuen Koalitionsexperimenten. Aktuell existieren 13 verschiedene Bündnisformate in den Ländern, wobei Dreierformate und lagerübergreifende Bündnisse häufiger werden.⁶² Das bedeutet zugleich eine Normalisierung, das Besondere und Ungewöhnliche schleift sich ab. Die Wähler akzeptieren zunehmend bis dato als exotisch eingestufte Formate.

⁶² Vgl. Martin Gross/Tim Niendorf: Determinanten der Bildung nicht-etablierter Koalitionen in den deutschen Bundesländern, 1990–2016: in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 11/2017, S. 365–390.

Nicht zu unterschätzen sind jedoch die Herausforderungen für Regierungsarbeit und Koalitionsmanagement. Die Abstimmung unter drei Partnern (oder vieren wie bei einer Jamaika-Bundesregierung) läuft anders als bei zwei Bündnispartnern. Gleiches gilt für das ungewohnte Experiment einer Minderheitsregierung. Die Regierung müsste in diesem Fall in erhöhtem Maße und tagesaktuell um Zustimmung im Parlament werben. Vor allem auf europäischer oder internationaler Ebene würde wohl häufig ein klares Verhandlungsmandat fehlen. Die Erfahrungen von der Länderebene zeigen, dass gerade neue Bündnisse oft vor Ende der Legislaturperiode scheiterten.

Mehr Beteiligung bei Verhandlungen

Schließlich gestaltet sich nach der Bundestagswahl 2017 der Ablauf der Gespräche und Verhandlungen anders, als wir das bislang gewohnt waren. Ohnehin existieren in Deutschland keine formalen Regeln für die Ausgestaltung von Koalitionsgesprächen, diese verlaufen vielmehr als *free style bargaining*.⁶³ Zunächst fiel diesmal die Verhandlungsgruppe deutlich größer aus, da vier Parteien ihre Delegationen entsenden. Nach zwei kurzen Treffen

⁶³ Thomas Saalfeld: Deutschland: Auswanderung der Politik aus der Verfassung? Regierungskoalitionen und Koalitionsmanagement in der Bundesrepublik, 1949–1997, in: Wolfgang C. Müller/Kaare Strøm (Hg.): Koalitionsregierungen in Westeuropa. Bildung, Arbeitsweise und Beendigung, Wien 1997, S. 47–108.

von Union mit FDP und Union mit Grünen begannen die Sondierungen in großer Runde, wobei sich zwischen- drin eine kleinere Gruppe mit zentralen Akteuren getroffen hat, um den Gesprächen neuen Schwung zu geben. Da es keine gesetzlichen Fristen für die Regierungsbildung gibt, deuteten sich langwierige Verhandlungen an – erst das Erzeugen eines künstlichen, aber notwendigen Zeit- drucks von Bundeskanzlerin Merkel, die Sondierungen bis Mitte November zu beenden, sorgten schließlich für Termindruck. Nach dem Scheitern der Sondierungen kam erstmals dem Bundespräsidenten, der mit seinem Kandidatenvorschlag den formalen Prozess der Regie- rungsbildung eröffnet, eine bedeutende Rolle zu. Er ver- deutlichtete seine Abneigung gegenüber Neuwahlen und drängte alle Akteure, sich Gesprächen nicht zu verweigern – zunächst mit Erfolg.

FDP und Grüne hätten ebenfalls als Premiere auf Bundesebene nach den Sondierungen einen Parteitag angesetzt, auf dem über die Ergebnisse der Gespräche entschieden worden wäre. Die Grünen griffen damit Erfahrungen auf, die sie bei neuen Bündnissen in den Ländern gemacht haben. Gerade die grünen Parteimit- glieder fordern Beteiligung ein und sind kritischer gegen- über ihrer Parteiführung eingestellt.⁶⁴ So konnten in Hamburg 2008 alle Parteimitglieder auf Parteiversamm- lungen über ein schwarz-grünes Bündnis mitstimmen, im Saarland wurden 2009 Regionalkonferenzen angesetzt sowie ein Parteitag, der zwischen den Optionen Rot-Rot- Grün und Jamaika auswählen sollte.⁶⁵

Auf solchen Parteitagen muss das Spitzenpersonal erkennbare Gewinne vortragen, um eine Zustimmung zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zu erhal- ten. Entsprechend ist ein Großteil der die Sondierungen begleitenden Parteikommunikation als Signal an die eigene Mitgliedschaft zu verstehen.

Schließlich planten FDP und Grüne ein mögliches Ergebnis der Koalitionsverhandlungen allen ihren Par- teimitgliedern in einem Mitgliederentscheid vorzule- gen. Bündnis 90/Die Grünen, die bei ihrer Parteigrün- dung noch die Basisdemokratie als ein Grundprinzip festschrieben, haben vor der Bundestagswahl 2013 und wieder 2017 Urwahlen zur Aufstellung ihrer Spitzenkan- didaten durchgeführt – beide erzielten hohe Beteiligungs-

raten. Es war allerdings die SPD, die nach der Wahl 2013 erstmals auf Bundesebene einen Mitgliederentscheid über den Eintritt in eine Große Koalition ansetzte.⁶⁶ Da der ausgehandelte Koalitionsvertrag durchaus sozialdemokra- tische „Herzensthemen“ beinhaltet und sich die gesamte Parteispitze für die Große Koalition stark machte, sprach sich damals die große Mehrheit der Partei für die Regie- rungsbeteiligung aus. Auf die gleiche Strategie setzt Mar- tin Schulz auch nach der Wahl 2017. Seine vorsichtige Öffnung für Gespräche verband er mit der Ansage, eine mögliche Koalitionsvereinbarung in jedem Fall wieder die ganzen Partei zur Abstimmung vorzulegen.

Das Scheitern der Jamaika-Verhandlungen

Die Rahmenbedingungen für eine erste Jamaika-Koa- lition auf Bundesebene waren alles andere als schlecht. Die Parteien hatten ein solches Bündnis vor der Wahl nicht ausgeschlossen und die Sondierungen kamen nicht als große Überraschung für die Wählerinnen und Wähler daher. Die FDP fühlte sich durch die gelungene Rück- kehr in den Bundestag gestärkt, die Grünen deuteten ihr einige Prozentpunkte über den schwachen Umfragen lie- gendes Ergebnis als Erfolg. Für alle Akteure galt es natur- gemäß, ihre programmatischen Ziele sinnvoll in ein Pro- gramm für eine Regierung zu überführen.

Es zeigte sich aber, dass einige andere Punkte die Son- dierungen erschwerten und wohl letztlich zum Scheitern beitrugen: Eine mit ihrem Wahlergebnis unzufriedene und durch die Konkurrenz der AfD unter Druck gesetzte Union konnte nur bedingt Zugeständnisse an Liberale und Grüne machen, zumal auch die beiden kleinen Par- teien in einigen Bereichen in sehr gegensätzliche Richtun- gen zogen. Die Liberalen haben die letzte schwarz-gelbe Bundesregierung in keiner guten Erinnerung – gut mög- lich, dass ihnen eine Regierungsbeteiligung zu früh kam. Bei den Grünen hingegen musste die Parteiführung den Mitgliedern den Sprung über den Lagergraben schmack- haft machen. Der linke Flügel der Partei, der vor allem auf Fragen der sozialen Gerechtigkeit setzt, begleitete die Gespräche mit wenig Sympathie und kritischen Kom- mentaren.

Rechnerisch bleibt damit die Option einer Weiterfüh- rung der Großen Koalition aus CDU, CSU und SPD oder die erste Minderheitsregierung auf Bundesebene. Einige Vertreter der SPD stellten in Aussicht, eine Min-

64 Vgl. Niko Switek: Bündnis 90/Die Grünen: Zur Entscheidungsmacht grü- ner Bundesparteitage, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft (Sonderband 2012), S. 121–154.

65 Vgl. Niko Switek: Bündnis 90/Die Grünen. Koalitionsentscheidungen in den Ländern, Baden-Baden 2015.

66 Vgl. Nicolai Dose: Innerparteiliche Demokratie: Der Mitgliederentscheid bei der SPD, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 4/2014, S. 519–527.



Bundespräsident Steinmeier appelliert nach dem Scheitern der Koalitionssondierungen an die politischen Verantwortungsträger, eine gangbare Regierungskonstellation zu finden, Berlin, 20. November 2017.

Foto: picture alliance/ZUMA Press/Fotograf: Simone Kuhlmei

derheitsregierung unter Umständen tolerieren zu wollen. Unklar bleibt aber, ob die in Union in einem solchen Falle alleine, zusammen mit der FDP oder den Grünen regieren würde.

Als letzte Möglichkeit blieben Neuwahlen, die Bundespräsident Steinmeier allerdings bislang ablehnt. Dem Bundespräsidenten kommt nach der Bundestagswahl 2017 zum ersten Mal die bedeutende Rolle als Makler bei der Regierungsbildung zu, die ihm die Verfassung als Reservemacht zuschreibt. Seiner Ansicht nach sind die Parteien in der Pflicht, sich auf eine Regierung zu verständigen, und Steinmeier hält die Rückgabe dieser Entscheidung an die Wählerinnen und Wähler für den falschen Weg. Einen ersten Erfolg hat er bereits erzielt, indem er Martin Schulz von seinem kategorischen Nein zu einer Großen Koalition abgebracht hat. Ohnehin ist er mit seiner (ruhenden) SPD-Parteimitgliedschaft der richtige Mann, um auch andere Akteure in der Partei zu überzeugen. Er ist es, der mit seinem Vorschlag für eine Kandidatin oder Kandidaten den formalen Prozess der Regierungsbildung anstößt und er ist es, der im Falle einer nur einfachen Mehrheit ultimativ über die Frage Minderheitsregierung oder Neuwahlen entscheidet.

Fazit: Viel zu erforschen

Die Bundestagswahl 2017 wird der Forschung viel Arbeit bescheren. Zwar ist der Ausgang der Regierungsbildung auch nach über zehn Wochen noch offen [Stand: 01.12.2017], doch schon die oben beschriebenen Aspekte versprechen bereits interessante Erkenntnisse. Unbestritten ist der starke Einfluss der AfD auf diese Wahl. Die Partei war durch ihre starke Polarisierung mit dafür verantwortlich, dass Wahlkampf und Wahl 2017 wieder stärker politisiert waren. Zweifelsohne war das ein Grund, der letztlich mit zu einer Steigerung der Wahlbeteiligung führte. Waren wir bislang verwöhnt, was die Regierungsbildung angeht, sehen wir uns diesmal mit einer neuen und ungewohnten Situation konfrontiert. Viele europäische Nachbarn reiben sich verwundert die Augen, über die Ereignisse nach der Wahl im ansonsten so stabilitätsfixierten Deutschland. Der weitere Weg ist unklar, aber die Verfassung formuliert in kluger Voraussicht durchaus Regeln, wie hiermit umzugehen ist. Die geschäftsführende Regierung arbeitet weiter. Selbst Neuwahlen wären ein Novum, bedeuten aber für die stabile deutsche Demokratie keine Krise. In diesem Sinne stehen in der Wahlnachlese viele offene Fragen und Forschungslücken, aber andererseits auch die Analyse längerfristiger Entwicklungen im Raum. ▀

Eine soziale Plastik, die Lebensräume schafft: Das Grandhotel Cosmopolis in Augsburg



Alle Fotos, sofern nicht anders gekennzeichnet: LZ

Im Frühjahr 2017 präsentierte die Landeszentrale ihre neue Webseite „Auf der Suche und unterwegs“ im Augsburger Grandhotel Cosmopolis. Im Sinne des Grandhotels ist es ein Ort der Begegnung, für Menschen, die der integrierten Flüchtlingsunterkunft von der Landesregierung zugeteilt wurden, für Gäste in 16 von Expert*innen individuell gestalteten Hotel- und Hostelzimmern, für Reisende aller Art. Es ist aber auch kosmopolitisch organisierter Küchenbetrieb, interkultureller und intergenerationeller Treffpunkt in der Café-Bar sowie Bühne für künstlerische Ausdrucksformen. Das Konzept, bei dem seit 2014 Geflüchtete mit Hotelgästen unter einem Dach leben, erklären die Gründungsmitglieder Stef Maldener und Susa Gunzler-Sattler im Interview.

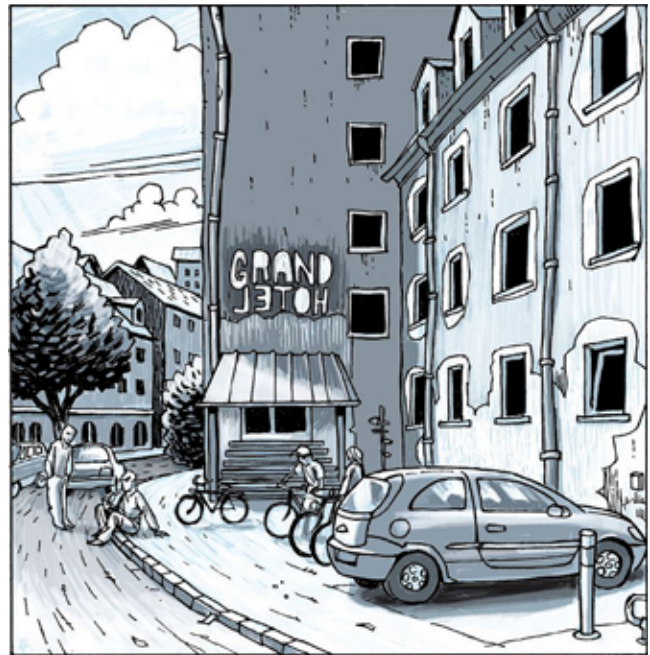
LZ: Das „Grandhotel Cosmopolis“ in Augsburg wurde zum „ungewöhnlichsten Hotel Deutschlands“ (SZ) erklärt. Was macht das Hotel so besonders?

Grandhotel Cosmopolis: Das Grandhotel Cosmopolis ist ein Ort, an dem Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenkommen. Es ist kein gewöhnliches Hotel, sondern verbindet eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber mit Künstlerateliers und ergänzt diese mit gastronomischen und kulturellen Angeboten, aber auch mit konkreten Unterstützungsangeboten zum Asylverfahren. Hier können sich „Gäste mit und ohne Asyl“ begegnen. Darin liegt die Besonderheit des Grandhotels. Es soll die Utopie eines offenen Miteinanders auf Augenhöhe und ohne Unterschiede verwirklichen. Alle Gäste sollen Teil einer sozialen Plastik werden. So kann jeder zum „Hotelier“ werden.

LZ: Was war der Anstoß für Sie und die anderen Gründer, solch ein Projekt anzugehen?

Grandhotel Cosmopolis: Wir wollten Künstlern temporäre Räume zur Verfügung stellen. Dabei haben wir von Anfang an die Idee verfolgt, Ateliers und Hotel mit dem Thema Asyl zu verbinden. Da dieses Gebäude - wegen seiner ursprünglichen Konzeption als Altenheim - ausreichend Platz bot, war unser Interesse daran schnell geweckt. Als es dann hieß, dass hier Geflüchtete untergebracht werden sollten, war für uns klar: Hier sind wir richtig. Viele Künstler hatten ohnehin bereits zuvor persönliche Kontakte zu Geflüchteten aufgebaut.

LZ: In ihrem Konzeptpapier vom November 2011 schrieben Sie, mit Blick auf die Nutzung des Paul-Gerhardt-Hauses als Flüchtlingsunterkunft: »Das Umfeld fürchtet dadurch



Alle Comic-Bilder stammen aus: Geschichten aus dem Grandhotel, Augsburg 2016, hier S. 8.

eine Abwertung des Viertels«. Wurde das Konzept inzwischen angenommen?

Grandhotel Cosmopolis: Uns war von Anfang an bewusst, dass es bei den Nachbarn Bedenken geben wird und wir sie kontinuierlich einbeziehen müssen. Daher haben wir das Gespräch mit den Leuten gesucht, sie über alle Abläufe informiert und sie eingeladen, sich selbst ein Bild zu machen. Die Kontaktaufnahme war vielfältig: durch Postkarten mit allgemeinen, aber trotzdem wichtigen Infos, durch das persönliche Gespräch zwischen Tür und Angel oder mit Veranstaltungen im Grandhotel. Eine



Im Foyer des Grandhotels

gute Beziehung ergibt sich nicht durch ein paar Infoabende, sondern nur in einem längeren Prozess. Bereits unsere Auftaktveranstaltung war sehr gut frequentiert. Man spürte das Bedürfnis der Menschen zu erfahren, was sich durch die Gemeinschaftsunterkunft verändern würde. Dennoch gab es in einem Fall konkrete Bedenken, ob die Gegend durch die Gemeinschaftsunterkunft nicht unsicherer werden würde. Insgesamt waren die Menschen aber dem Projekt gegenüber sehr aufgeschlossen.

LZ: Solch ein Projekt erwartet man eher in einer großen Trendmetropole wie Berlin und nicht unbedingt in Augsburg. War die Ortswahl bewusst oder einfach einer lokalen Verwurzelung der Gründer geschuldet?

Grandhotel Cosmopolis: Prinzipiell ist so ein Projekt überall möglich, weil es vom sozialen Engagement der Beteiligten abhängt. Gleichzeitig muss man sich auch an die örtlichen Gegebenheiten anpassen. Und dabei ist es natürlich von Vorteil, wenn man selbst aus dem betreffenden Ort kommt und das Umfeld sowie die Gesellschaft vor Ort kennt. Man ist dadurch nicht auf Vermittler angewiesen.

Wir hatten viele Besuche und Anfragen über unser Projekt, vor allem aus ländlichen Gegenden. Das Grandhotel ist zum Vorbild für viele ähnliche Projekte geworden, angepasst an die lokalen Unterschiede. Doch nicht überall klappt es. In Berlin gibt es beispielsweise den „Campus Cosmopolis“, der aus der Idee des Grandhotels



Bild aus: „Geschichten aus dem Grandhotel“, Augsburg 2016, S. 60.

hervorgegangen ist. Mehrere Initiatoren hatten bei uns ein Praktikum gemacht und haben dann das Projekt in Berlin gestartet. Der Campus arbeitet in einem Umfeld, das von einem hohen Konkurrenzdruck geprägt ist. Das Miteinander der lokalen Aktivisten wird mehr durch kritische Diskussionen, als durch Zusammenarbeit geprägt.

LZ: Was waren die großen Herausforderungen bei der Verwirklichung des Projekts?

Grandhotel Cosmopolis: Zunächst einmal ging es um die Finanzierung und die Umgestaltung der Räume, damit diese den Anforderungen einer Gemeinschaftsunterkunft entsprechen. 2011 waren wir beim Projektstart eine Gruppe von ungefähr 20 Personen. Um das Gebäude überhaupt so weit umzugestalten, dass es sowohl unserem Konzept, aber auch den Vorgaben einer Gemeinschaftsunterkunft entsprach, haben wir zusammen mit einer großen Zahl an Helferinnen und Helfern 100.000 freiwillige Stunden in das heutige Grandhotel gesteckt und hierfür regelmäßig Helfertage organisiert.



Trotzdem ist die fortlaufende Finanzierung weiterhin ein Thema. Das Grandhotel trägt sich im Großen und Ganzen selbst. Von Vorteil ist, dass das Hotel aus mehreren Betrieben besteht. Hotel und Bar werden nach den Grundsätzen „Zahle, so viel du kannst und willst“ geführt. Bei den Zimmern verlangen wir Mindestpreise, die zumindest die laufenden Kosten decken. Alles, was darüber preislich möglich ist, liegt im Ermessen des Gastes. Auch an unserer Bar haben wir Preisrichtlinien, wobei dort kein Zwang herrscht, der Gast gibt, so viel er kann bzw. er will. Zur Orientierung findet man ein dreistufiges System: Der erste Preis deckt die Kosten, der zweite wäre die allgemein übliche Summe und die dritte Angabe trägt den Titel „Zukunft“. Wer diesen Betrag zahlt, investiert in die Zukunft des Grandhotels.

Zusätzliche Gelder erhielten wir in der Zwischenzeit durch Spenden, wir arbeiten an weiteren Förderungen und kooperieren mit verschiedenen Institutionen. Wir hatten das Glück, unser Projekt zu einer Zeit zu initiieren, in der das gesellschaftliche Klima sehr positiv gegenüber solchen Initiativen war. Jetzt sind die Spenden eher rückläufig. Förderungen sind indes eher ein zweischneidiges Schwert, man kommt nur in ihren Genuss, wenn man innovativ ist und sich fortentwickelt, wir haben aber zusätzlich einen laufenden Betrieb, der aufrechterhalten werden muss.

LZ: Wer trägt alles zum Projekt bei?

Grandhotel Cosmopolis: Das Projekt wurde von ca. 20 Mitgliedern gegründet. Auch heute noch kann das Grandhotel auf einen Stamm von 15 - 20 Personen zu-



Bild aus: „Geschichten aus dem Grandhotel“, Augsburg 2016, S. 61

rückgreifen. Natürlich gab es auch hier in der Zwischenzeit personelle Veränderungen. Das Cosmopolis steht jedem offen. Zu dem bestehenden Stamm gesellen sich regelmäßig - auch zu festen Tagen - Freiwillige aus der ganzen Stadt und der Region. Neben den ehrenamtlichen Kräften werden auch Personen beschäftigt. Derzeit gibt es 16 Arbeitsverträge, die vom Minijob bis zur Vollzeitstelle reichen. Die Leistungen der Freiwilligen sind von großer Bedeutung. Ohne diese wäre der Traum vom Grandhotel ohnehin nicht verwirklicht gewesen.

LZ: Abgesehen von den Asylbewerbern, wer sind die Besucher ihres Hotels?

Grandhotel Cosmopolis: Unabhängig davon, ob mit dem Stigma des Flüchtlings oder ohne, wird das Grandhotel von Menschen aus allen möglichen Gesellschafts- und Bildungsschichten und Ländern frequentiert. Grundsätzlich steht das Haus jedem offen. Alle lassen sich von diesem besonderen Ort inspirieren.



LZ: Sind das eher Einzelpersonen oder Familien und woher kommen sie?

Grandhotel Cosmopolis: Unsere Gäste, auch viele „Hotellers“, kommen aus den unterschiedlichsten Staaten. Die Bandbreite der Herkunftsländer reicht dabei einerseits von Afghanistan über den Senegal bis Myanmar/Burma, andererseits von Israel oder Venezuela bis in die USA. Das hat sich über die Jahre jedoch stark verändert. In der Anfangszeit des Hotels hatten wir vier bis fünf tschetschenische Familien, heute kommen die Gäste eher aus afrikanischen Ländern.



Bild aus: „Geschichten aus dem Grandhotel“, Augsburg 2016, S.31

Ein wichtiger Punkt ist, dass es nicht „den“ Geflüchteten gibt. Die Menschen und ihre Beweggründe zur Flucht sind zu unterschiedlich. Die Intensität der Fluchterlebnisse ist ebenfalls von Mensch zu Mensch verschieden.

LZ: Bekanntermaßen gibt es in vielen Asylbewerberheimen Probleme und Konflikte, vor allem in den Sammelunterkünften. Ist dies bei Ihnen genauso oder macht die Unterbringung da einen entscheidenden Unterschied?

Grandhotel Cosmopolis: Es ist doch klar, dass man in einem „Heim“ kein Zuhause finden kann, das kann nur eine vorübergehende Lösung sein. Das ist auch ein Widerspruch für uns: Wir sind eigentlich grundsätzlich gegen Sammelunterkünfte. Aber sie sind nun mal da, und wir versuchen, alles dafür zu tun, dass die Menschen hier in Würde und in den Bereichen, die nicht staatlich eingeschränkt sind, in Selbstbestimmung leben können. Wir arbeiten eng mit dem Heimleiter und der Asylsozialberatung zusammen, um überflüssige Steine in einem ohnehin schwierigen Umfeld für Asylbewerber aus dem



Gemeinsames Essen

Bild: <http://grandhotel-cosmopolis.org/de/mitmachen/> [zuletzt aufgerufen am: 14.09.2017]

Weg zu räumen. „Wir“, das sind nicht nur Wohlstandskinder, sondern auch Leute, die selber Fluchterfahrungen gemacht haben und nun zum festen Stamm gehören.

Die Bewohnerinnen und Bewohner reagieren unterschiedlich auf die Situation im Grandhotel. Unterschiede lassen sich oftmals damit erklären, ob jemand vorher in einer städtischen oder ländlichen Umgebung gelebt hat. Während solche, die vorher in Städten lebten, sich meistens leichter dem Konzept des Grandhotels öffnen, haben Geflüchtete, die aus integren dörflichen Familien kommen, oftmals Schwierigkeiten beim Ankommen. Auch die Idee des Grandhotels an sich kann dem Einen näher liegen als dem Anderen. Jemand, der in seinem Heimatland in der Aktivistenszene tätig war, öffnet sich dem Konzept des Cosmopolis leichter. Auch Themen wie „Upcycling“ – alle Hotelzimmer sind mit upgecyclten Möbeln aus Wohnungsaufösungen eingerichtet – können Brücken schlagen. Jemand, der aus einem wirtschaftlich prekären Land stammt, will davon aber vielleicht nichts wissen.

LZ: Sie sprachen bereits von einem reichhaltigen Angebot. Was erwartet die Gäste im Grandhotel?

Grandhotel Cosmopolis: Unseren „Gast ohne Asyl“ erwarten zwölf individuell von Künstlern gestaltete Doppelzimmer mit Waschgelegenheit und weitere Vier-Bett-Zimmer. Im Grandhotel hat der Einzelne mit seinen unterschiedlichen Vorstellungen und Erwartungen die Möglichkeit sich inspirieren zu lassen und dadurch die Welt zu verändern.

Es gibt laufend Projekte, die offen sind für alle. Beispielsweise finden gerade regelmäßige Drachenbau-Workshops statt. Im Oktober werden dann alle Drachen beim „Gudi-paran Bazi“, einer traditionellen afghanischen Herbstveranstaltung, fliegen gelassen. Es ist ein Fest für alle.

LZ: Wie sehen Sie die Zukunft des Hotels und planen Sie, weitere Angebote für die Gäste einzuführen?

Grandhotel Cosmopolis: Wir bieten eine Vielzahl kultureller Veranstaltungen, v.a. Lesungen und Konzerte an, ebenso Workshops zu unterschiedlichen Themen. Dazu kooperieren wir auch mit ähnlich gesinnten Institutionen wie Stiftungen und Akademien.

Einen Export unseres Modells in andere Städte sehen wir eher problematisch, da wir mit 20-25 Leuten nicht grenzenlos expandieren können. Die Räumlichkeiten würde es vielleicht geben, aber wir müssten den jeweiligen Ort erst kennenlernen, interagieren und uns einbringen. Es existieren ja bereits ähnliche Projekte in anderen Städten, die wir auch aufmerksam und freundschaftlich verfolgen.

LZ: Danke für das Gespräch.

Das Interview führten Monika Franz, Uta Löhner, Maria Bäuml. ▲

Geformt aus Lehm und Sand – eine Zwischenbilanz zur postkolonialen Situation Malis

Ein Essay von Oliver Heiss



Spielende Kinder auf der Straße
Alle Fotos: Oliver Heiss

Timbuktu. Bis vor einem halben Jahrzehnt war der Name dieser Wüstenstadt ein mythischer Sehnsuchtsort einer reichen Handels- und Wissenschaftsmetropole am südlichen Rand der Sahara im heutigen Mali. Seit 2012 erlangte der Städte-Dreiklang „Timbuktu, Kidal, Gao“ eine ganz andere, traurige Berühmtheit.

Zu diesem Zeitpunkt formte sich die „Nationale Bewegung für die Befreiung des Azawad“ (MNLA), eine Rebellion gegen die malische Regierung, deren Ziel die Unabhängigkeit des „Azawad“-Gebietes im Norden Malis ist. Am 21. März 2012 putschte das Militär, was zum Sturz der Regierung des Präsidenten Amadou Toumani Touré führte. Ab Juni 2012 geriet die MNLA in Konflikt mit den islamistischen Gruppierungen „Ansar Dine“ und der „Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika“ (MUJAO), nachdem diese mit der zwangsweisen Einführung der Scharia in Azawad begonnen hatten.

Wenige Monate später, im Januar 2013 sah man sich in Mali mit der Gefahr konfrontiert, dass die Armee auseinanderbrechen könnte. Konsequenz eines möglichen Kollapses der malischen Streitkräfte war, dass es den radikalislamistischen Gruppierungen möglich gewesen wäre, bis in die Hauptstadt Bamako durchzumarschieren.

Diese Situation veranlasste Frankreich dazu, dem Staat Mali militärische Unterstützung zukommen zu lassen. Ende Januar 2013 eroberten französische und malische Truppen mehrere, von den radikalislamistischen Gruppen besetzte Städte zurück, darunter die strategisch wichtigen Städte Gao und Timbuktu. Zur gleichen Zeit verstärkten mehrere westafrikanische Staaten der „Economic Community of West African States“ (ECOWAS), die im Rahmen der Operation „African-led International Support Mission to Mali“ (AFISMA) Truppen zur Verfügung gestellt hatten, ihre Kontingente. Ebenso beschloss der Deutsche Bundestag eine Beteiligung an der Mission „AFISMA“ durch die Bundeswehr. Die Beteiligung hält bis heute an und wurde stetig ausgebaut.

Wie konnte es in einem Land, das lange Jahre als westafrikanisches Musterland für die Einführung demokratischer Strukturen galt und proklamiert wurde, zu einer solchen Entwicklung kommen? Welche kulturellen Veränderungen sind im Lande bereits ablesbar? Führen diese Veränderungen lediglich zu einem Verlust von Kulturgut, oder stecken - ohne zynisch klingen zu wollen – in diesen Prozessen auch Zukunftspotenziale? Mit diesen Fragen möchte sich der vorliegende Text beschäftigen.

Zur Historie

Die Grenzen des Staatskonstruktes, das wir als „Mali“ bezeichnen, sind im Wesentlichen das Ergebnis französischer Kolonialpolitik. Aus dem „Soudan Français“, einer der sieben Kolonien Französisch-Westafrikas, wurden im Zuge der Dekolonisation die heutigen Staatsgrenzen festgelegt. Diese Grenzen haben mit ethnischen Räumen wenig bis gar nichts zu tun.



Heute setzt sich die Bevölkerung Malis aus rund 30 verschiedenen Ethnien, Sprachen und Kulturen zusammen, die sich aber auch in den sieben benachbarten Nationen Malis finden lassen. Das Land ist ca. 1,24 Mio km² – und damit ungefähr dreieinhalb Mal so groß wie Deutschland.¹ Der Norden des Landes, sowie die südlich angrenzende Sahelzone umfassen ca. 60 Prozent der Fläche des Staates Mali. 1992 einigte man sich darauf, dieses Gebiet, in dem die Städte Gao, Timbuktu und Kidal liegen, „Azawad“ zu nennen. Die Einwohnerzahl beträgt rund 18,69 Mio. Menschen.² Mit rund 500.000 Binnen- und 150.000 Flüchtlingen migrieren aktuell 3,5 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes.³ Nachdem der Norden, in dem die kriegsrischen Unruhen seit mehr als fünf Jahren stattfinden, im Vergleich zum Süden deutlich weniger dicht besiedelt ist, dürfte der Anteil auf die Region „Azawad“ bezogen deutlich höher liegen.

- 1 <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Laender/Mali.html> [Stand: 01.11.2017].
- 2 <https://esa.un.org/unpd/wpp/DataQuery/> [Stand: 02.11.2017].
- 3 <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/58771.pdf> [Stand: 01.11.2017].

Die Besiedelung der Region des heutigen Mali reicht etwa 150.000 Jahre zurück. Im Nordosten des Landes konnten Forscher aus Mali und der Schweiz 2009 die ältesten derzeit nachweisbaren afrikanischen Keramiken finden. Diese stammen aus einer Zeit um ca. 9.400 Jahren vor unserer Zeitrechnung.⁴

Westafrikanische Königreiche

Erstaunlich ist, zu welchem Zeitpunkt sich in dieser Region hocheffiziente, stark hierarchisierte Königreiche bilden und mit großem Erfolg halten konnten. Im Grenzgebiet des heutigen Mauretanien und Malis gründeten aus der Sahara eingewanderte Berber im 4. und 5. Jahrhundert das älteste sudanische Staatswesen, das Reich Ghana. Die muslimisch geprägte Hauptstadt war bis 1230 Koumbi Saleh. Samangaru Kante, Herrscher des Reiches Ghana, wurde 1230 durch den malischen König Sundjata Keita besiegt, was dazu führte, dass das Reich Ghana im Reich Mali aufging.

Dieses gilt als das bedeutendste mittelalterliche Reich in Westafrika. Sundiata Keita, der erste Herrscher des Königreichs Mali, soll der traditionellen mündlichen Überlieferung zufolge 1222 feierlich in Kurukun Fuga die Charta von Manden ausgerufen haben. Diese besteht aus sieben Abschnitten und definiert grundlegende Rechte wie Gleichheit und die Unantastbarkeit menschlichen Lebens, Regeln für die soziale Organisation und das friedliche Zusammenleben in seinem Reich durchzusetzen. Die UNESCO nahm die Manden-Charta 2009 in den Katalog des UNESCO-Kulturerbes auf.

Seine größte Blüte und Ausdehnung erreichte das Reich Mali Mitte des 14. Jahrhunderts unter der Herrschaft von Kankan Moussa bzw. Mansa Moussa (1312-1337). Kankan Mansa Moussa reiste mit einem mehrere tausend Menschen zählenden Gefolge und mit großen Mengen Gold nach Mekka. Er investierte derart großzügig, dass er dadurch eine zwölfjährige Goldinflation in Ägypten bewirkte.

Auf dem Rückweg wurde er von dem Dichter und Baumeister Abu Es Haq es Saheli begleitet, der im Auftrag des Herrschers neue Moscheen in Nordafrika errichten sollte. Vermutlich entwickelte sich seit dieser Zeit in den Handelsstädten des westlichen Sudan der Baustil der sogenannten „Sudangotik“. Diese Form der Lehmarchitektur kombiniert traditionelle Elemente der schwarzafrikanisch vernalukärer Architektur mit nordafrikanisch-saharischen Stilelementen. Kankan Mansa Moussa stiftete in Timbuktu die

Djinger-ber-Moschee, und damit, da in den Moscheen von den geistigen Eliten auch unterrichtet wurde, erste universitätsähnliche Einrichtungen. Dadurch begann der Aufstieg Timbuktus nicht allein als Handels-, sondern auch als Wissenschaftszentrum im Süden der Sahara.

Mit dem Niedergang des Reiches Mali, der wohl hauptsächlich auf dynastische Konflikte zurückzuführen ist, gewannen die Tuareg gegen Ende des 14. Jahrhunderts die Herrschaft über Timbuktu.

Das dritte sudanische Großreich war das der Songhay, das ab dem Ende des 14. bis ins 17. Jahrhundert die Nachfolge Malis antrat. Es entwickelte sich im nordöstlichen Teil des Nigerbogens im Raum Gao. Als einer der Endpunkte des transsaharischen Handels hatte Gao bereits ab dem 9. Jahrhundert eine strategisch wichtige Funktion als Handelsplatz. Diese Vorherrschaft endete durch einen Feldzug Marokkos, das Gao und Timbuktu eroberte und den Gold- und Salzhandel für kurze Zeit kontrollierte. Die in der Folge entstehenden Kleinreiche partizipierten immer weniger am Transsaharahandel, der sich ostwärts verlagerte.

Es ist erstaunlich, welche Großreiche über eine Dauer von zwei bis zu sieben Jahrhunderten Westafrika existierten. Zu dieser Zeit einte das christliche Westeuropa das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, das flächenmäßig deutlich kleiner war, als z.B. das Mali-Reich.

Bemerkenswert ist die nahezu parallele Entstehung der Magna Charta 1215 in England und der Charta von Manden in Kurukun Fuga 1222. Erstaunlich ist allerdings, dass die Magna Charta im Wesentlichen Rechte der „Freien Bürger“ und damit des Adels schützte, während die Manden-Charta tatsächlich menschliche Grundrechte sicherte.

Möglicherweise wurde in den westafrikanischen Vielvölkerstaaten eine durch einen gemäßigten Islam und die damit verbundene Toleranz vielfältige kulturelle Landschaft ermöglicht: Hier wurde nicht restriktiv missioniert, sondern auch kultureller Austausch und eine damit verbundene Entwicklung zumindest zugelassen.

Kolonisierung

Mit der Entdeckung der Seeroute um Afrika nach Indien durch Vasco da Gama wurde das Handelsmonopol der Venezianer, Osmanen, Araber, Perser und Inder, die vom Zwischenhandel auf der Landroute und über das Mittelmeer profitierten, beendet.

Mit der Entdeckung und Kolonisierung Nordamerikas betrieben mit dem beginnenden 16. Jahrhundert insbesondere Briten, Brandenburger, Dänen, Franzosen, Niederländer, Portugiesen und Schweden den für sie lukrativen Skla-

.....
⁴ <http://www.slsa.ch/projekte/laufende-projekte/mali/> [Stand 28.10.2017].

venhandel mit der „Neuen Welt“. In den ca. 350 Jahren des transatlantischen Sklavenhandels sollen bis zu 40 Millionen Menschen verschleppt und versklavt worden sein.

Mit der beginnenden Industriellen Revolution gewann Afrika für die europäischen Nationen unter zwei Gesichtspunkten erneut an Bedeutung: zum einen als Rohstofflieferant bzw. -quelle und zum anderen als Absatzmarkt. Mit dem „Wettlauf um Afrika“ wird vor diesem Hintergrund die imperialistische Erschließung Afrikas in Form von Kolonialstaaten bezeichnet. Während Großbritannien versuchte Afrika von Nord nach Süd zu kolonisieren, unternahm Frankreich den Versuch der Kolonisierung von West nach Ost. Nach der Machtsicherung über Ägypten 1879 durch Frankreich und England und damit der Nutzungsmöglichkeit des gerade fertig gestellten Suez-Kanals zwischen dem Mittelmeer und dem Roten Meer wurden mit der Kongokonferenz 1884/85 in Berlin von den europäischen Kolonialstaaten Regeln für die Annexion afrikanischer Gebiete und entsprechender Grenzziehungen festgelegt.

Die Forschungsmissionen des 19. Jahrhunderts von Mungo Park, David Livingstone, René Caillié, Heinrich Barth ins „Innere Afrikas“, in diesem Falle Westafrikas und des Nigerbogens, dienten sicherlich der Kartografie, der Rohstofferkundung und der Sammlung ethnografischer Grundlagen um damit Grenzziehungen vornehmen, Infrastrukturen planen, existente Transitrouten beurteilen, Rohstoffressourcen ermitteln und etwaige Widerstände bzw. unterstützende gesellschaftliche Gruppen identifizieren zu können. Kenntnisse der lokalen und regionalen Macht- und Gesellschaftsstrukturen waren nicht zuletzt notwendig, um ein funktionierendes und stabiles Macht- und Verwaltungssystem aufbauen zu können.

Die Einführung dieser streng hierarchischen Strukturen mit kapitalistischer Prägung wurde nach europäischem Vorbild den afrikanischen Strukturen bei Einsatz von möglichst wenig europäischem Personal übergestülpt und mit militärischer Macht durchgesetzt. Die annektierten Länder und ihre Rohstoffe wurden in der Folge entsprechend ausgebeutet.

Dekolonisierung und Staatsgründung

Von 1895 bis 1958 existierte unter dem Titel „Französisch-Westafrika“ die Föderation französischer Kolonien in Westafrika. Sie umfasste die Territorien von Obersenegal und Niger, Senegal, Mauretanien, Französisch-Sudan (dem heutigen Mali), Guinea, Dahomey sowie der Elfenbeinküste. Nach dem französischen Verfassungsreferendum vom 4. Oktober 1958 wurde die „*République Souda-*

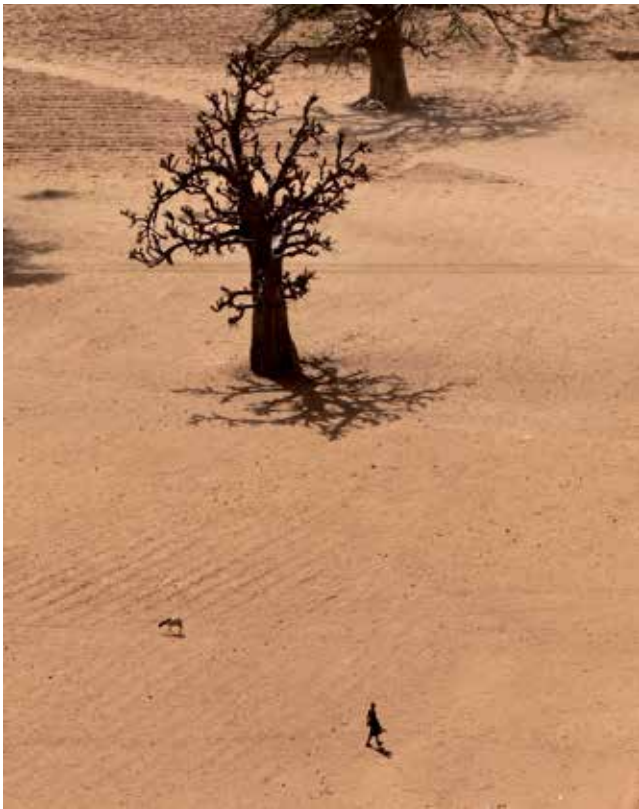
naise“ Mitglied der französischen Gemeinschaft. Am 25. November 1958 erlangte die ehemalige Kolonie interne Unabhängigkeit. Am 4. April 1959 wurde Französisch-Sudan mit Senegal zur Mali-Föderation zusammengefasst, die am 20. Juni 1960 innerhalb der französischen Gemeinschaft endgültig unabhängig wurde. Die Föderation brach am 20. August 1960 auseinander, als Senegal sich von ihr trennte. Am 22. September 1960 wurde im ehemaligen Französisch-Sudan die Republik Mali proklamiert, die aus der französischen Gemeinschaft austrat. Die sozialistische Regierung unter Modibo Keita suchte die Nähe zur Sowjetunion und zu China. Die stetig größer werdende Verschuldung, eine daraus resultierende Wirtschaftskrise Malis und der repressive Politikstil der Einheitspartei führten 1968 zu einem Militärputsch durch Leutnant Moussa Traoré. Traoré wurde Vorsitzender der Militärjunta und somit Staatsoberhaupt. 1974 proklamierte er eine neue Verfassung für die „Zweite Republik“. Nach langer Einparteienherrschaft entstanden 1990 neue Oppositionsgruppen, die Traorés Regime herausforderten. Dies führte 1991 zu einem weiteren Militärputsch, der die Herrschaft Traorés beendete. General Amadou Toumani Touré wurde Übergangspräsident und führte mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung und der Etablierung eines demokratischen Mehrparteienstaates Mali in die Demokratie. Bis zum Putsch im Jahr 2012 war Mali in der Folge vergleichsweise stabil. Die 2013 durchgeführten Präsidentschaftswahlen konnte Ibrahim Boubacar Keita (IBK) als Kandidat der sozialistischen Partei Rassemblement pour le Mali (Bewegung für Mali) mit knapper Mehrheit für sich entscheiden.

Wirtschaftslage

Mali gehört entsprechend der Indikatoren der menschlichen Entwicklung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen zu den zehn ärmsten Ländern der Welt (2015: Rang 179 von 188). Die malische Wirtschaft wird geprägt von der Dominanz des Agrarsektors sowie der rasch zunehmenden Bedeutung des Goldbergbaus. Es besteht ein deutliches Süd-Nord-Gefälle der wirtschaftlichen Entwicklung. Südmali weist deutlich bessere Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung auf als die zentralen und nördlichen Landesteile, die ihrerseits zunehmend zu den Hauptrouten des Drogen- und Waffenschmuggels durch die Sahara werden.

Kunst, Kultur und Architektur

Die westafrikanische Kultur ist ursprünglich eine schriftlose Kultur, in der die musikalische Erzählung und



Dogon-Felder am Fuße der Falaise



Dächer und Innenhöfe Djennes

Dichtung, die persönliche Vermittlung und das gemeinsame Praktizieren der kulturellen Hintergründe wesentlich höhere Bedeutung hatte als das geschriebene Wort.

Diese Kunst wird von männlichen Griots bzw. weiblichen Griottes beherrscht und wurde im entlegensten Dorf ebenso gepflegt wie bei Hofe. Selbst nach Einführung des Islam, der bekanntermaßen über eine außerordentliche Schriftkultur und Kalligrafie verfügt, blieb die Tradition der oralen und musikalischen Übermittlung von Traditionen, Geschichten und Ratschlägen in Westafrika lebendig.

Möglicherweise ist dies einer der Gründe dafür, dass in Westafrika bis heute eine musikalische Kultur besteht, die weltweite Beachtung findet. Auch erstaunt es nicht, dass die Ursprünge des Blues und Jazz ebenfalls in der afrikanischen Musik vermutet werden, die durch die Sklaventransporte nach Amerika exportiert wurde.

Timbuktu mit seinen universitätsähnlichen Medersen war das schriftliche Gedächtnis Afrikas. Hier wurden in der Bibliothek „Ahmed Baba“, die erst 2011 mit einem Neubau in Timbuktu neue Möglichkeiten der Sammlung, Forschung und interdisziplinären, internationalen Arbeit erhielt, rund 40.000 Unikate juristischer, theologischer und philosophischer Traktate, naturwissenschaftlicher und literarischer Schriften gesammelt und systematisch

aufgearbeitet. Aufgrund der bilderfeindlichen Vorstellungen der Radikalislamisten wurde die Bibliothek in Brand gesetzt und zerstört. Ziel war die Vernichtung der historischen Unikate bei gleichzeitigem Aufbau einer Drohkulisse. Ein großer Teil der Schriften konnte jedoch rechtzeitig vor der Zerstörung durch die Radikalislamisten in Sicherheit gebracht werden.

Die unterschiedlichen Kulturen Malis haben ganz erstaunliche Alltagsartefakte, sakrale Gegenstände, Schmuck und Gebrauchsgegenstände erschaffen. Von Ergebnissen der Metallurgie, des Gold- und Gießverfahrens, über Lehm- und Tongegenstände hin zu Holzschnitzereien von Statuetten oder Masken bis hin zu einer Textil- und Textilfärbekunst von ganz erstaunlicher Qualität.

Die sakralen Objekte wie Kraftfiguren werden i.d.R. von den Schmieden als Auftragsarbeiten geschaffen. Sowohl diese unterschiedlichen Zuständigkeiten, als auch der rege kulturelle Austausch zwischen den unterschiedlichen Ethnien führt zu einem sehr großen gestalterischen Reichtum der Alltagsartefakte ebenso wie der Sakralobjekte. Der Formenreichtum und die Gestaltung dieser Objekte reicht von vergleichsweise naturalistischen Darstellungen bis zu erstaunlich abstrakten Geometrien. Es erstaunt in keiner Weise, dass die Würde, die Archaik und die Abstraktion die



Wohngebäude der Iklan (Bouzou, Bella) in Timbuktu

diesen Objekten innewohnt zu Beginn des 20. Jahrhunderts gerade westliche Künstler enorm faszinierte und inspirierte.

Ein Rückschluss der relativ lange insbesondere von westlichen Ethnologen und Anthropologen gezogen wurde, war der, dass davon ausgegangen wurde, dass traditionelle afrikanische Gesellschaften bis zur Kolonisierung durch die Europäer stark abgeschlossene, kulturell autonome, jeweils eigene ‚Stile‘ begründende, strikt abgegrenzte Verbünde gewesen sein sollen. Gerade diese Vorstellungen führten in der westeuropäischen Wissenschaft und Kultur zu einer Verklärung, die den westafrikanischen Kulturen eine Ursprünglichkeit, Eigentümlichkeit und Archaische zusprachen, die mit einer kulturellen und zivilisatorischen Abgeschlossenheit begründet wurde.

Diese Interpretationen konnten zwischenzeitlich widerlegt werden. Die Ethnien südlich der Sahara lebten zu einem großen Teil von Transsaharahandel. Die Notwendigkeit zu einer entweder symbiotischen oder deutlich abgegrenzten Lebensweise aufgrund beschränkter Ressourcen und vergleichbarer ökonomischer Grundlagen führte im Gegenteil zu einem starken interkulturellen Austausch, der in den Religionen, Alltagsgegenständen, soziologischen Grundlagen, merkantilen Verbindungen und nicht zuletzt in der vernakulären Architektur ihren Ausdruck fand.⁵

Die vernakuläre (historisch gewachsene) Architektur, die sakrale Architektur und die repräsentative Architektur Westafrikas, insbesondere Malis, Burkina Faso und Ghanas verdient besondere Beachtung. So sind hier Konstruktionen und Typologien entstanden, die einerseits sehr kluge Reaktionen auf lokale Gegeben- und Möglichkeiten sind und gleichzeitig eine ausgesprochene gestalterische Kraft besitzen.

5 Sidney Littlefield Kasfir: One Tribe, one Style? Paradigms in the Historiography of African Art. In: *History in Africa* / HA 11, 1984; S. 163–193.



Die große Moschee in Djenne, das größte Lehmgebäude südlich der Sahara, das seit 1988 zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt wurde

Nebeneinander existieren hier die schwarzen Zelte der nomadisierenden Tuareg, begleitet von halbrunden Unterkünften der sie begleitenden Iklan, die aus Schilfgras konstruierten tonnenartigen Häuser der fischenden Bozo entlang des Niger, neben aus Lehm gefertigten amorphen Felsenburgen der Dogon im Steilhang der Falaise Bandiagara über die stolzen, ebenfalls aus Lehm gefertigten Bürgerhäuser Segous und Moptis bis hin zur majestätischen Großen Moschee in Djenne, dem größten Lehmgebäude südlich der Sahara.

Vier dieser Kulturstätten wurden in den Jahren 1988–2004 zum Weltkulturerbe erklärt. Dazu gehören die Lehm-moscheen, Mausoleen und Friedhöfe in Timbuktu, die islamische Stadt von Djenne mit ihrer Großen Moschee, das Siedlungsgebiet, die Kultur und Architektur der Dogon sowie das Grabmal von Askia, des ersten Königs des Songhaireiches in Gao.

All diese Welterbestätten sind Ziele von Terrorangriffen der radikalislamistischen Gruppen, die den Norden Malis aus dem Staatsgefüge abspalten wollen und bereits die Unabhängigkeit dieser Region „Azawad“ erklärt haben. Sichtbares Zeichen der Bedrohung ist, dass diese Stätten zwischenzeitlich auf die Rote Liste des gefährdeten Welt-erbes der UNESCO aufgenommen werden mussten.



Dogon-Felder – im Hintergrund das Dorf Teli im Steilhang der Falaise

Die klimatischen Veränderungen der letzten Jahre und Jahrzehnte machten ein Überleben im Sahel zunehmend schwieriger. Ethnien, die von der Subsistenzlandwirtschaft, von ihrem Vieh oder vom Fischertrag lebten, werden durch die klimatischen Änderungen zunehmend vor Überlebensfragen gestellt. Eine zunehmende Desertifikation, Dürren und sinkende Wasserspiegel machen ein Überleben in diesen Regionen zunehmend schwieriger.

Wenn nun durch die Ausrufung des islamischen Rechts der Scharia durch die radikalislamischen Gruppen zusätzlich das kulturelle Leben zwangsweise massiven Veränderungen unterworfen wird, was sich z.B. durch das Verbot von Musik oder die Zerstörung sakraler Orte zeigt, so stellt sich nicht nur für einzelne Familien im Norden die Frage der Migration, sie stellt sich für ganze Siedlungen und Städte.

In der Konsequenz verlassen ganze Siedlungsgemeinschaften ihre traditionelle Heimat, migrieren innerhalb des Staates nach Süden und bauen neue, informelle Strukturen in den urbanen Regionen im Süden Malis auf.

Die verlassenen Orte verfallen ausgesprochen schnell. Häufig ist schon ein Jahr im unbewohnten Zustand ausreichend, dass von ganzen Ortschaften nur noch Reste der Grundmauern zu finden sind.

Durch diese Entwicklungen sehen sich nun insbesondere Kulturen zur Flucht gezwungen, deren kultureller Ursprung häufig in der Flucht vor einer Zwangsislamisierung gefunden werden kann, wie dies z.B. der Kultur der Dogon nachgesagt wird.⁶ Den in Malis stationierten, internationalen Friedenstruppen *Mission Intégrée des Nations*

Unies pour la Stabilisation au Mali (MINUSMA) gelingt es nicht, die Lage zu stabilisieren. Die zunehmend undurchsichtigere Gemengelage verschiedenster Konfliktparteien, deren terroristische Akte sich schon seit Längerem nicht allein auf den Norden des Lands beschränken, erschwert die internationale Mission, der rund 11.000 Soldaten aus fünfzig Ländern angehören. Der inzwischen über fünf Jahre andauernde gewaltsame Konflikt hat nicht nur die Regierung, sondern auch die Zivilbevölkerung ans Ende ihrer Kräfte gebracht. Anfang April eröffnete Malis Präsident Ibrahim Boubacar Keita daher eine neue Friedenskonferenz mit den moderaten Konfliktparteien. Deren Forderungen mit den Führern der radikalislamistischen Gruppierungen, in diesem Fall mit Amadou Koufa, dem Anführer der *Force de libération du Macina* (FLM) und Iyad Ag Ghali zu verhandeln und trotzdem den säkularen Charakter des Staates beizubehalten, vereinfachte weder die Gesprächssituation, noch stärkte dieser Versuch eines Dialogs den Rückhalt der politischen Vertreter in der Bevölkerung. Gleichzeitig fordert Frankreich ein eindeutiges Bekenntnis der Staatsregierung zu einem klaren Anti-Terror-Kurs.

Politische Reaktionsmöglichkeiten

Ist es dem existenten demokratischen Staatsgefüge Malis, das aktuell über eine Parteienlandschaft mit mehr als 160 Parteien verfügt, möglich, diese Entwicklungen aktiv zu beeinflussen? Bereits 2005 kam eine Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung zu folgendem Zwischenergebnis: „Nach dem Zerfall der sozialistisch-kommunistischen Ideologie ist die Programmorientierung aller Parteien ins Wanken gekommen. Kohärente, durchdachte Partei- oder Wahlprogramme gibt es nicht. [...] Was an Texten vorhanden ist, sind Bruch- und Versatzstücke von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorstellungen, die mehr Pamphlet- als Programmcharakter haben. Darüber hinaus ist der internationale Entwicklungsdialog so dominierend, dass alle Parteien mehr oder weniger die Thesen von Weltbank, UNDP oder Europäischer Union als ihr Programm wiedergeben: Armutsbekämpfung, Good Governance, Bildung, Gesundheit, Globalisierung.“⁷

Während 2013 die Hauptaufmerksamkeit auf den Konflikt im Umgang mit dem Norden und den Autonomieforderungen der Nationalen Bewegung für die Befreiung des Azawad (*Mouvement National de Liberation de l'Azawad*, MNLA) gerichtet waren, spielten im Wahlkampf 2013

6 Hélène Leloup: Dogon, Somogy éditions d'Art, Paris, 2010, dt. Fassung, Orig. 2010.

7 Klaus-Peter Treydte/Dicko Abdourhamane/Salabary Doumbia: Parteien und Parteiensysteme in Afrika, Berichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Politische Parteien und Parteiensysteme in Mali, Juli 2005, S. 15.

wirtschaftspolitische Themen nur eine sehr untergeordnete Rolle.⁸ Von prominenten Vertretern wurde das Defizit einer öffentlichen Debatte um wirtschaftspolitische Themen und globale Zusammenhänge allerdings sehr deutlich beklagt. So sagte die frühere Kulturministerin Aminata Dramane Traore: „Hätte man den Maliern die Möglichkeit gegeben, die Globalisierung, ihre Krisen und Kriege besser zu verstehen, dann wären sie die ersten gewesen, die einen Wunsch zur Veränderung geäußert hätten.“⁹

Diese Zwischenbilanz wurde bereits sieben Jahre vor dem Militärputsch und den terroristischen Angriffen im Norden Malis gezogen. Die ungelösten Problematiken und die resultierenden Entwicklungen waren somit zumindest in Teilen absehbar.

Im Norden Malis gründeten Ende 2011 Tuareg die Nationale Bewegung für die Befreiung des Azawad („*Mouvement National de Liberation de l'Azawad*“, MNLA). Die Labilität der militärischen Streitkräfte sowie deren Putsch im Jahre 2012 trugen vermutlich entscheidend zu den kriegesischen Entwicklungen im Norden Malis bei. Die Fragilität des Staatsgefüges machte es den Djihaisten in diesem Moment möglich, in kurzer Zeit eine große Region Malis zu kontrollieren und für den Norden Malis die Unabhängigkeit des islamischen Staates Azawad zu proklamieren. Durch die Intervention Frankreichs sowie der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS wurde der Versuch einer militärischen Stabilisierung der Region durchgeführt. Mit der Unterzeichnung eines innerstaatlichen Friedensabkommens durch die Konfliktparteien im Juni 2015 wurde ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung des Landes gemacht. Gleichzeitig trat das Land in eine „Nachkriegsphase“ mit dramatischen Konsequenzen ein. Selbstmordattentate und terroristische Anschläge destabilisieren seither die Situation nicht nur im Norden des Landes.¹⁰ Die Zahl der Migranten und Flüchtlinge mit in Summe mehr als 650.000 Menschen und einer sich weiter dramatisch verändernden klimatischen Situation muss alarmieren.¹¹

Nachdem das Staatsgefüge Malis seit seiner Gründung noch nicht als funktionierender Sozial- und Wohlfahrtsstaat von der eigenen Bevölkerung wahrgenommen

wurde, und nachdem große Vorbehalte gegenüber den nationalen Machteliten bestehen, verwundert es nicht, dass in dieser Situation das Vertrauen in die staatlichen Machtstrukturen nicht gestärkt wird, wenn zusätzlich für 2016 angekündigte Kommunalwahlen auf unbestimmte Zeit ausgesetzt werden. Derartige Maßnahmen müssen zu der Unterstellung verleiten, dass die möglichen Ergebnisse solcher Wahlen zu Machtverlusten der nationalen Eliten hätten führen können. Es bleibt abzuwarten, ob und in welcher Form die für 2018 angekündigten Präsidentschaftswahlen durchgeführt werden.

Aktuell scheint der Staat zu sehr in internationalen Abhängigkeiten gefangen zu sein um aus eigenen Kräften heraus stabile Strukturen entwickeln zu können. Charlotte Wiedemann beschreibt das aktuelle Geflecht unterschiedlichster Interessen und Akteure wie folgt:

„Der Sahel ist heute jedoch eine Zone, wo sich verwirrend viele Interessen kreuzen. Das globale Kräfteressens zwischen Europäischer Union, USA, China und den Golfstaaten hat hier eine wichtige Peripherie. Marokko und Algerien kämpfen um regionale Vorherrschaft. Und alle haben einen Finger in Mali. China beteiligt sich – ein Ausnahmefall – an der Blauhelm-Mission, baut Schulen, lädt Journalisten ein. Saudi Arabien legt Entwicklungsprogramme auf, Katar baut eine Niger-Brücke, Russland empfängt Tuareg-Rebellen, Marokko bildet Imame aus und die Bewegung des türkischen Predigers Fethullah Gülen betreibt Gymnasien. Jeder verspricht das Beste für Mali und verfolgt dabei handfeste eigene Interessen. Nicht immer sind sie auf den ersten Blick zu erkennen. Der marokkanische König umgarnt die Malier, damit sie sich nicht mehr gegen die Annexion der Westsahara stellen; dort liegen strategische Phosphatvorkommen. In Nordmali locken Öl und unterirdische Wasserreserven.“¹²

Für jede Nation stellt sich die Herausforderung, ihre Bevölkerung so mit Wasser, Nahrungsmitteln, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, Wohnraum, Energie und anderen grundlegenden Gütern zu versorgen, dass gesellschaftliche Grundbedürfnisse angemessen befriedigt werden, Lebensqualität gewährleistet und die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben können. Dies sind wesentliche Grundlagen dafür, dass eine Gesellschaft ausreichende Voraussetzungen für ihre Entwicklungs- und Reproduktionsfähigkeit schaffen kann.¹³

8 Bernhard Schmid: Die Mali-Intervention, Befreiungskrieg, Aufstandsbe-kämpfung oder neoliberaler Feldzug?, Münster, 2014, S.135.

9 <https://www.humanite.fr/mali-le-ravage-des-politiques-neoliberales> [Stand: 01.11.2017].

10 Charlotte Wiedmann: Mali oder das Ringen um Würde, München 2014, S.263 ff.

11 <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/58771.pdf> [Stand: 01.11.2017].

12 Wiedmann (wie Anm. 10), S. 293.

13 Cedric Janowicz: Zur sozialen Ökologie urbaner Räume; Afrikanische Städte im Spannungsfeld von demographischer Entwicklung und Nahrungsversorgung, Bielefeld 2008, S.13.

Es war dem Staat und den Kommunen Malis bereits vor der Krise Nordmalis nur bedingt möglich diese Voraussetzungen zu erfüllen. Seit 2012 wuchs die Fragilität des staatlichen und kommunalen Systems allerdings deutlich weiter.

Möglicherweise hat die internationale Unterstützung zumindest dafür gesorgt, dass sich die Situation nicht rapide weiter verschlechtert hat bzw. die damit verbundenen Prozesse zumindest verlangsamt werden konnten. Die Migrations- und Binnenmigrationsprozesse konnten aber weder aufgehalten, noch der Umgang mit deren Konsequenzen organisiert werden.

Unabhängig von den weltweiten Konfliktereignissen wird der Beginn des 21. Jahrhunderts von einer tief greifenden sozialräumlichen Reorganisation der Weltbevölkerung und einer historisch einzigartigen Urbanisierungsrate, insbesondere in Afrika und Asien begleitet. Diese Entwicklungen sind u.a. den Folgen des Klimawandels geschuldet.

Die Landflucht, die durch die terroristischen Ereignisse in Nordmali und die Ausrufung der Scharia dramatische Konsequenzen hatte, führte zu einer Vielzahl von Spontansiedlungen bzw. einer normalen informellen Stadt- und Siedlungsentwicklung der urbanen Räume im Süden des Landes. Die Kommunen, wie z.B. die Hauptstadt Bamako, reagierten mit unregelmäßigen Räumungen der Slumquartiere. Einzige Konsequenz dieser Maßnahmen war schlussendlich das Anwachsen des Aggressionspotenzials in den betroffenen Quartieren.

Von 2014 bis 2016 wütete das Ebolafieber in einer ganzen Reihe westafrikanischer Staaten. Trotz des desolaten Staatsgefüges stieg damit die Pflicht des Staates und der Kommunen, hygienische Defizite zu identifizieren und im Idealfall zu beseitigen. Als einer der Risikofaktoren wurden die informellen Stadtentwicklungen identifiziert. Spontan führte dies zu weiteren Räumungen der Slums. Die Hilflosigkeit dieser Reaktion erschließt sich sofort.

Stellen diese Entwicklungen nur enorme Risikopotenziale dar? Sind sie Herde von hygienischen Defiziten, der Absenz von öffentlicher Ordnung, Sicherheit und ohne jede wirtschaftliche Perspektive? Handelt es sich bei diesen Entwicklungen lediglich um unrechtmäßige Landnahmen, die zu wuchernden urbanen Krebsgeschwüren mutieren und die Bewohner in Perspektivenlosigkeit, Armut und Elend verzweifeln müssen?

Bei genauer Betrachtung konnten erstaunliche Selbstorganisationsprozesse beobachtet werden. Es ist der informelle Sektor, dem es gelingt, den täglichen Strom der Binnenflüchtlinge in Bamako zentral zu versorgen und an familiäre oder verwandte Strukturen im Stadtgefüge zu verteilen und damit sogar einen ökonomischen Nutzen zu erzielen.

Es sind die Selbstorganisationsprozesse der Frauen, die in selbstaufgebauten, vereinsähnlichen Strukturen Mechanismen entwickelt haben, die es mehr und mehr einzelnen Frauen ermöglichen, über Prinzipien von mikrokreditähnlichen Sammlungen und Vergaben einen eigenen, selbstbestimmten Lebensmittelhandel zu gründen.

Insbesondere diese emanzipierten und selbstständigen Formen der Unternehmensgründungen der Frauen stellen in Summe sicherlich einen beachtlichen Wirtschaftsmotor dar. Daher lohnt es sich, die Rolle der Frauen in den zumindest westafrikanischen Gesellschaften nochmals genau zu betrachten.

Es finden sich nämlich matriarchal organisierte Gesellschaftsformen, wie z.B. die Ashanti und die Akan in Ghana oder die Yoruba und die Bidjogo in Westafrika, der Sudan oder die Tuareg sowie die Berber der Kabylen. In Mali selbst existieren eine



Informelle Marktstrukturen in Bamako



Spuren der Hände, die die „Haut“ der Lehmgebäude nach der Regenzeit sanieren

ganze Reihe von Ethnien, die laut französischer Ethnologie patriarchal organisiert sind. Bei genauerer Betrachtung stellt sich aber heraus, dass die größte Sorge der sog. Patriarchen ist, von ihren Frauen verlassen zu werden, die häufig wesentlich größere gesellschaftliche Freiheiten, das Recht auf persönlichen Besitz und wesentlich größere lokale Unabhängigkeiten besitzen. Es könnte durchaus die Möglichkeit bestehen, dass sowohl durch die Invasion der Europäer, als auch durch einen sich restriktiver gestaltenden, weiter ausbreitenden Islam traditionell stark emanzipierte afrikanische Gesellschaften Veränderungen unterworfen werden, die der eigenen kulturellen Wurzeln entbehren. Möglicherweise sind diese kulturellen Ursprünge aber so tief eingeschrieben, dass sie insbesondere in Zeiten der Not wieder sichtbar und nutzbar werden. Nicht aber in einer Form, die sich auf eine „Rückbesinnung“ eigener (abgeschlossener) kultureller Wurzeln bezieht, sondern in einer neuen, einer kulturell vielstimmigen Form. Der des sogenannten „Afropolitanismus“ wie er von dem international vielfach ausgezeichneten kameruner Intellektuellen Achille Mbembe definiert wird.¹⁴ Statt dem bereits widerlegten „One-tribe-one-style- Paradigma“ zu huldigen, nimmt er

die vielfältige kulturelle Durchmischung, die Kreolität und Hybridität der eigenen Identität an und formt daraus ein neues Selbstverständnis.

Möglicherweise ist es genau dieses Selbstverständnis, das es westafrikanischen Staaten wie Mali möglich macht, aus eigener Kraft, mit einer erst zu entdeckenden eigenen Identität eine emanzipatorische Freiheit zu entwickeln, die international in der Kunst bereits festzustellen ist. Im Staatsgebilde Malis finden sich unzählige Initiativen, deren Akteure in der Regel nicht auf den Staat warten, um, sofern möglich, ihre Alltagsprobleme zu lösen. Vermutlich sind es vielmehr die sogenannten ‚Eliten‘, die dazu beigetragen haben, einen nicht unwesentlichen Teil der Schwierigkeiten, mit denen die Nation aktuell zu kämpfen hat, erst herbeizuführen. Gleichwohl könnte das verwundete Land mit der langen „Geschichte von Staatlichkeit, der reichen Kulturtradition und einer beachtlichen religiösen Toleranz“¹⁵ nun, aus der Not geboren, einen neuen, eigenen Zugang darüber entwickeln, was Staat ausmacht. Denn angesichts einer modernen Form der wirtschaftlichen Kolonisierung lohnt es umso mehr, die Kreativität und die Fähigkeiten der lokalen Bevölkerung zu involvieren. Diese Mechanismen kennen zu lernen, zu versuchen, sie zu verstehen und in der Folge nutzen zu können, ist eine der Strategien, für die der Soziologe und Urbanist Abdoumalig Simone (Kapstadt & London) versucht, Strategien zu entwickeln. In Zeiten der Lebensmittelknappheit, der hygienischen Defizite, der Wirtschafts- und ökologischen Krisen haben die Menschen in den informellen Strukturen schon lange ganz eigene Traditionen und Infrastrukturen des Überlebens entwickelt, die sich lohnen, sie kennen zu lernen.¹⁶

Möglicherweise besteht für das künftige Mali eine Chance darin, zu versuchen, ein globalisiertes Land mit Eigeninitiative zu werden, das sich der eigenen Geschichte zwar bewusst ist, aber eine neue schreibt. Eine neue interkulturelle, die organisatorisch kleinteiliger und föderaler strukturiert, sich vom französischen Verwaltungsursprung entfernt. Vielleicht bestehen bei derartig veränderten Strukturen unmittelbare Möglichkeiten, auf das System und die Inhalte Einfluss zu nehmen und von dem System zu profitieren. Auch wenn der Staat zu mehr als der Hälfte aus Wüste besteht, das Staatskonstrukt aktuell nicht stabil fundiert, sondern eher auf Sand gebaut erscheint, so wären derartige Veränderungen den Bürgern Malis in jedem Fall zu wünschen. ▀

14 Achille Mbembe: Ausgang aus der langen Nacht. Versuch über ein entkolonialisiertes Afrika, Berlin 2016.

15 Wiedmann (wie Anm. 10), S. 291.

16 Simone Abdoumalig/Edgar Pieterse: New Urban Worlds: Inhabiting Dissonant Times, Cambridge 2017.

Vorschau 2018

Die folgende Übersicht zeigt eine Auswahl der geplanten Veranstaltungen und Publikationen der Landeszentrale (Stand: Dezember 2017). Die Ankündigungen weiterer Projekte finden Sie zu gegebener Zeit unter www.blz.bayern.de.

Geplante Veranstaltungen	
20. Februar 2018	Mikrokosmos Amateurfußball – Fußball als Feld der gesellschaftspolitischen Bildung
Februar / März 2018	Lehrerworkshops „Politische Bildung meets HipHop“
5. März 2018	Workshop „Zum Umgang mit Hitlers „Mein Kampf““
März 2018	Schülerseminar „Nato in Crisis“
April / Juli 2018	Lehrerfortbildung „Tommy – zum dritten Geburtstag in Theresienstadt“
15.–17. Mai 2018	Kongress: 100 Jahre politische Bildung in Deutschland
Juni 2018	Aktionstag netzpolitische Bildung & Demokratie
September 2018	Lehrerfortbildung „Schülerrevolte 1968“
November 2018	Rezeption der Revolution 1918
Herbst 2018	Fragen an Europa
ganzjährig	Lernort Staatsregierung

Geplante Publikationen (Auswahl)
Treml (Koord.): Geschichte des modernen Bayern
Gestwa: Der Russische Revolutionszyklus
Div.: Die politische Ordnung in Deutschland (Reihe Grundinformation Politik)
Wesel: Die Vereinten Nationen (Reihe Grundinformation Politik)
Plakatereien zu „Migration in Bayern“, „Umwelt und Alpen“ und „Europas kulturelle Vielfalt“
Bayern-Memospiel
Politische Bildung im Kontext: fußball.elementar
Leben in Bayern – Arbeitsmaterialien zur entsprechenden Kursreihe
4 Quartalshefte „Einsichten und Perspektiven“ (März, Juli, Oktober, Dezember)

Digitale Medien
Grenz-App deutsch-deutsche Geschichte
Erklärvideo „Bayern und die Entstehung der Demokratie 1818–2018 – 200 Jahre bayerische Verfassung“
Wahl-o-Mat zur Landtagswahl
Dachauer Dialoge – Max Mannheimer und Schwester Elija Boßner im Gespräch

Frisch erschienen:

Der historische LZ-Kalender zum Jubiläum der Bayerischen Verfassung von 1818



Der Kalender zeigt besondere Entwicklungen und Ereignisse aus den letzten 200 Jahren. Die Kalenderblätter rücken Vielfalt und Tradition der bayerischen Geschichte – dabei insbesondere die gewachsenen Strukturen demokratischer Ordnung in Bayern - ins Bewusstsein. Jedes Kalenderbild ist mit einem digitalen Code hinterlegt. Mit Hilfe einer App können weiterführende Informationen und Materialien zu den dargestellten Ereignissen und Personen sowie ihrem historischen Kontext abgerufen werden.

Format: DIN A3

Zu bestellen unter:

<https://www.bestellen.bayern.de>



Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. v. d. Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Monika Franz
Praterinsel 2
80538 München

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Uta Löhner, Maria Bäuml
Redaktionsassistentin: Birte Balbinot, Magdalena Müller

Titelfoto: Oliver Heiss

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln.
Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Praterinsel 2, 80538 München, Fax: 089 2186-21 80, landeszentrale@stmbw.bayern.de
www.blz.bayern.de